Spiel mit dem Terror S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 13 – 30. März 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Noch sind die spürbaren Folgen der Euro-Krise für die Deutschen überschaubar: Aber der große Knall kommt bestimmt Bild: F1online

Koste es, was es wolle

Lieber soll ein Land dahinsiehen, als dass es sich ohne Euro berappelt

Politiker müssen Zyperns Rückkehr zur eigenen Währung verhindern, denn diese könnte belegen, dass der Euro nicht alternativlos ist.

Die „Rettung“ Zyperns hat gezeigt: Um die Abspaltung eines Landes aus der Euro-Zone zu verhindern, sind die Euro-Politiker zu letztlich jeder Maßnahme bereit. Die Brutalität der Eingriffe wird nur übertroffen von der Überforderung der politisch Verantwortlichen. Für Fachleute war seit langem absehbar, dass das zypriotische Geschäftsmodell, das unter der Glocke der Einheitswährung erst richtig erblühte, in die Katastrophe münden musste. Doch die Politik legte die Hände in den Schoß.

Nun beeilt sich die Bundesregierung zu erklären, dass eine Kontenplünderung wie auf Zypern für andere Euro-Länder, zumal für Deutschland, völlig ausgeschlossen sei. Doch wer kann das glauben? Der Damm wurde eingerissen, ab jetzt weiß jeder: Inwieweit er über sein Geld verfügen kann, ja, ob es ihm überhaupt noch gehört, das entscheiden Politiker, denen Recht und Vertrag egal sind, wenn es darauf ankommt. Sie entscheiden nach Kassenlage. Wenn der Staat Geld benötigt, dann holt er es sich.

> Politiker wollen nicht eines Irrtums überführt werden

Guthaben von mehr als 100 000 Euro als „Reichtum“ zu bezeichnen und nahezulegen, dass solche Summen nur auf anrüchige Weise zusammengekommen sein können, ist verleumderischer Populismus. Selbst eine ausgezahlte Lebensversicherung, der Sparstrumpf eines Freiberuflers für sein Alter oder die Kasse eines Familienbetriebs übersteigt die Summe leicht. Das ist auf Zypern nicht anders als in Deutschland. Die berüchtigten „Oligarchen“ hingegen haben ihr Geld Experten zufolge längst aus Zypern abgezogen.

Die populistische Volte mit den „Reichen“ offenbart jedoch: Um ihr Euro-Projekt zu verteidigen, sind die Politiker auch bereit, die Menschen aufeinander zu hetzen: Die „Armen“ auf die „Reichen“ und sogar ganze Völker gegeneinander. Zypriotische Politiker schieben die Schuld für ihr Versagen auf Berlin, was im aufgewühlten Volk gern geglaubt wird und zu entsprechenden antideutschen Parolen verführt wie schon in Griechenland oder Italien.

Zypern war bloß ein weiterer Vorgeschmack auf das, was der Euro-Zone noch bevorsteht, heißt es. Spanien mit seinen ebenfalls maroden, aufgeblähten Banken wartet schon. Wer gesehen hat, wie das im Vergleich zu Spanien winzige Zypern die Euro-Zone ins Trudeln brachte, mag sich ausmalen, was uns blühen wird.

Eines wollen die Euro-Politiker dessen ungeachtet um alles in der Welt verhindern: Dass ein schwächelndes Land die Einheitswährung verlässt und mit eigenem abgewerteten Geld wieder erfolgreich wird. Dann nämlich wäre der Beweis erbracht, dass der Verbleib im Euro keineswegs „alternativlos“ ist. Bevor sich Zypern also mit eigenem Geld berappelt, soll es lieber endlos dahinsiechen, koste es den europäischen – vor allem den deutschen – Steuerzahler was es wolle. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Politik-Limbo

Auch wenn diese Zeitung den Unsinn, auf Krampf Wörter und Versatzstücke aus der englischen Sprache zu verwenden, nicht mitmacht, soll an dieser Stelle ein US-amerikanischer Begriff verwendet werden, nämlich das Wort „limbo“. Damit ist eigentlich die Vorhölle gemeint, umgangssprachlich steht „limbo“ allerdings für einen Zustand, in dem etwas nicht vorankommt. Für den Begriff gibt es in der deutschen Sprache keine wirklich treffende Entsprechung. Am ehesten ließe er sich noch mit „Schwebe“ übersetzen, jedoch wäre da ein Ende des Zustandes zumindest abzusehen, was bei „limbo“ nicht der Fall ist.

„Limbo“ ist das, was sich bis zur nächsten Bundestagswahl abspielt. Die Blockadepolitik der rot-grün regierten Länder im Bundesrat verhindert, dass bis dahin noch etwas vorankommt. Ob es um die Umsetzung der Energiewende, den Verbraucherschutz, das Betreuungsgeld, oder die Steuergesetzgebung geht, in der Länderkammer werden alle Regierungspläne ausgebremst. Daran ist nicht die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat allein schuld, denn auch die Koalition zeigt kaum Kompromissbereitschaft. So liefern sich die politischen Lager einen Machtkampf, statt Politik pragmatisch zu gestalten. Die Länder haben das Recht, über den Bundesrat in der Bundespolitik mitzubestimmen. Das begründet aber auch die Pflicht, dies mit Augenmaß zum Wohle des Landes zu tun. Wer nicht um der Sache willen blockiert, sondern ausschließlich aus parteipolitischen Gründen und um den politischen Gegner möglichst schlecht dastehen zu lassen, wird dem nicht gerecht. Noch ein halbes Jahr „limbo“ als Folge eines Dauerzwists zwischen Bund und Ländern ist nicht hinnehmbar.

Nicht der wahre Gegner

Die syrische Opposition ist zu heterogen, um sie zu unterstützen

Die EU steht vorerst zu ihrer Entscheidung, an einem generellen Waffenembargo für Syrien festzuhalten. Großbritannien und Frankreich dagegen wollen „ausgewählte“ Oppositionsgruppen im Alleingang bewaffnen. Das könnte sich als ein Spiel mit dem Feuer erweisen. Der innersyrische Konflikt ist kein Bürgerkrieg im klassischen Sinne, sondern ein Kampf verfeindeter ethnischer und religiöser Gruppen unter massiver Einflussnahme von nichtsyrischen islamistischen Terrororganisationen. Politische Analysten warnen davor, in dieser Auseinandersetzung zwischen vollkommen heterogenen Kräften Partei zu ergreifen. Zuvor müsse nämlich geklärt werden, welche der oppositionellen Gruppierungen sich überhaupt mit Aussicht auf Erfolg militärisch gegen die Regierungstruppen durchsetzen und den Schutz der Bevölkerung gewährleisten könnten. Zudem müsse sichergestellt sein, dass die gelieferten Waffen nicht eines Tages gegen EU oder Nato selbst gerichtet werden könnten, wie es in Afghanistan, im Irak und in Folge des Libyen-Konflikts geschehen ist. Beide Voraussetzungen gelten derzeit als utopisch.

> Am Ende könnten Islamisten siegen

Nicht utopisch hingegen ist, dass genau der letztgenannte Fall eintreten könnte. Wie der Nato-Oberbefehlshaber, der US-Admiral James Stavridis, bei einer Anhörung vor dem US-Senatsausschuss für Militärangelegenheiten erklärte, hat sich das Bündnis bereits auf einen Syrien-Einsatz „so wie in Libyen“ vorbereitet. Nach seinen Worten werden in mehreren Nato-Mitgliedsstaaten Pläne für eine Militärintervention erarbeitet. Sollten die politischen Voraussetzungen und Beschlüsse dafür vorliegen, könne die Nato losschlagen, so Stavridis.

Die Frage ist nur, wer am Ende der wahre Gegner werden könnte, sollte das Assad-Regime mit westlicher Hilfe beseitigt werden. *J.H.*

Weiterer Machtverlust

EU-Beitritt Kroatiens kostet Deutschland Sitze im EU-Parlament

Ausgerechnet der EU-Beitritt Kroatiens wird es mit sich bringen, dass die Deutschen im EU-Parlament künftig noch mehr benachteiligt sein werden, als bisher schon. Wenn Kroatien zum 1. Juli in die EU aufgenommen wird, dann wird das nicht zuletzt der deutschen Bundesregierung zu verdanken sein, die sich – neben Österreich – besonders für das Land ins Zeug gelegt hat. Kroatiens Aufnahme als 28. EU-Land wird auch eine Neuregelung der Sitzverteilung im EU-Parlament mit sich bringen. Um Platz für zwölf neue kroatische Abgeordnete zu schaffen, müssen zwölf Länder je einen Sitz abgeben. Damit nicht genug, auch die Zahl der Europaabgeordneten insgesamt soll sich von 754 auf 751 verringern.

Dass zu diesem gesamten Themenkomplex in der deutschen Politik und den meisten Medien bisher weitgehendes Schweigen herrscht, hat seinen guten Grund. Der große Verlierer der Reform ist Deutschland, denn es büßt gleich drei Mandate ein. Wegen gestiegener Bevölkerungszahlen werden dagegen Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien zwischen einem und vier Sitze zusätzlich erhalten. Grundlage für die Neuverteilung ist der Lissabon-Vertrag von 2009, in dem nicht nur eine Verkleinerung des EU-Parlaments festgelegt wurde, sondern auch eine Mindestanzahl von sechs Sitzen je Land und die Maximalzahl auf 96 Sitze begrenzt wurde. Im Fall von Deutschland – mit bisher 99 Sitzen, gemessen an der Bevölkerungszahl ohnehin schon benachteiligt – führt das zu einem weiteren Bedeutungsverlust der Wahlberechtigten. Während jeder maltesische Abgeordnete etwa 82 000 Wahlberechtigte vertritt, wird künftig jeder Abgeordnete aus Deutschland 830 000 Wahlberechtigte vertreten müssen. *N.H.*

> Nur noch 96 Sitze für 82 Millionen Bürger

Zwischenruf

Die Alternative

Die noch in Gründung befindliche Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat das politische Establishment in Deutschland gehörig aufgemischt. Die *PAZ* berichtete. Es entwickelt sich erstaunliches. Erstmalig wird im Nachkriegsdeutschland die Neugründung einer Partei durch Persönlichkeiten erfolgen, die sowohl gesellschaftlich wie beruflich bewährt und anerkannt sind. Rund 500 akademisch gebildete Wissenschaftler engagieren sich in der AfD und wollen mithelfen, die Neugründung bei der kommenden Bundestagswahl über die Fünf-Prozent-Hürde zu bringen.

Es gibt in Deutschland inzwischen eine schweigende Mehrheit gegen die Euro-Rettungspolitik. Hier muss und wird die AfD ihr Hauptbetätigungsfeld sehen. Das gescheiterte erste Konzept für die Rettung der zypriotischen Banken war auch als Testversuch gedacht, um herauszufinden, was man den Sparern in der Euro-Zone zumuten könne, um die Pleitestaaten im Süden in der Euro-Zone zu halten. Die AfD zeigt auf, dass es sehr wohl eine Alternative zur Euro-Rettungspolitik gibt. Es gibt für jede Politik eine Alternative. Die bisherige Euro-Rettungspolitik hat Europa nicht geeint, sondern entzweit, Deutschland zum Buhmann gemacht und den nachwachsenden Generationen ungeheure finanzielle Lasten aufgebürdet. Verantwortungsbewusste Menschen müssen dagegen ihre Stimme erheben.

Nach der Bundestagswahl wird die Politik bekennen, dass ein Teil der Griechenlandbürgschaften eingelöst werden muss. Die Steuerzahler und die Sparer in Deutschland werden bezahlen. Ehrlich gesagt, sie bezahlen jetzt schon, es wird aber nicht so genannt. Die extrem niedrigen Guthabenzinsen in Deutschland bei doppelt so hoher Inflationsrate zehren am Vermögen der Sparer. Die SPD-Politikerin Gesine Schwan, ehemalige Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, hat es vor wenigen Tagen auf den Punkt gebracht, als sie feststellte, dass die Rettungsaktionen für die notleidenden Euro-Staaten prinzipiell unehrlich seien.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr:

Ungleiche Verteilung

Von den Bankeinlagen auf der Insel Zypern in Höhe von 68,4 Milliarden Euro gehören nicht einmal sieben Prozent Nicht-Zyprioten aus der Euro-Zone. Zusammen mit dem IWF sollen die Euro-Staaten aber 59 Prozent des Finanzbedarfs Zyperns in Höhe von 17 Milliarden Euro beisteuern. Von den Bankeinlagen besitzen die Zyprioten 63 Prozent, sollen aber nur 41 Prozent des Finanzbedarfs decken. Von den 15 Milliarden Euro, die Zypern als Kredit aufgenommen hat, stammen 17 Prozent aus Russland. *M.R.*

2.078.109.813.461 €

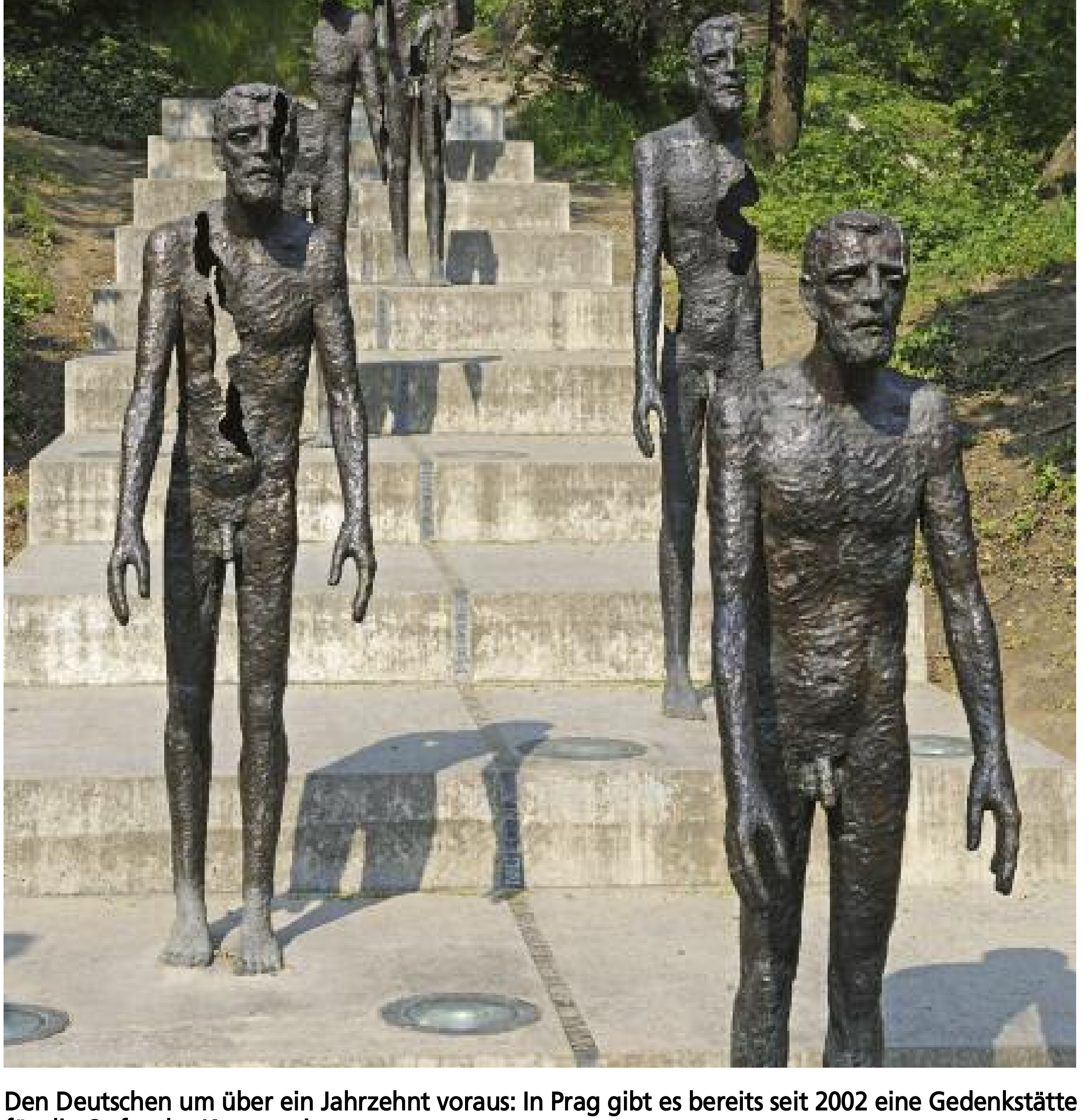
Vorwoche: 2.069.805.595.092 €
Verschuldung pro Kopf: 25.343 €
Vorwoche: 25.242 €

(Montag, 25. März 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Erinnerung zentral sichtbar machen

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft fordert Mahnmal in Berlin

Berlin gilt als „Hauptstadt der Erinnerung“, doch die Opfer des Kommunismus bemängeln eine Lücke in der Erinnerungskultur. Sie fordern ein eigenes zentrales Mahnmal. Die Reaktion ist eher verhalten.



Den Deutschen um über ein Jahrzehnt voraus: In Prag gibt es bereits seit 2002 eine Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus Bild: pa

Denkmale sind sichtbar gemachte Erinnerung und Mahnung. In Berlin gibt es bereits so viele davon, dass Kritiker von einem „Mahnwahn“ sprechen. Es gibt Gedenkstätten an Orten der Gewalt, es gibt Tafeln, die auf bestimmte Ereignisse oder Personen hinweisen und es gibt Mahnmale für bestimmte Opfergruppen. Was es jedoch nicht gibt, ist ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Dabei hinterlässt gerade diese menschenverachtende Ideologie eine breite Blutspur in der Geschichte. Wie viele Menschen ihr zum Opfer fielen, lässt sich nicht genau beziffern. Der französische Historiker Stéphane Courtois spricht in seinem Vorwort zu dem 1997 von ihm herausgegebenen „Schwarzbuch des Kommunismus“ von 100 Millionen Opfern als „einem Faktum“ – eine unglaubliche Zahl, die selbst von seinen Kritikern nicht infrage gestellt wird.

Auch viele Deutsche verloren unter dem Kommunismus ihr Leben oder hatten auf andere Weise zu leiden. Dazu gehören die Mauertoten ebenso wie die Deportierten, die in der Kriegsgefangenschaft Zugrundegegangenen, die in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter, die in der SBZ/DDR Hingerichteten, Eingesperrten, Gefolterten, Umgesiedelten, Enteigneten, Benachteiligten und die auf andere Weise Drangsalierten und Verfolgten. Doch einen zentralen Ort, an dem ihrer gedacht und an die zerstörerische Macht des kommunistischen Gesellschaftssystems erinnert wird, sucht man bislang vergebens.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) will das ändern. Ihre Mitglieder fühlen sich nicht genügend beachtet und als Diktaturopfer zweiter Klasse. Sie fordern daher ein „Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer des Kommunismus in Deutschland von 1945 bis 1989“ und zwar „an einer zentralen Stelle in Berlin, in unmittelbarer Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern und den Touristenströmen aus aller Welt“. Das Mahnmal soll etwas sein, „was man nicht so ohne weiteres wegschieben kann, an dem die Politiker vorbeigehen müssen und was in 100 Jahren noch an die Gefahren des kommunistischen Totalitarismus erinnert“, beschreibt der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner sein Anliegen. Es solle nicht nur Raum für das individuelle und kollektive Erinnern und Gedenken bieten, sondern auch über Entstehung und Auswirkung des Kommunismus informieren, um die Menschen „zu ermutigen, sich gegen Unrecht und Gewalt in jeder Form zur Wehr zu setzen“. Was die UOKG nicht will, ist ein Ort bedrückender Atmosphäre. Der positive Akzent, nämlich die gelungene Überwindung der Diktatur, solle im Vordergrund stehen.

»Opferkonkurrenz« entscheidend bei der Standortwahl

Ihren Sitz hat die UOKG in der Berliner Ruschestraße 103, der ehemaligen Stasi-Zentrale und heutigen Gedenkstätte. Ihr Projekt sieht sie weder hierzu noch zu den anderen Gedenkorten in der ehemaligen DDR in Konkurrenz. Andernorts werde, so die UOKG, „ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil zur Aufarbeitung“ beigetragen, allerdings überwiegend in Bezug auf spezielle Ereignisse und Opfergruppen. Im Gegensatz dazu soll das geplante Mahnmal alle von der OUKG vertretenen Opfergruppen repräsentieren. Dazu zählen auch die Vertriebenen. Der Bund der Vertriebenen ist der größte Einzelverband unter den über 30 Mitgliedern der UOKG. Die Vertreibung aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich sei, so Wagner, „die größte ethnische Säuberung des vergangenen Jahrhunderts“. Allerdings wolle die UOKG „kein Vertriebenenmahnmal am Reichstag“.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU), Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, und der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, unterstützen das Vorhaben. Allerdings gibt es auch skeptische Stimmen, die sich vor allem an der geplanten Zentralisierung der Erinnerung und einer möglichen thematischen Überfrachtung des Mahnmals stören. Der Historiker Bernd Faulenbach von der Bundesstiftung Aufarbeitung wiederum findet es problematisch, wenn der Eindruck geweckt würde, das Leid der NS-Opfer konkurriere mit dem der Kommunismus-Opfer. Wagner betont, dass man „keine pietätlose Konkurrenz zu den NS-Opfern“ wolle, hält aber dagegen, dass es „keinen Alleinvertretungsanspruch der Opfer der ersten deutschen Diktatur“ geben könne. Die Frage der „Opferkonkurrenz“ dürfte bei der Standortwahl ein entscheidendes Kriterium sein. Die UOKG favorisiert das Marx-Engels-Forum in Berlin-Mitte. Hier würde das Mahnmal den beiden umstrittenen Gedenkbronzen der Schöpfer des Kommunismus sozusagen als Kontrapunkt gegenüberstehen.

Bis die UOKG ihr Ziel, einen Bundestagsbeschluss zur Errichtung des Mahnmals, erreicht hat, ist es noch ein weiter Weg durch die Gesellschaft und die Institutionen. Deshalb wendet sie sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit, ihre Initiative in der gesellschaftlichen Diskussion sowie politisch zu unterstützen. Dazu sammelt sie bundesweit Unterschriften. Wer mitmachen will, kann sich bei der UOKG-Geschäftsstelle unter der Telefonnummer (030) 55779352 melden. *Jan Heitmann*

Jagd auf Andersdenkende

Moskauer Glaubensfaschisten dringen in Jabloko-Zentrale ein

Eine Gruppe junger Glaubensfaschisten, die sich „Wille Gottes“ nennt, erregt seit vergangenem Jahr Aufsehen in Moskau. Sie macht Jagd auf Andersdenkende, Homosexuelle, Feministinnen, sie sprengten Demonstrationen von Unterstützern von "Pussy Riot", sie verfolgten sogar Passanten, die ihrer Meinung nach unpassend gekleidet waren. „Wille Gottes“ ist eine Gruppe extremistischer Gläubiger, die sich teilweise aus Missionaren zusammensetzt. Bislang blieben ihre Aktionen ohne jede Konsequenz.

In der vergangenen Woche drangen Aktivisten abends in die nur mit einem Wächter besetzte Moskauer Niederlassung der liberalen „Jabloko“-Partei ein, entwendete vor dessen Augen sämtliches Informationsmaterial und Broschüren, sagten dem verdutzten Wächter, Jabloko sei eine Partei der Satanisten und Perversen, die Russland schaden. Jabloko hatte sich gegen den Bau Hunderter neuer orthodoxer Kirchen gewandt. Anschließend verbrannten die Vertreter des „Willen Gottes“ vor der U-Bahnstation „Nowokusnezkaja“ im Stadt-Zentrum die Schriften der Partei, wobei sie laut skandierten, Parteiführer Sergej Mitrochin möge in der Hölle schmoren. Ihre Aktion, die sie selbst „orthodoxe Inquisition“ nannten, filmten sie und veröffentlichten das Material auf der Internet-Seite der Bewegung „Für Russland, Putin und die Volksfront“, ergänzt mit einem Interview ihres 24-jährigen Anführers Dmitrij Enteo (Bedeutung des Pseudonyms: von innen kommend, aber auch: auf die Psyche wirkende Drogen der Schamanen), der bürgerlich Zorionow heißt.

Junge Missionare haben Verbindungen zur Spitze der ROK

Die Partei Jabloko hat Anzeige erstattet. Sie forderte die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK), Präsident Wladimir Putin und die Volksfront auf, zu den extremistischen Überfällen Stellung zu beziehen.

Die selbsternannten Ordnungshüter drangen auch im Darwin-Museum ein, um gegen die Evolutionstheorie zu protestieren. Sie entrollten ein Plakat mit der Aufschrift „Gott erschuf die Welt“ und brachten es an der Fassade an. Sie verlasen Bibeltexte und bewarfen die Museumsbesucher von einer Empore aus mit Flugblättern.

Die beiden jüngsten Agitationen führten in der Öffentlichkeit zu heftigen Diskussionen, an denen sich auch die Leitung der Russisch-Orthodoxen Kirche beteiligte. Während Diakon Andrej Kurajew die Gruppe als „Hooligans“ bezeichnet und ihr Eindringen in die Jabloko-Zentrale und die Bücherverbrennung als Pogrom bezeichnet, bewertet Erzpriester Wsjewolod Tschaplin das Geschehene wesentlich zurückhaltender, indem er sagt, die Aktion sei „ein wenig aggressiver als nötig“ gewesen. Die Milde wundert nicht, denn Enteo, der nach einer Drogenkarriere erst 2010 orthodoxer Christ wurde und seitdem am Missionarzentrum des Propheten Daniil studiert, ist für Tschaplin kein Unbekannter. Im Juli 2012 führten sie gemeinsam Anti-Abtreibungskampagnen in Moskau und Kasan durch. Enteo setzte sich auch aktiv für die Wiederwahl Putins ein.

Kirchenvertreter, Schriftsteller und Soziologen sprechen sich für eine strafrechtliche Verfolgung der Gruppe aus, die überdies dem Ansehen der Kirche mehr schadeten als nutzten und Gläubige abschreckten. *M. Rosenthal-Kappi*

Opfer verheimlicht

Russland: Journalist fordert Aufklärung ein

Seit 300 oder mehr Jahren ist „prisyw“ (Einberufung zur Armee) für Russen ein Synonym für Hunger, Quälerei, Tod. Dagegen agiert seit 1989 die „Union der Soldatenmütter Russlands“, auch können seit 1991, als die UdSSR zerbrach, Betroffene in der russischen Diaspora außerhalb Russlands untertauchen, was pro Jahr 15 000 junge Russen tun: Lieber Fahnenflucht als „nichtkämpferischer Soldatentod“, so ihr Motiv. Genauer: Mord, oft als Selbstmord getarnt, und andere Gewaltakte im Vollzug der „Dedowschtshina“ (Großvaterart), des kollektiven Sadismus älterer gegen jüngere Soldaten, was seit 150 Jahren das Erbübel russischer Armeen ist.

„Die Armee Russlands ist ein typisches Straflager hinter Stacheldraht“, rügte Anna Politkowskaja, prominenteste Enthüllungsjournalistin Russlands, die im Oktober 2006 ermordet wurde. Ihr Nachfolger bei der mutigen „Nowaja gaseta“ („Neue Zeitung“) ist Wjatscheslaw Ismajlow, ehemaliger Major und „Veteran“ aus Afghanistan und Tschetschenien, der misstrauisch Zahlenspiele der Armee zu ihren Todesfällen verfolgt: 2005 waren es 662, 2006 554, 2007 442, 2008 471 tote Wehrpflichtige. Ebenfalls 2008 wurde der Wehrdienst auf zwei Jahre verkürzt, was Todesraten unter Soldaten wieder ansteigen ließ, wie Sergej Fridinskij, oberster Staatsanwalt der Armee, belegte: 2009 470 Tote, 2010 478. Seit 2011 schweigen sich Verteidigungsministerium und Armee aus, wogegen Ismajlow und seine „Nowaja gaseta“ seit Januar 2013 wütend revoltieren.

Zu viele Todesfälle bei Wehrpflichtigen

Ihre heimlichen Verbündeten sind Offiziere aus dem Ministerium, die nicht genannt werden wollen, aber verrieten, dass Todesraten Staatsgeheimnis sind. Da geriet Ismajlow, legendärer Kameradenretter in Tschetschenien, vollends in Harnisch, da die Geheimniskrämerei der Bürokraten in Uniform gegen Russlands Pressegesetz verstößt. Nun will er das Ministerium verklagen, denn „wenn die Todesraten wirklich geheim sind, werden unsere Leser erkennen, wie gefährlich es ist, dieser Armee ihre Söhne zu überlassen“. *W. Oschlies*

Nie wieder Schnee?

Von Vera Lengsfeld

Seit 14 Tagen ächzt Berlin unter einer Schneelast, die es, da sind sich auch ältere Berliner einig, so im März noch nicht gegeben hat. Bis zu 20 Zentimeter hoch türmt sich die weiße Pracht auf, die, obwohl sie tagsüber immer wieder abschmilzt, von neuen Flockenwirbeln wieder aufgefüllt wird.

Wer täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren muss, hat jeden Morgen zu tun, sein Gefährt von einer dicken Schneeschicht zu befreien. Die Straßenreinigung kommt nicht hinterher, der nächtliche starke Frost reißt immer neue Schlaglöcher in vielbefahrene Straßen. Man muss sich ständig neu im Slalom üben.

Nur in den seltenen Momenten, wenn die Sonne durch die dichten Wolken bricht und man sich zufällig im tief verschneiten Park aufhält, übt die Szenerie einen überwältigenden Zauber aus.

Die Berliner verlieren ihren Humor jedenfalls nicht. Vor unserem Haus hat der Cafébetreiber einen kunstvollen Schneeosterhasen gebaut, der einen Strauß mit bunten Ostereiern im Schoß hält. „Always look at the bright side of life“, ist der Kommentar, den ein Vorübergehender auf ein Stück Karton geschrieben hat. Wie gut, dass an die bevorstehenden Osterfeiertage erinnert wird, denn Witzbolde haben schon begonnen, sich mit „Frohes Fest“ zu begrüßen oder zu verabschieden.

David Hasselhoff, der tatsächlich für ein paar Stunden aus New York in die Stadt kam, um an der East-Side-Gallery ein Spontankonzert zur Rettung des angeblichen Mauerdenkmals zu geben, musste knöcheltief im Schneematsch waten, was seiner guten Laune aber keinen Abbruch tat. „I'm looking for freedom“, sang er gleich dreimal und hat damit immerhin bewiesen, dass seine Stimme auch a cappella trägt.

Um nach Freiheit Ausschau zu halten, waren die bunten Mauerteile aber wohl doch nicht der richtige Ort, denn als sie noch unbemalt waren, endete hier die Freiheit. David machte sich mit nassen Socken unverzüglich zurück nach Big Apple und ließ sein Publikum beglückt im Schneefall zurück.

War da nicht noch was? Ach ja, im Jahr 2000 hatte uns der „Spiegel“ unter der neckischen Überschrift: „Winter ade: Nie wieder Schnee ...“ den Klimaforscher Mojib Latif vom Hamburger Max-Planck-Institut folgendes zu Protokoll geben lassen: „Winter mit starkem Frost und viel Schnee ... wird es in unseren Breiten nicht mehr geben.“

Der Spruch macht in Berlin die Runde, verbunden mit der Feststellung, dass nicht nur Politiker ihre Versprechen zu brechen pflegen, sondern auch Wissenschaftler. Die Berliner sind der Meinung, Latif sollte seine Forschungsgelder zurückzahlen und der „Spiegel“ sein Motto, wonach „Spiegel“-Leser besser informiert werden, zurückziehen.

Stasi spionierte auch bei Sowjets

Sensationsfund: Kurz vor ihrem Ende bildete DDR »Elemente eines souveränen Staates aus«



Soldaten der NVA und Soldaten der Sowjetunion 1975: Nach außen hin präsentierte man brüderliche Einigkeit

Bild: Ullstein

Die DDR spionierte in ihrer Spätphase in ungeahnter Weise auch den Bündnispartner Sowjetunion aus. Das ergeben neue Aktenfunde der Stasi-Unterlagenbehörde. Sensationell ist nicht nur die Bespitzelung des „großen Bruders“ an sich, auch das Ausmaß überrascht. Die Stasi verschaffte der DDR-Führung sogar Informationen über Atomsprengkopftransporte der Sowjets. Die Funde zeigen so ein bis dato unbekanntes Souveränitätsbewusstsein der DDR.

Nur im Witz hinter vorgehaltener Hand beschrieben DDR-Bewohner ihren Eindruck vom wahren Verhältnis zur Sowjetunion: „Sind die Sowjets eigentlich unsere Freunde oder unsere Brüder?“ Antwort: „Sie müssen unsere Brüder sein. Freunde kann man sich aussuchen.“

Tatsächlich war die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ Staatsräson und der große Bruder in Moskau ideologisch verordnetes Vorbild, mitunter wider jede Realität. So war die Lage im Arbeiter- und Bauernstaat 1988 angespannt. Ursache war die Entspannungspolitik der Sowjetunion gegenüber dem Westen. Das Verhältnis des SED-Staates zum übermächtigen Partner kühlte daraufhin rapide ab.

In jenem Jahr vor ihrem 40. Jahrestag stoppte die DDR den Vertrieb der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ – ein bis dahin undenkbarer Vorgang. Anhänger des sowjetischen Staatslenkers und Reformers Michail Gorbatschow wurden in der DDR von der Stasi überwacht. Zum 1. Mai 1989 sollten Stasi-Mitarbeiter sogar Plakate des Generalsekretärs der KPdSU Gorbatschow aus den Händen von DDR-Bürgern reißen. Offiziell sprach die DDR-Staats- und Parteiführung indes vom „unverbrüchlichen Bruderbund mit der Sowjetunion“. Diese Bündnistreue galt auch für den nach sowjetischem Muster aufgebauten Geheimdienst Stasi, doch offenbar selbst dort nur noch vordergründig:

Im März 1988 beobachtete die Stasi gezielt sowjetische Atomwaffentransporte durch Brandenburg, wie die „Märkische Allgemeine Zeitung“ nun unter Verweis auf Dokumente aus der Stasi-Unterlagenbehörde berichtet. Die Agenten fotografierten einen Güterzug mit 15 Waggons an einem offenbar sorgsam dafür ausgesuchten Bahndamm zwischen Wellnitz und Eisenhüttenstadt. Sogar die Strahlenbelastung maßen die Stasi-Mitarbeiter demnach akribisch und konnten aus diesen Daten und ihren Beobachtungen Detailkenntnisse über die hochgeheimen sowjetischen Kernsprengköpfe gewinnen.

> Russische Transporte von Atomwaffen genau unter der Lupe

Mit Schutzmaßnahmen gegen westliche Geheimdienstaktivitäten lässt sich das Tun der DDR-Schlapphüte nicht begründen, denn sie legten es von Anfang an auf genaue Kenntnis des Inhalts der abgenutzten Güterwagen an, nicht etwa nur auf die Sicherung der Routen. Das Blatt zitiert Stasi-Akten mit genauen Schlussfolgerungen zu den Mittelstreckenwaffen: Vom „Transport von Kerngefechtsköpfen (Nuklearmunition) mit dem spaltbaren Uran-233“ ist darin die Rede. Solches Wissen jedoch teilten die Sowjets nicht einmal mit den militärischen Spitzen der verbündeten Nationalen Volksarmee (NVA).

Dass die Stasi den Transporten auf die Spur kam, lag allerdings nicht allein an der Akribie des Dienstes, sondern auch an einem glücklichen Zufall. Nach dem Abschluss eines Vertrages über die Reduktion der Mittelstreckenwaffen (INF) 1987 mussten entsprechende sowjetische Waffensysteme aus der DDR abgezogen werden, ein logistisches Großmanöver. Im Februar wurden diese Raketen offiziell verabschiedet. Ein Offizier des sowjetischen Geheimdienstes KGB machte die Stasi dabei mit Information über die anstehenden Transporte neugierig. Durch diese Panne erfuhren die DDR-Agenten vom „Sondertransport (Zug)“.

Die folgende Überwachungsaktion ist in vieler Hinsicht einmalig und lässt tief in die schizophrenen Strukturen der Stasi blicken. Während der Geheimdienst landesweit die Behandlung von Ökologie- und Umweltfragen unterdrückte und entsprechend Aktive der Bürgerbewegung verfolgte, sorgte er sich andererseits selbst um die Folgen einer möglichen Atomverseuchung durch die sowjetischen Gefechtskopftransporte. Denn die Techniker der Stasi nahmen die Transporte genau unter die Lupe: „Die Kerngefechtsköpfe konnten eindeutig als Plutonium-239-Waffen identifiziert werden“, zitiert die „Märkische Allgemeine“ die erhaltenen Akten.

Mit den Strahlungsmessungen wusste die Stasi nicht nur über den genauen Typ AA-81 Bescheid, sondern auch über die ungenügende Sicherung der Transporte. Benutzte Container ließen Strahlung frei, noch eine halbe Stunde nach Vorbeifahrt waren Spaltprodukte messbar. Die Stasi bangte um „weitreichende Auswirkungen“ auf dem „dicht besiedelten Territorium der DDR“ – dessen Bewohner wussten von nichts. Der Geheimdienst hatte Zugang zum Netz sowjetischer Waffentransporte gefunden, deckte rasch einen weiteren Transport von Altengrabow in Sachsen-Anhalt über Frankfurt (Oder) nach Brest auf und ging mit der Überwachung erhebliche Risiken ein, von den Sowjets entdeckt zu werden.

Das Fazit der Stasi liest sich wie eine Forderung: „Es erscheint unerlässlich, Veränderungen im Transportregime herbeizuführen.“ Der Experte und Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde Helmut Müller-Enbergs sagt zu dem Spionagewagnis: „Das lässt sich auch als Zeichen für eine Art Emanzipationsprozess lesen. Kurz vor ihrem Ende begann die DDR, Elemente eines souveränen Staates herauszubilden.“

Sverre Gutschmidt

Linker Pfarrer vor Gericht

Jenaer Pastor angeblich an extremistischen Ausschreitungen beteiligt

Der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König muss sich vor Gericht wegen der schwerwiegenden Vorwürfe des Landfriedensbruchs und der Aufwiegelei verantworten. Unstrittig ist, dass er an den bürgerkriegsähnlichen Straßenkämpfen im Jahr 2011 zur Verhinderung eines Gedenkmarsches anlässlich der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 beteiligt war.

Gesichert scheint ebenfalls Königs Teilnahme an den Ausschreitungen mit seinem „legendären VW-Bus“. Von dort aus habe er Aufrufe zum „sammeln“ gegeben. „Mit dem Wagen befand er sich halt meist im Getümmel“, so ein Zeuge.

König befand sich in Gesellschaft der Fraktionsvorsitzenden der Linken im thüringischen und sächsischen Landtag, Bodo Ramelow und André Hahn, sowie den beiden linksextremen hessischen Landtagsabgeordneten Janine Wissler und Willi van Ooyen. Zwischenzeitlich wurde der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der Linken, Tim H., wegen Beteiligung an Gewalttaten und deren Anstiftung im Jahr 2011 erstinstanzlich zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt. Die Vereitelung eines „nicht verbotenen Aufzugs“ oder dessen Verhinderung stellt eine Straftat dar.

> Mitarbeiter der Linkspartei ebenfalls angeklagt

Die vier Linken-Promis hatten sich in den Verfahren gegen sie darauf berufen, dass andere Verfahren gegen mutmaßliche Gewalttäter eingestellt worden seien. Hahn sah einen „Missbrauch der Strafverfolgung“ darin, dass das Verfahren gegen ihn dennoch fortgeführt würde.

Die Anklageschrift gegen Lothar König umfasst stattliche 18 Seiten, in der ihm schwerer Landfriedensbruch, Strafvereitelung, Beihilfe zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und schließlich versuchte Nötigung vorgeworfen wird. Im Detail wirft die Polizei ihm vor, Gewalttäter zum Durchbruch von Polizeisperren aufgerufen zu haben. Zur Verteidigung wurde der linke Berliner Staranwalt Johannes Eisenberg verpflichtet.

Dass die linksradikale, Stasi-belastete Anetta Kahane – zu DDR Zeiten als „IM Victoria“ tätig – sich als eifrige Fürsprecherin des seltsamen evangelischen Gottesmannes betätigt, lässt tief blicken. Sie unterstellt eine Art Rache der Justizbehörden. Interessant ist auch ein Kontakt Königs zum sogenannten NSU-Milieu in früheren Jahren, von dem Medien berichten. Der Prozess sollte Mitte März stattfinden, er ist nun auf den 2. April terminiert.

Theo Maass

Das Erbe verfällt

Viele Brandenburger Denkmäler bedroht

Der Erhalt der großen Schlösser der Mark ist gesichert. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) verfügt bis 2017 über 34,7 Millionen Euro jährlich, einen Großteil davon trägt der Bund.

Für viele kleine denkmalwürdige Gebäude Brandenburgs fehlt indes Geld. Gerade einmal 7500 Euro waren 2012 im Topf der „Konzertierten Denkmalhilfe“ des Landes. Brandenburgs Denkmalpflege kennt viele akute Aufgaben: 1790 errichtete Gutsarbeiterhäuser in Hohenahlsdorf will die Gemeindevertretung abreißen. Die Denkmalschützer wehren sich gegen die Beseitigung der in einem Gutachten als „bautechnisches Musterhaus“ identifizierten Langhäuser, doch Geld für den Erhalt fehlt. Die Sicherung des besterhaltenen Hauses würde allein 70 000 Euro kosten.

> Geld nur noch für große Schlösser

Seit einem Brand 2010 ist das Denkmal Brauhaus Himmelpfort zerstört. Für einen Wiederaufbau fehlt es auch hier an Geld und Ideen. Die Stadt Fürstenberg nimmt ihr Vorkaufsrecht auf das Gebäude nicht war. Selbst für eine Sicherung ist kein Geld vorhanden. In Brandenburg an der Havel tobt derweil ein politischer Lokalkrieg um den Abriss denkmalgeschützter Häuser. Landeskonservator Thomas Drachenberg wünscht sich allgemein ein landesweites Förderprogramm für den Substanzerhalt, das fehle bisher völlig.

Positive Beispiele gibt es indes auch: Das zu den olympischen Spielen 1936 erbaute Schwimmbad in Elstal, die Restaurierung der Neuzeller Kreuzkirche und das bereits zur Ruine verfallene Schloss Dahme, das entgegen allen Erwartungen noch gesichert werden konnte.

SV

Kriminalität um Berlin wächst

Während die Kriminalität in Brandenburg insgesamt zurückgeht, steigt sie im sogenannten „Speckgürtel“ um Berlin dramatisch an. Seit 2009 erhöhte sich die Zahl der Einbrüche und anderer Eigentumsdelikte hier um mehr als 50 Prozent, wobei die Dreistigkeit der Täter zunimmt: Sie greifen immer öfter tagsüber zu. Die Polizei macht zwar keine Angaben zur Nationalität der Täter. Insider berichten indes: „Bei den meisten Taten stecken organisierte Banden aus Osteuropa dahinter.“ Nur gut die Hälfte der Delikte wird aufgeklärt. Die Quote lag 2012 gerade mal bei 53,3 Prozent. Innenminister Dietmar Woidke (SPD) thematisierte auch die Zunahme rechtsextremer Straftaten um 19 Prozent, die sich aber meist in sogenannten „Propagandadelikten“ erschöpften. Eine einseitige Sicht der Dinge, denn das Zeigen eines Hakenkreuzes ist anders als „Hammer und Sichel“ eine Straftat. Auch eine Vielzahl an Parolen und Meinungsäußerungen gilt als Straftat.

T.M.

Zeitzeugen



Ursula von der Leyen – „Das Kinderförderungsgesetz (KiföG) setzt Meilensteine in Deutschland – für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für mehr Bildung unserer Kinder“, begrüßte die damalige Bundesministerin für Familie die 2008 erfolgte Zustimmung des Bundestages zum KiföG. Die siebenfache Mutter trägt jedoch keine Verantwortung mehr für die Umsetzung des Gesetzes, da sie inzwischen Arbeitsministerin ist. Zudem sorgt der verspätet begonnene, jetzt überhastete Ausbau in einigen Einrichtungen dafür, dass es in erster Linie nicht um die Bildung, sondern um die Verwahrung der Kinder geht.



Kristina Schröder – Die Familienministerin hat nur begrenzten Einfluss auf den Ausbau der Krippenplätze vor Ort, auch wenn das Gesetz dazu vom Bund stammt. Neben Geld- und Personalmangel sorgt auch das Fehlen geeigneter Gebäude für Verzögerungen beim Krippen-Ausbau. Gerade in den Städten fehlen Grundstücke, Bauvorschriften schränken die Krippenbetreiber ein und sorgen für steigende Kosten. Daher hat Schröder vorgeschlagen, die Bauvorschriften abzusenken. Zudem will nicht jeder eine Krippe in seiner Nachbarschaft. Einige Anwohner klagen sogar gegen Einrichtungen.

Catherine Hatam – Die Geschäftsführerin des Krippenträgers „Paula & Max“ wundert sich derzeit über Nachbarn einer ihrer Einrichtungen. Die sich in einer ehemaligen Postfiliale befindende Kita hat die einst dem Einbruchschutz dienenden Fenstergitter entfernt. Doch ein Mitglied der Eigentümergemeinschaft des Hauses will, dass diese wieder eingesetzt werden, da sie ohne Genehmigung der Gemeinschaft beseitigt wurden. Werden diese jedoch wieder eingesetzt, verliert die Kita einen Fluchtweg und somit die Betriebserlaubnis für den Raum.



Wolfgang Kubatzki – „Die begüterten Anleger bevorzugen Produkte, die sie anfassen können und bei denen sie wissen, was sie haben. Das können Windräder, Flugzeuge oder eben auch Kindertagesstätten sein“, so das Mitglied der Geschäftsleitung von Feri EuroRating im Artikel „Die Rotzlöffel Rendite“ des „Manager Magazin“. Und immer mehr Immobilienfonds spielen tatsächlich mit dem Gedanken, Fonds aufzulegen, die der Finanzierung von Kindergärten dienen. Dies kann nicht nur den Anlegern zugutekommen, sondern auch im Interesse von Städten und Trägern sein, denen das Geld für den Kita-Neubau fehlt.

Der Schwarze Peter geht um

Warum gibt es zu wenig Krippenplätze, obwohl der Anspruch 2008 beschlossen wurde?

Laut Statistischem Bundesamt fehlten am 1. März 2012 noch 220 000 Plätze, nach Angaben der Bundesländer hingegen nur 160 000 Plätze. Der Städte- und Gemeindebund geht aktuell von 150 000 fehlenden Plätzen aus, informiert das Familienministerium auf *PAZ*-Anfrage und macht damit deutlich, dass nicht nur der Bund in Sachen Krippen-Ausbau keinen Überblick hat.

In vielen Kommunen wird noch fleißig gebaut. Der ab 1. August geltende Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für unter Dreijährige hat inzwischen selbst den letzten Bürgermeister in Deutschland dazu gebracht, seinen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Doch oft erfolgen diese Taten zu spät und so werden Eltern ab Spätsommer ihr Recht einklagen. Wie viele es sein werden, ist genauso ungewiss, wie die Zahl der Plätze, die noch fehlen. Ein Blick auf die Betreuungsquoten der unter Dreijährigen verrät jedoch bereits, in welchem Bundesland sich die Klagen eher häufen werden. Wurden im Frühjahr 2012 in den neuen Bundesländern knapp 50 Prozent der Altersgruppe fremdbetreut, waren es im Westen nur 22,9 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar nur 18,1 Prozent. Der Bund ging bei seinen Planungen 2007 davon aus, dass eine Betreuungsquote von 35 Prozent den Bedarf an Plätzen decken würde, doch aktuelle Umfragen haben gezeigt, dass 39 Prozent der Eltern von unter dreijährigen Kinder eine Fremdbetreuung wünschen, was 780 000 statt der angestrebten, aber noch nicht erreichten 750 000 Krippenplätzen entspricht. Zudem müssen derzeit viele Städte zur Kenntnis nehmen, dass eher 50 Prozent der Eltern einen Krippenplatz nachfragen. Hieran geben sie dem Bund die Schuld. Der habe unrealistische Vorgaben gemacht, heißt es vom Deutschen Städtetag. Bei der Diakonie wiederum weist man im Gespräch mit der *PAZ* darauf hin, dass die freien Träger, die 67 Prozent der Kinderbetreuung-Einrichtungen betreiben, schon vor Jahren die Vorgaben vom Bund für unrealistisch gehalten haben. Schon bei dem Ausbau der Kindergartenplätze habe man festgestellt, dass mit dem steigenden Angebot auch die Nachfrage gewachsen sei. Da in den Städten zudem mehr Alleinerziehende leben und auch mehr besser ausgebildete Frauen wohnen, die ihre Karriere nicht unterbrechen wollen, aber auch die Lebenshaltungskosten höher sind, so dass eine Familie von einem Gehalt immer seltener leben kann, ist es, wie Umfragen zeigen, ganz natürlich, dass hier die Nachfrage nach Krippenplätzen höher ist.

Planungen begannen zu spät, Mittel wurden nicht abgerufen

Doch bei Städten und Gemeinden sowie den Ländern heißt es, der Bund habe falsche Vorgaben gegeben. Der wiederum will den Schwarzen Peter nicht annehmen und verweist darauf, dass man bereits mit Beschluss des Gesetzes Mittel für den Krippen-Ausbau zur Verfügung gestellt habe. Ganze 5,4 Milliarden Euro seien bisher zur Verfügung gestellt worden. Allerdings sei das Geld in den ersten Jahren kaum abgerufen worden. Dies wiederum liegt nach Aussagen des Deutschen Städtetages daran, dass die Länder lange keine konkreten Zusagen über ihre finanzielle Beteiligung beim Bau und am Betrieb der Betreuungsplätze gemacht hätten. Die Länder wiederum kritisieren die zu spät erfolgte Detail-Planung bei Städten und Kommunen vor Ort und den Nicht-Abruf zur Verfügung gestellter Gelder.

In Hamburg beispielsweise kostet ein Vollzeitplatz für ein Kind unter drei Jahren 1200 Euro im Monat, von dem die Eltern je nach Einkommen maximal 396 Euro selber tragen. Den Rest übernimmt die Stadt, die ihre eigenen 170 Einrichtungen genauso vergütet wie die von ihr anerkannten freien Träger.

Doch nur wenn die Gelder für den Betrieb auch zugesagt werden, bauen freie Träger ihr Angebot auch aus. „Aus Sicht der AWO ist eine falsche Prioritätensetzung der Politik Schuld daran, dass es in vielen Städten und Gemeinden nicht genügend Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder gibt“, so Mona Finder vom AWO-Bundesverband. Häufig fehle zudem eine differenzierte regionale Erhebung des Betreuungsbedarfs. Hinzu käme, dass, selbst wenn es Krippenplätze gibt, häufig entsprechend ausgebildete Erzieherinnen fehlten. Die Ursachen für den Personalmangel seien zwar vielfältig, in erster Linie sei die Ausbildung mit bis zu fünf Jahren jedoch deutlich zu lang, so Finder auf *PAZ*-Nachfrage. *Rebecca Bellano*



Bild: F. Hormann/dapd

Schnulleralarm: Vor allem Großstädte sehen sich mit einer unerwartet hohen Nachfrage nach Krippenplätzen konfrontiert

Fast überall fehlt Personal

Die Suche nach geeignetem Personal wird immer mühseliger. „Anfang 2011 erhielten wir auf eine ausgeschriebene Stelle 200 bis 300 Bewerbungen, jetzt sind es vielleicht fünf oder sechs“, beschreibt die Geschäftsführerin eines privaten Kita-Trägers die Lage am Arbeitsmarkt für Erzieher. Zudem ließe die Qualität der Bewerber nach. Auch sei die Wechselbereitschaft der Angestellten höher als noch vor Kurzem.

Vor allem in Großstädten stockt der Krippen-Ausbau auch aufgrund von Personalmangel. Zwar hat Familienministerin Kristina Schröder im Rahmen ihres Zehn-Punkte-Programms für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung Vorschläge gemacht, wie Personal gewonnen werden kann, doch deren Umsetzung lässt zu wünschen übrig. So arbeiten nur 42 Prozent der Erzieher in Vollzeit.

Ausbildung dauert gut vier Jahre

Daher schlug das Ministerium vor, dass die Teilzeit-Beschäftigten ihre Stunden erhöhen. Doch viele wollen das gar nicht. Auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Erzieherabschlüssen und die Höherqualifizierung von Kinderpflegern und artverwandten Berufen war eher ein Tropfen auf den heißen Stein. 2012 wurden 3,3 Millionen Kinder unter 14 Jahren deutschlandweit fremdbetreut. Davon waren zum Stichtag 1. März 558 000 Kinder unter drei Jahre alt. Insgesamt waren 2012 laut Statistischem Bundesamt 468 000 Personen in Kindertageseinrichtungen als pädagogisches Personal oder Leitungs- und Verwaltungspersonal beschäftigt. 2007 waren es noch 366 172 Mitarbeiter, also über 100 000 weniger. Da der Krippen-Ausbau erst ab 2012 richtig an Fahrt aufgenommen hat, dürfte der Anstig inzwischen noch deutlich höher liegen. Da die Ausbildung zur Erzieherin im Durchschnitt vier Jahre dauert, überrascht es nicht, dass es jetzt zu Engpässen kommt. *Bel*

Noch regiert oft das Chaos

Ausbau der Kinderbetreuung führt zu spürbaren Missständen

Sie ist erst drei Jahre alt, doch die kleine Paula wird unfreiwillig – wie Hundertausende andere Kinder ihres Alters – Zeitzeuge eines gesellschaftlichen Wandels: dem massiven Ausbau der Kinderbetreuung. Was so großartig klingt, macht sich für das Mädchen jedoch vor allem in Form von Chaos bemerkbar. Vor dem Umzug ihrer Eltern in ein von den Mieten her günstigeres Stadtviertel besuchte die Kleine eine privat geführte Krippe. Dort war alles geregelt. Zwei Erzieherinnen betreuten zwölf Kinder unter drei Jahren, neben den festen Essenszeiten gab es jeden Tag ein Motto. Montags wurde gebastelt, dienstags stand musikalische Früherziehung auf dem Plan, mittwochs war Ausflugstag, donnerstags ging es in die Turnhalle und freitags durfte frei gespielt werden. Zudem gab es auch immer ein Wochenmotto. Mal wurde der Unterschied von Laut und Leise erklärt, mal der von Viel und Wenig, dann stand Farbenlehre auf dem Programm oder die Frage, welche Tiere im Wald leben.

Jetzt wird nur noch wenig erklärt. Schlicht, weil der neuen Erzieherin Julia die Zeit fehlt. Offiziell sollte in dieser Gruppe einer städtischen Kindertagesstätte noch eine weitere Erzieherin sein, doch ein hoher Krankenstand sowie Urlaubs- und Weiterbildungstage sorgen dafür, dass Julia nicht nur heute allein mit fast 20 Kindern im Alter von zwei bis fünf Jahren allein im Raum ist. Da ab August der Rechtsanspruch für unter Dreijährige gilt, hat die Stadt angeordnet, dass auch Kinder dieser Altersgruppe mit zu den Größeren in die Gruppe gesteckt werden. Einige der Kleinen sprechen jedoch noch nicht richtig, die kleine Arzu kann zudem nur Türkisch. Auch fehlen Wickeltisch und Schlafecke in dem Raum, beides ist für so kleine Kinder jedoch vonnöten. Zwar sind die baulichen Veränderungen bereits in Planung, doch noch muss Julia mit dem Provisorium arbeiten, so dass, wenn ein Kind gewickelt werden muss, sie eine Kollegin aus einer anderen Gruppe der Kita anrufen muss, in deren Raum ein Wickeltisch steht. Die holt dann das Kind ab, um es zu wickeln.

Neben Personal fehlt die nötige Infrastruktur

Während Paula versucht, ein Spiel aus einem der Regale zu nehmen, das jedoch so hoch liegt, dass sie nicht dran kommt, bricht ein Tumult aus. Der kleine Leon schreit wie am Spieß. Flugs unterbricht die Erzieherin das Gespräch mit der fünfjährigen Hadice über ihr Lieblingsbuch, steigt über den ständig am Boden liegenden Nazir, der nach einem Missbrauch durch seinen Vater schwer traumatisiert ist, und eilt zu Leon. Dessen Finger blutet und eine Schar von Kindern sammelt sich um den Jungen. Unter ihnen auch der fünfjährige Sinnan, der in seinen hinter dem Rükken verschränkten Händen eine Schere hält. Der zweijährige Leon habe ihn geärgert, rechtfertigt er später gegenüber Julia seine Tat. Derweil bricht Paula in Tränen aus, weil sie nicht an das Spiel kommt und niemand ihr hilft. Auch Remzi weint, weil Oleg ihn geschlagen hat. Doch Julia kann nicht helfen, muss sie doch erst Leons Finger verbinden.

„Wer hat den Keks aus der Dose geklaut“, stimmt Julia nach dem gemeinsamen Händewaschen ein Spiel an. Gleich kommt eine Kollegin und holt die Kinder zum Mittag ab. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1095**

Spiel mit dem Terror

Neue Details über Nato-Agentennetzwerk »Gladio« lassen selbst Verschwörungstheoretiker staunen

Zu einem Gerichtsverfahren, das in Luxemburg als „Jahrhundertprozess“ gilt, herrscht in der bundesdeutschen Medienlandschaft weitgehendes Schweigen. Dabei könnte der luxemburgische Fall helfen, die vielen Ungereimtheiten im Fall der Terrorzelle NSU neu zu bewerten.

Es ist starker Tobak, was in der „Affaire Bommeleeër“ (Bombenleger), die derzeit in Luxemburg vor Gericht verhandelt wird, zutage kommt. Während lange Zeit Linksextremisten als Urheber mehrerer Bombenanschläge galten, die Luxemburg in den 80er Jahren erschütterten, sitzen nun zwei ehemalige Beamte der luxemburgischen Gendarmerie auf der Anklagebank. Zu den 20 Straftaten, die ihnen vorgeworfen werden, gehört ein Sprengstoffanschlag auf einen EG-Gipfel ebenso wie das Außerbetriebsetzen des Instrumentenlandesystems des Luxemburger Flughafens oder der Bau einer Sprengfalle. Sind die Vorwürfe schon brisant genug, hat der Prozess inzwischen noch eine spektakuläre Wendung genommen. Zur Entlastung der beiden Ex-Polizisten hat die Verteidigung eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, die dafür spricht, dass die Anschläge im Auftrag von Geheimdienstkreisen erfolgt sind.

Notariell beglaubigt hat der deutsche Historiker Andreas Kramer wiedergegeben, was ihm von seinem Vater vor dessen Tod anvertraut worden war. Als Bundeswehroffizier und Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes soll der Vater Operationsleiter eines Agenten-Netzwerkes der Nato für den Kriegsfall gewesen sein. Bei der meist nach ihrem italienischen Ableger als „Gladio“ bezeichneten Nato-Truppe soll Kramer Senior den Angaben seines Sohnes zufolge nicht nur Einsätze in Deutschland, den Benelux-Staaten und der eigentlich neutralen Schweiz koordiniert haben, auch die Luxemburger Bombenleger-Aktionen sollen über seinen Schreibtisch gewandert sein. Vordergründig als Übung angelegt, soll mit den Bombenanschlägen ein politisches Ziel verfolgt worden sein: die Diskreditierung linker Kräfte.

Der nun beim Luxemburger Bombenleger-Prozess im Raum stehende Vorwurf, „Gladio“ sei für Terror eingespannt worden, um politische Zwecke zu verfolgen, ist nicht neu. Der Historiker Daniele Ganser, der sich an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich intensiv mit „Gladio“ beschäftig hat, kam schon – vor allem mit Blick auf Italien und die Türkei – zu einer ähnlichen Schlussfolgerung: „In einigen Ländern, aber nicht in allen, mutierten die Sicherheitsnetze jedoch auch zu Terrorzellen.“

Stimmung in der Bevölkerung sollte gelenkt werden

Durch Gerichtsverfahren nachgewiesen ist diese Kaperung „Gladios“ im Fall von Italien und der dort verfolgten „Strategie der Spannung“. Inszenierte Terroranschläge, die man wahlweise Links- oder Rechtsextremisten zugeschrieben hat, wurden dafür genutzt, die Stimmung in der italienischen Bevölkerung in die politisch gewünschte Richtung zu steuern. Eine weitere Erkenntnis die sich bei den „Gladio“-Prozessen in Italien herausgeschält hat: Während es sich eigentlich um ein Nato-Projekt handelte, hatte in der Praxis die CIA das Sagen.

Auch wenn die „Gladio“-Strukturen – zumindest nach offiziellen Angaben – seit Anfang der 1990er Jahre aufgelöst sind, spricht einiges dafür, dass die Diskreditierung politischer Gegner mittels inszeniertem oder gesteuertem Terror keineswegs ad acta gelegt ist. Es ist der Publizist Jürgen Elsässer, der den Verdacht äußert, dass unter umgekehrten Vorzeichen mittlerweile gezielt eine andere politische Strömung in Misskredit gebracht werden soll. „In den 70er Jahren kam der Antiamerikanismus von links, während die Rechte Nato-treu war.“ Während mittlerweile SPD, Grüne und selbst Teile der Linken ihren Frieden mit USA, Nato und Auslandseinsätzen der Bundeswehr gemacht haben, kommt Kritik heutzutage eher aus dem national orientierten Lager. „Dass dabei die Neonazis den Ton angeben, während vernünftige Patrioten zu Hause bleiben, hängt auch damit zusammen, dass unter den Radikalinskis genügend V-Leute sind, die die Irren anfeuern“, so Elsässers Diagnose.



Anrüchig: Offenbar sind nicht alle Spionage-Geschichten so schön eindeutig wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Vor allem in den letzten drei Jahrzehnten gab es Fälle, bei denen nicht klar ist, wer die Fäden zog Bild: mauritius

Einzelne Geheimdienst-Seilschaften könnten inzwischen allerdings auch wieder auf das bei „Gladio“ schon erprobte Prinzip der Diskreditierung unliebsamer politischer Strömungen mittels Terror zurückgreifen, so der von Elsässer geäußerte Verdacht in einem aktuellen Sonderheft des „Compact“-Magazins. Der Titel „Neonazis, V-Männer und Agenten – Operation Nationalsozialistischer Untergrund“ deutet bereits den Schwerpunkt der sehr lesenswerten Analyse zum Themenkomplex NSU an. Detailliert wie bisher nirgendwo sonst sind die zahlreiche Ungereimtheiten der offiziellen Darstellung zusammengetragen worden, die in der Berichterstattung der meisten Medien kein Thema sind, die aber stark in eine bestimmte Richtung weisen: Vom hessischen Verfassungsschutzmitarbeiter, der bei sechs von neun „Dönermorden“ am Tatort oder in der Nähe war, bis zur Anwesenheit eines Observationsteams des US-Militärgeheimdienstes DIA während des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Ehrenamtliche retten Haus Doorn

Doorn – Das Haus Doorn, jenes Schlösschen in den Niederlanden, in dem der deutsche Kaiser Wilhelm II. nach seiner erzwungenen Abdankung 1918 seine letzten Lebensjahre im Exil verbrachte, steht nun doch nicht vor der vollständigen Schließung. Nachdem die niederländische Regierung die staatliche Förderung von 441 000 Euro pro Jahr auf 216 953 Euro gekürzt hatte, sah es erst so aus, als müsste das Museum für Besucher schließen. Doch laut „Spiegel“ haben sich 150 Ehrenamtliche gefunden, die die Aufgaben der entlassenen Museumsmitarbeiter übernehmen werden, so dass das „Huis Doorn“ immerhin an drei Tagen in der Woche öffnen kann. *Bel*

Bund soll doppelt für Opfer zahlen

Bonn – Das Bonner Landgericht macht den Hinterbliebenen der Opfer des Kundus-Bombardements Hoffnung auf Schadenersatz. Die 79 klagenden Familien fordern von der Bundesrepublik insgesamt 3,3 Millionen Euro. Die genaue Zahl der Opfer des Luftangriffs vom September 2009 ist strittig. Das Gericht will sich deshalb zunächst Klarheit darüber verschaffen, ob es sich bei den Klägern überhaupt um Betroffene handelt. Das Verteidigungsministerium hat bereits in 91 Fällen jeweils 3900 Euro Entschädigung gezahlt. Der Klägeranwalt fordert weiteres Geld, da das Geld überwiegend an männliche Verwandte der Opfer gezahlt worden sei, die davon nichts an die Witwen und Waisen weitergegeben hätten. Die Bundesregierung beantragte Klageabweisung und verweist darauf, dass sie bei der Abwicklung der pauschalen Entschädigungszahlungen eine afghanische Kommission hinzugezogen hätte, mit der die Modalitäten ausgehandelt worden seien. Sollte der Bund unterliegen, müsste der Steuerzahler doppelt für dieselben Opfer zahlen. *J.H.*

Interessenkonflikte

Steiniger Weg zu moderaten Strompreisen

Der CDU-Landeschef von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, warnte dieser Tage vor einer Deindustrialisierung Deutschlands infolge zu hoher Strompreise. Laschet, der sich sonst eher mit Themen wie Integration und soziale Gerechtigkeit befasst, warnte in der „Welt“ vor den fatalen Folgen der Energiewende. Im Jahr 2000 sei es richtig gewesen, starke Anreize zu geben für Wind- und Sonnenenergie. Heute, in Zeiten der Energiewende, brauchte Deutschland ein marktwirtschaftliches System des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), so dass die Kosten nicht weiter explodieren, warnte der Politiker und forderte mehr Patriotismus bei allen Politikern ein. Er empfahl eine gesamtdeutsche Lösung, die nicht immer nur die individuellen Vorteile der Länder oder jeweiligen Klientel im Blick habe.

Bayern will anderes als Bund oder NRW

Offenbar hat Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) die Worte seines Parteikollegen nicht gelesen, denn nur wenige Tage später forderte er die Absenkung der Stromsteuer und blies damit ins selbe Horn wie Politiker von Grünen und SPD. Um zu verstehen, dass Seehofers Äußerung genau das Gegenteil von dem ist, was Laschet wünscht, muss man wissen, dass die Stromsteuer eine Bundessteuer ist, also die Gelder aus dieser Einnahme nur dem Bund zustehen. Würde also die Stromsteuer gesenkt, um die Strompreise nicht weiter explodieren zu lassen, könnte das Seehofer als Ministerpräsident von Bayern egal sein. Eine Reform des EEG hingegen ist nicht in seinem Sinne. Da in Bayern besonders viele Betreiber von Windrädern, Solar- und Biogasanlagen ansässig sind, profitiert das Land am stärksten von der EEG-Abgabe. Während Bayerns Stromverbraucher 2012 nur 2,3 Milliarden Euro in die EEG-Umlage zahlten, nahmen die dortigen Produzenten von Strom aus Erneuerbaren Energien 3,5 Milliarden Euro über das EEG ein. Dieser Überschuss kam überwiegend aus Nordrhein-Westfalen, dem Land, in dem wenig auf erneuerbare Energien gesetzt wurde, dafür aber auf Kohle und Gas, die Verlierer der Energiewende. Und Nordrhein-Westfalen ist auch das Heimatland von Armin Laschet, der wohl auch aus diesem Grunde nicht ganz uneigennützig mehr gesamtdeutschen Patriotismus einfordert. *Bel*

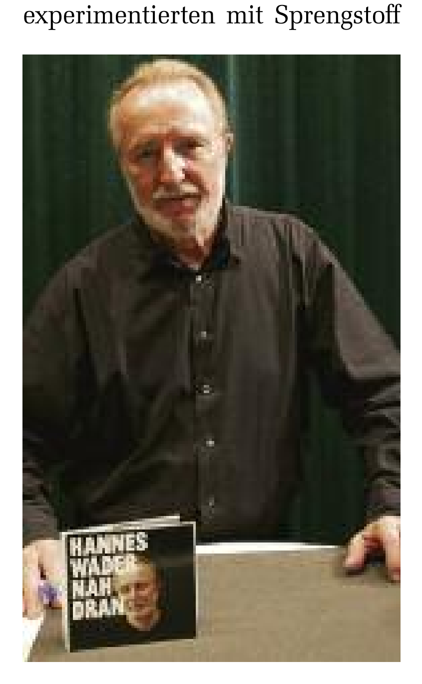
Zweierlei Maß bei Echo-Verleihung

»Frei.Wild« wird ausgeladen, Linksextremist Hannes Wader »für sein Lebenswerk« geehrt

Der seit 1992 von der Deutschen Phono-Akademie jährlich vergebene Echo soll eine Preisverleihung sein, die die ganze Musikbranche in strahlendem Glanz erscheinen lässt. Tatsächlich glänzt die Veranstaltung schon im Vorfeld, allerdings durch Peinlichkeit. Erst gab es Wirbel um die Südtiroler Deutschrockband „Frei.Wild“, die für den Preis nominiert worden war. Andere Musiker warfen ihr vor, rechtsextremes Gedankengut zu verherrlichen, und drohten mit Boykott der Preisverleihung (siehe *PAZ* 11/2013). Die Musik von „Frei.Wild“ ist hart und oft laut und sicherlich nicht jedermanns Geschmack. Die Texte sind ungeschönt und haben bisweilen einen ausgeprägt patriotischen Zungenschlag. Darin geht es um Alltagserfahrungen, Freundschaft, Freiheit und Südtirol. Das ist nichts anderes als das, was auch andere Volksmusikgruppen zu Gehör bringen. Inhaltlich sind die Texte harmlos. Jede Nähe zu rechtsextremen Ideen weisen die Mitglieder von „Frei.Wild“ weit von sich. Doch allein die Tatsache, dass die Band von Heimat und Heimatliebe singt, genügte, ihr eine nationalistische Gesinnung zu unterstellen und sie von der Nominierungsliste zu streichen.

Überzeugter Kommunist mit Nähe zu RAF-Terroristen

Gegen die Auszeichnung des bekennenden Linksextremisten Hannes Wader mit dem wichtigsten deutschen Musikpreis scheinen die Phono-Akademie und die anderen nominierten Musiker dagegen keine Bedenken zu haben. Der 70-jährige Wader hat den Echo für sein Lebenswerk erhalten, da er, so die Begründung, als „großer Liedermacher die Entwicklung des deutschsprachigen Liedes seit den 60er Jahren nachhaltig und beispielhaft geprägt“ habe. Ob diese Einschätzung wirklich zutreffend ist, sei dahingestellt. Prägend ist dagegen sicherlich der Eindruck vom Musikstar der links-alternativen Szene, der mit seinen Texten provokante Gesellschaftskritik übte und für die Verbreitung der kommunistischen Ideologie sorgte. So stimmte er gern die „Internationale“ und andere sozialistische Kampf- und Arbeiterlieder an. Im Oktober 1971 überließ er seine Hamburger Wohnung der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin, angeblich ohne deren wahre Identität zu kennen. Hier richteten die Terroristen ihr Hauptquartier ein, experimentierten mit Sprengstoff



Hannes Wader Bild: pa

und ermordeten vor der Tür den Polizisten Norbert Schmid. Wader wurde verhaftet und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet, das allerdings nach Jahren eingestellt wurde.

Die Folge seiner Nähe zu den RAF-Mördern war ein weitgehender Boykott Waders durch Medien, Rundfunkanstalten und Musikkonsumenten. Er hielt sich mit Auftritten bei politischen Veranstaltungen und der Friedensbewegung über Wasser und trat 1977 der DKP bei. In deren Milieu wurde er zum musikalischen Star, der ungeachtet aller kommunistischen Prinzipien mit seiner Musik ordentlich Kasse machte und sich in der Bewunderung seiner Anhänger sonnte. Kein Wunder, dass er später in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zugab, der Parteieintritt sei für ihn „lebensrettend“ gewesen. Seine politische Überzeugung war nach seinen eigenen Worten bis zu dem von ihm als schmerzlich empfundenen Zusammenbruch der Sowjetunion „felsenfest“. 1991 trat er aus der DKP aus, ohne allerdings seiner kommunistischen Gesinnung abzuschwören. Seit Jahren tingelt er als Volkssänger und mit Interpretationen internationaler Folksongs sowie autobiografisch angehauchten Titeln durchs Land. Mit der Verleihung des Echo an den altlinken Politbarden und Folkzausel Hannes Wader dürfte die Deutsche Phono-Akademie der Veranstaltung kaum wahren Glanz verliehen haben. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Briten weiter klamm

London – Obwohl die britische Regierung seit Jahren einen strikten Sparkurs fährt, torpediert das geringe Wirtschaftswachstum alle Aussichten auf einen ausgeglichenen Haushalt. In diesem Jahr wird das Haushaltsdefizit 7,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen. Trotz Wachstumsbegrenzung bei den Gehältern von Staatsbediensteten und Stellenstreichungen sowie Streichungen bei den Sozialausgaben und beim Militär sieht Finanzminister George Osborne kein Licht am Horizont. Ein von Labour vorgeschlagenes über Schulden finanziertes Wachstumsprogramm lehnt er entschieden ab, dafür senkt er jedoch die Unternehmenssteuer. *Bel*

Kriege kosten noch 150 Jahre

Washington – Während in Deutschland noch darüber gestritten wird, was ein Veteran genau ist, spielt die Versorgung ehemaliger Kriegsteilnehmer in den USA schon lange eine wichtige Rolle. Das Veteranen-Ministerium, zweitgrößtes Regierungsressort, betreibt zahllose Einrichtungen, die sich um die Veteranen, ihre Familien und um die Hinterbliebenen von Gefallenen kümmern. Allein im laufenden Jahr werden dafür mehr als 40 Milliarden Dollar ausgegeben. Darunter sind Verpflichtungen, die bis in den 1865 beendeten Bürgerkrieg zurückreichen. Zwei Rentenbezieher sind Söhne von Bürgerkriegsteilnehmern, die noch im hohen Alter Nachwuchs bekommen haben. Sie erhalten Unterstützung, weil sie wegen Behinderungen in ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit beeinträchtigt sind. Das Ministerium geht angesichts der steigenden Lebenserwartung davon aus, dass die jüngsten Kriege im Irak und in Afghanistan die USA noch in 150 Jahren finanziell belasten werden. *J.H.*

Zum Abschuss freigegeben

Christen in Libyen sind schutzlos Angriffen von Salafisten ausgeliefert – Übergangsregierung überfordert

Brandschatzungen von Kirchen, religiös motivierte Morde und eine Verhaftungswelle gegen koptische Christen sind Zeichen einer Verschärfung der Verfolgung von Christen in Libyen. Weite Teile Libyens, das mit Hilfe der Nato „befreit“ wurde, werden heute von dschihadistischen Salafisten beherrscht, die alles, was nicht ihrem steinzeitlichen Islam entspricht, mit Gewalt bekämpfen.

Wie die libanesische Tageszeitung „L'Orient – Le Jour“ berichtet, hat eine Gruppe bewaffneter Salafisten in der libyschen Stadt Bengasi eine koptische Kirche angegriffen und in Brand gesteckt. Die Kirche war bereits im Februar Ziel eines Anschlags gewesen. Erst zu Monatsbeginn wurde in Tripolis ein Anschlag auf einen katholischen Priester verübt. Nach Angaben koptischer Organisationen haben die Übergriffe auf die aus Ägypten stammende Glaubensgemeinschaft in Libyen in den vergangenen Wochen zugenommen.

Mitte Februar war in Bengasi eine Gruppe von 100 koptischen Händlern wegen des Vorwurfes zu missionieren auf dem Markt der Stadt von salafistischen Milizen verhaftet worden. Einer dieser Verhafteten, Ezzat Hakim Attalah, starb nach Angaben der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wenig später im Gefängnis unter nicht geklärten Umständen. Nach einer Intervention des ägyptischen Außenministeriums wurden 55 Personen freigelassen; 20 konnten in Libyen bleiben, 35 wurden ausgewiesen, weil sie keine gültigen Einreisepapiere hatten. 50 koptische Christen befinden sich derzeit immer noch in libyschen Gefängnissen in Haft, darunter jeweils auch ein Bürger Südafrikas, Schwedens und Südkoreas, wegen angeblicher „Verbreitung des Christentums“. Ein von der Polizei beschlagnahmtes Video zeigt, wie die Christen in einem kleinen Raum von Salafisten gefangengehalten werden. Sie erscheinen physisch ausgezehrt. Die Islamisten haben allen die Köpfe geschoren.

Die Brandschatzung der koptischen Kirche war nach Einschätzung libyscher Sicherheitsbehörden ein Vergeltungsanschlag der Salafisten für die Proteste der Kopten vor der libyschen Botschaft in Kairo. Menschenrechtsgruppen haben wiederholt vor einer Verschärfung der Lage für Christen in Bengasi gewarnt. Vor allem der Ostteil Libyens, die Cyrenaika, die einst das Zentrum des vom Westen unterstützten Aufstandes gegen Muammar Gaddafi war, ist heute das Zentrum der Verfolgung der Christen. Der Apostolische Vikar von Tripolis, Giovanni Innocenzo Martinelli, sagte, in der Cyrenaika würden Christen von Islamisten vertrieben. Bereits zum zweiten Jahrestag des Beginns des Aufstandes gegen Gaddafi am 13. Februar sah sich die Kirche gezwungen, in der Nähe von Derna die Gebäude eines Ordens von Franziskanerschwestern nach 100 Jahren zu räumen. Vorher hatte es Aufforderungen von oft ausländischen Salafisten gegeben, aus Libyen zu verschwinden. Die Franziskanerschwestern hatten im Januar ihr Haus in Barce verlassen. Auch ein Ordenshaus von Schwestern in Beida wurde geschlossen. Seit einiger Zeit träfen international vernetzte Islamisten die Entscheide in Libyen, sagte Martinelli gegenüber der Vatikan-Agentur Fides.

Nonnen verlassen aus Angst um ihr Leben ihre Klöster

Der Kirchenbrand von Bengasi ist der jüngste Fall in einer langen Reihe von Übergriffen gegen Christen und ihre Einrichtungen in den letzten Monaten.

Vor der Revolution im Jahre 2011 waren 200000 der 6,2 Millionen Einwohner Libyens Christen. Während der Gaddafi-Diktatur hatten sie keine Probleme wegen ihrer Religion, viele zehntausende christliche afrikanische Flüchtlinge lebten damals in Libyen. 1997 nahmen Libyen und der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen auf und 2007 durfte die älteste Kirche des Landes, die Kirche Santa Maria degli Angeli in Tripoli, nach 40 Jahre Schließung wieder eröffnet werden. Während des sechsmonatigen Bürgerkrieges und der Nato-Bombardements ab Februar 2011 hatten die meisten Christen Libyen mit den Ausländern verlassen. Nach dem Sturz von Langzeitdiktator Gaddafi im Herbst 2011 kehrten nur noch wenige zurück. Diese müssen feststellen, dass es unter der Übergansregierung ein zunehmendes Machtvakuum gibt, das immer mehr radikale Islamisten ausnutzen. Dadurch hat sich die Lage der Christen verschlechtert. Auf der Christenverfolgungsrangliste des Hilfswerkes Open Doors hat sich Libyen seitdem um zehn Plätze vorgeschoben. Als der nationale Übergangsrat 2011 die Kontrolle in Tripolis erlangte, wurde unter seiner Aufsicht die St.-Georg-Kirche in Tripolis geplündert. Während unter Gaddafi dessen Grünes Buch als Verfassungsersatz galt, soll nun die Scharia nach dem Willen aller politischen Akteure zur Grundlage der Verfassung werden. Obwohl kein Mitglied der jetzigen Übergansregierung einer islamistischen Gruppierung angehört, wird der parlamentarische und gesellschaftliche Druck hin zur Bildung einer islamischen Regierung wie in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten immer größer.

Die meisten Christen in Libyen sind Ausländer, vor allem Ägypter, aber auch Philippiner und Europäer. Als religiöse Minderheit und Ausländer sind sie doppelt bedroht. Militante Islamisten haben in den letzten Monaten nicht nur Kirchen angegriffen, auch vor toten Christen machen sie nicht Halt. „Es vergeht kein Tag, an dem nicht Gräber von Christen geschändet und zerstört werden“, beklagt Bruno Daimasso, der Gärtner des italienischen Friedhofs von Tripolis.

Nach dem Terrorangriff auf eine Gasförderanlage in Algerien durch libysche Terroristen aus Bengasi Ende Januar als Rache für den Feldzug gegen die Islamisten in Nordmali war auch der Apostolische Präfekt von Bengasi, der aus Malta stammende Bischof Sylvester Magro, von der libyschen Polizei aufgefordert worden, im Interesse seiner Sicherheit seine Kirche zu verlassen. Die schwache Zentralregierung ist gegenüber den vielen bewaffneten Milizen, von denen manche ihre Region wie Fürstentümer regieren, zunehmend machtlos. Islamistische Hardliner bestimmen immer deutlicher die Politik und fordern die Umsetzung der Scharia, des islamischen Rechts, in einer engen Interpretation. Kürzlich wurden, obwohl es noch keine neue Verfassung gibt, etwa Einschränkungen bei der Polygamie aufgehoben und ein absolutes Zinsverbot verfügt. *Bodo Bost*



Vor den Trümmern ihrer Kirche: Koptische Christen bei Misrata im Dezember 2012 Bild: Getty

Kleiner Lichtblick

Mehr Freiheiten für Christen auf Kuba

Nach einer rund 30-jährigen Verfolgung des Christentums setzen die Bürger Kubas mit Schwerpunkt im Osten der Zuckerinsel neue Maßstäbe und wenden sich unter den Augen der antichristlichen Regierung von Raul Castro in Havanna vermehrt der Religion zu und halten öffentliche Gottesdienste ab.

Als Signal für den Wandel gelten die Eröffnung eines konfessionellen evangelischen Buchladens in Santiago de Cuba und ein dreitägiger „Lobpreis-Kongress“ Mitte Februar ebenfalls in Santiago. Insgesamt 13000 Christen aus ganz Lateinamerika nahmen daran teil. Karel Matos, Pastor und Koordinator der Veranstaltung, sieht gar ein „neues Zeitalter des Glaubens“ aufdämmern. Die Bücher des Ladens wurden sogar zum Teil im Land selbst hergestellt. „Etwas“, so der Baptistenpastor Rubén Ortiz, „das man im Land seit 50 Jahren nicht mehr gesehen hat.“

Auch in den neuen Papst wird viel Hoffnung gesetzt

Große Hoffnungen setzen vor allem Kubas Katholiken auf den neuen Papst Franziskus. Der Geistliche Gregorio Alvarez kommentiert die Wahl offiziell: „Er ist einer aus der Familie.“ Damit meint er, dass das katholische Oberhaupt aus Lateinamerika „näher an den Problemen der Menschheit“ orientiert ist und sich nicht nur um die „Probleme der Kirche“ kümmern wird.

Insgesamt leben nach offiziellen Angaben etwa eine Million Christen auf Kuba, nach Schätzungen des Vatikans sollen aber rund 60 Prozent der 11,2 Millionen Einwohner katholisch getauft sein. In den letzten Jahren entstanden zudem protestantische Gemeinden und 90000 bekennen sich als Zeugen Jehovas. Bereits 1992 wurde die Verfassung so geändert, dass aus dem atheistischen Staatswesen ein säkuläres wurde. Dieser Trick erlaubte auch gläubigen Christen den Eintritt in die Partei. Neben dem Katholizismus wird die Mischreligion Santería praktiziert, ein animistisches Erbe aus Afrika, das aber sehr wohl auch christliche Elemente adaptierte.

Die Bevölkerung des Landes setzt sich aus 65 Prozent Weißen, 25 Prozent Mischlingen (Mulatten und Mestizen) sowie zehn Prozent Schwarzen zusammen. *Joachim Feyerabend*

Paris unterschlägt Bedrohung

Studie über Folgekosten eines Atomunfalls verheimlicht

Rhetorisch war schon einiges an Geschick nötig, um beim französischen Institut für Nuklearsicherheit eine einigermaßen plausibel klingende Erklärung für zwei völlig unterschiedliche Studienergebnisse parat zu haben. Der Öffentlichkeit hatte man eine Studie über zu erwartende Folgekosten eines schweren Nuklearunfalls auf französischem Boden präsentiert und schätzte dabei die Schadenssumme auf 430 Milliarden Euro. Parallel war das „Journal de Dimanche“ allerdings an eine bisher geheim gehaltene Studie des Instituts aus dem Jahr 2007 gelangt, in dem von Schadenssummen in ganz anderen Dimensionen die Rede war.

Das untersuchte Szenario des Gutachtens, das unter Verschluss gehalten worden war, spielte mit der Möglichkeit eines Nuklearunfalls im zentralfranzösischen Kernkraftwerk Dampierre im Département Loiret vom Kaliber des Tschernobyl-Unglücks. Selbst im günstigsten Fall würde ein Gau in diesem Kraftwerk Schäden von 780 Milliarden Euro hinterlassen, was immerhin einem Drittel der Wirtschaftskraft Frankreichs entspricht.

Sollte es allerdings zum schlimmstmöglichen Szenario kommen, dann würden sich die langfristigen Folgekosten zu einer Summe aufaddieren, die sich fast jeder Vorstellungskraft entzieht: insgesamt 5,8 Billionen Euro, so die Berechnungen des Instituts für Nuklearsicherheit. Im Fall von Dampierre müssten bei einem schweren Unfall fünf Millionen Franzosen unmittelbar evakuiert und langfristig umgesiedelt werden. Ausgegangen wird davon, dass bei einem schweren Unglück von den Dimensionen des Tschernobyl-Gaus zwölf Prozent der Fläche Frankreichs entseucht und Böden sogar ausgetauscht werden müssten. Kostenpunkt: 475 Milliarden Euro. Betroffen wäre allerdings nicht nur Frankreich. Je nach Windrichtung wären in Frankreich, aber auch in den Nachbarländern bis zu 90 Millionen Menschen betroffen. Das Gebiet das potenziell mit Cäsium-137 belastet wäre, könnte sich über Belgien, die Niederlande, Großbritannien, die Schweiz, aber auch über den weitaus größten Teil Deutschlands erstrecken. Die geschätzten Schäden für Landwirte, Unternehmen und Umwelt sowie Kosten im Gesundheitssystem, etwa für die mehr als 28000 Krebstoten, die zu befürchten wären: 4,4 Billionen Euro. Ebenso unverblümt wie die Auflistung zu erwartender Schäden ist die Ansage zur Haftung im Fall der Fälle: „Die Betroffenen müssen nicht notwendig entschädigt werden.“ Denn die Schäden würden die finanziellen Möglichkeiten Frankreichs übersteigen, so die Begründung.

Nachbarländer müssten Schäden selbst zahlen

Die Quelle der Zahlen ist keines der üblichen alarmistischen Gutachten eines Umweltschutzverbandes, sondern das „Institut de radioprotection et de sûreté nucléaire“ (IRSN), also quasi eine staatliche Einrichtung, der kaum nachgesagt werden kann, Frankreichs Nuklearprogramm ablehnend gegenüber zu stehen. Neben anderen Ressorts ist am Institut auch das Verteidigungsministerium beteiligt. Der Chef des IRSN, Jacques Repussard, hat inzwischen versucht, Vorwürfe zu entkräften, dass politischer Druck auf das Institut ausgeübt wurde, um die zuerst erstellte Studie aus dem Jahr 2007 mit ihren Horror-Zahlen in der Versenkung verschwinden zu lassen. Das bisher geheim gehaltene Gutachten, so seine Erklärung, hätte ein Szenario à la Tschernobyl durchgespielt. Die veröffentlichte Untersuchung, bei der die Kostenschätzung nicht ganz so extrem ausgefallen war, hätte dagegen eine Fukushima-Variante auf französischem Boden zum Thema gehabt. Würde man sämtliche Folgekosten – etwa durch Einbußen beim Tourismus oder durch wegfallende Exporte – berücksichtigen, würde man auch bei der Untersuchung, die ganz offiziell veröffentlicht wurde, letztendlich auf Gesamtkosten von einer Billion Euro kommen. Eine Schadenssumme in dieser Höhe wird dem IRSN-Chef zufolge langfristig auch Japan durch die Fukushima-Katastrophe zu schultern haben. Folgeschäden für Landwirtschaft, Tourismus und Krebserkrankungen in der japanischen Bevölkerung seien nämlich derzeit noch nicht voll absehbar.

Dass die bisher unter Verschluss gehaltenen Berechnungen aus dem Jahr 2007 anscheinend von Insidern an die französische Presse weitergereicht wurden, könnte ein Zeichen dafür sein, dass hinter den Kulissen des französischen Nuklearsektors ein handfester Streit ausgebrochen ist. Weltweit wurde das Unglück von Fukushima zum Anlass genommen, um die Sicherheit der eigenen Anlagen zu überprüfen und Gefahren einzuschätzen. In Frankreich könnte es mittlerweile darum gehen, was ein Mehr an Sicherheit bei den immerhin 58 französischen Reaktoren am Ende Kosten darf. *Norman Hanert*

Angriffe auf Volkswagen

Vor allem in Frankreich und China beäugt man den Erfolg des deutschen Autobauers mit Argwohn

Bis 2018 will VW zum weltgrößten Automobilhersteller aufsteigen. Der Erfolg des deutschen Autobauers ruft nicht nur in Paris die Neider auf den Plan.

Ein Rekordgewinn von fast 22 Milliarden Euro und erstmals mehr als neun Millionen verkaufter Autos – selbst für den erfolgsverwöhnten Autobauer VW war das Jahresergebnis 2012 außergewöhnlich. Fast zeitgleich mit den Erfolgsmeldungen aus Wolfsburg mehren sich allerdings die Zeichen, dass VW gleich von mehreren Seiten in die Zange genommen wird. Die EU-Kommission, der bereits seit über zehn Jahren die Beteiligung Niedersachsens an Volkswagen ein Dorn im Auge ist, zog erneut gegen das VW-Gesetz vor Gericht. Der Vorwurf Brüssels: Die Sperrminorität des Landes Niedersachsen verschrecke potenzielle Investoren. Bisher wird auf den Aktionärshauptversammlungen von VW eine Mehrheit von über 80 Prozent Ja-Stimmen – fünf Prozentpunkte mehr als im Aktiengesetz vorgesehen – benötigt. Da das Land Niedersachsen über 20,2 Prozent der VW-Anteile verfügt, hat es eine Sperrminorität. Niedersachsen kann im Notfall Entscheidungen über Produktionsverlagerungen ins Ausland ebenso verhindern, wie es feindliche Übernahmen erschweren kann.

Falls der EuGH der EU-Kommission Recht gibt, muss Deutschland eine Strafe von rund 50 Millionen Euro zahlen. Zudem droht bis zur Umsetzung des Urteils ein Zwangsgeld von rund 280000 Euro täglich. Selbst wenn die von Brüssel geforderte Änderung kommen sollte, besteht für den Konzern allerdings keine unmittelbare Gefahr unerwünschter Änderungen, denn das Land Niedersachsen sowie die Familien Porsche und Piëch haben zusammen etwas mehr als 70 Prozent der Stimmrechte. Lediglich zehn Prozent der stimmberechtigten Aktien sind im Streubesitz.

Nicht ganz auszuschließen ist allerdings, dass der vierte Großaktionär bei VW eines Tages für eine Überraschung sorgt. Das Emirat Katar ist bei VW mit 17 Prozent beteiligt. Bisher wird das Emirat zwar als verlässlicher Ankerinvestor geschätzt, allerdings scheint Katar den Schwerpunkt seiner wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten zunehmend in Frankreich setzen zu wollen. Mit seinen Ölmilliarden hat sich die „Qatar Investment Authority“ vor allem bei großen französischen Konzernen wie Vivendi, Veolia oder Lagardère eingekauft. Für Projekte in den muslimisch geprägten französischen Vorstädten sind aus Katar sogar 50 Millionen Euro angekündigt, der katarische Fernsehsender „Al-Dschasira“ soll ab 2014 einen französischsprachigen Kanal erhalten.

Durch das starke Engagement des Emirats in Frankreich könnte eines Tages eine Entwicklung in Gang kommen, die heute in Wolfsburg noch undenkbar erscheint: dass Katar seinen VW-Anteil – noch aufgestockt aus dem Aktienstreubesitz – als Verhandlungsmasse gegenüber Frankreich gebraucht oder aber sogar seinen Anteil in französische Hände abgibt. Treffen Meldungen vom Anfang des Jahres zu, dann steht das Thema VW im Élysée-Palast ohnehin längst auf der Tagesordnung. Wie die Zeitung „Le Monde“ berichtet, soll die französische Führung den Autobauer PSA (Peugeot und Citroen) dazu ermutigt haben, dem Kooperationspartner GM dessen deutsches Tochterunternehmen Opel abzukaufen. Das Ziel ist es, eine Allianz zu schmieden, die VW in Europa Paroli bieten kann. Mit von der Partie sein könnte der italienische Autobauer Fiat, der in der Vergangenheit selbst eigene Pläne in diese Richtung hatte.

> Eine starke Anti-VW-Allianz ist das Ziel

Sollte das von Paris gewünschte Anti-VW-Bündnis zustande kommen, wären dessen Aktivitäten zunächst einmal weitgehend auf Europa beschränkt. Sowohl PSA als auch Fiat haben es versäumt, rechtzeitig den Sprung nach China zu wagen. VW ist in China – dem mittlerweile größten Automarkt der Welt – ein Erfolg gelungen, der selbst Peking mittlerweile ein Dorn im Auge zu sein scheint. Mit einem Anteil von 14 Prozent im Jahr 2012 ist VW Marktführer im Reich der Mitte.

Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass es dem erfolgsverwöhnten deutschen Autobauer in China allerdings künftig etwas schwerer gemacht werden soll. Spektakulär hat die Behörde für Produktqualität (AQSIQ) VW dazu aufgefordert, Fahrzeuge mit Direktschaltgetriebe wegen „Sicherheitsproblemen“ zurückzurufen. Für den Fall, dass der Autobauer seinen „rechtlichen Verpflichtungen“ nicht nachkommt, ist von der Behörde eine zwangsweise Rückrufaktion angedroht. Betroffen wären immerhin 500000 Fahrzeuge.



Nicht nur in China beliebt: Auch in Europa trotzt VW vergleichsweise der Krise Bild: Nigel Treblin/dapd

Zusätzlich alarmierend für die Wolfsburger ist, dass sich der staatliche Fernsehsender CCTV ausführlich mit dem Thema „Qualitätsprobleme“ bei VW beschäftigt hat. Beobachter halten es kaum für möglich, dass die öffentlichkeitswirksame Kritik an VW ohne Rückendeckung von allerhöchsten Stellen erfolgt ist. Die wahrscheinliche Erklärung: Die Führung will den Deutschen in Erinnerung rufen, wer in China das Sagen hat. In Peking dürfte nicht nur für Verärgerung gesorgt haben, dass VW in China zur Nr. 1 aufgestiegen ist, sondern auch, dass es den chinesischen Autobauern bisher nicht gelungen ist, in Europa nennenswert Fuß zu fassen.

Bei VW selbst scheint man den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden zu haben. Ebenfalls im Fernsehen versicherte ein VW-Sprecher eilfertig, dass man „keine Mühen scheuen wird, um in Zukunft Verbesserungen vorzunehmen“. Vor Augen haben könnte man bei VW, was schon so manches westliche Unternehmen in China erfahren musste: Nachdem über erzwungene Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern die westliche Technologie abgeschöpft worden war, folgte der Rauswurf aus China.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Belgien klagt gegen Deutschland: Die belgische Regierung hat angekündigt, bei der EU eine Klage gegen Deutschland wegen Lohndumpings einzureichen. Sowohl Wirtschaftsminister Johan Vande Lanotte als auch Arbeitsministerin Monica De Coninck wollen sich bei der EU-Kommission über die unfaire Konkurrenz deutscher Schlachthöfe und die Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte in Deutschland beschweren. Ein Sprecher der EU-Kommission bekräftigte die Forderung, dass alle Mitgliedstaaten Mindestlöhne einführen, die für sämtliche Wirtschaftsbereiche gelten sollen. *N.H.*

Vermögensteuer ist viel zu arbeitsintensiv: Horst Vinken, Präsident der Bundessteuerberaterkammer, ist überzeugt, dass sich der Aufwand einer Vermögenssteuer, so wie die SPD sie plant, kaum lohne. Allein um die Grundstücke in Deutschland zu bewerten, wären rund 5000 Beamte gut drei Jahre beschäftigt, ohne auch nur einen einzigen Steuerbescheid zu verschicken, so Vinken. *Bel*

Provinzregierung stützt Suntech: Möglicherweise währt die Freude der deutschen Solaranlagenhersteller über die Pleite des chinesischen Konkurrenten Suntech nur kurz. Nachdem die Gläubiger dem weltweit fünftgrößten Produzenten von Photovoltaikanlagen weitere Kredite verweigert hatten und das Unternehmen eine Anleihe nicht zurückzahlen konnte, meldete deren Vorstand Insolvenz an. Doch auch wenn die Aktienkurse der deutschen Solaranlagenhersteller wie Solarworld kurzfristig in der Hoffnung stiegen, dass die weltweiten Überkapazitäten aufgrund der Suntech-Pleite nun reduziert würden, dürfte dies keine Lösung der Probleme bieten. Denn aus Sorge um die Arbeitsplätze will sich nun die Regierung der Provinz Wuxi, in welcher der Hauptsitz von Suntech liegt, engagieren. *Bel*

Chinesen verweisen Daimler auf Platz 3: Die chinesischen Bus-Hersteller Yutong (47474) und King Long (33924) haben 2012 mehr Fahrzeuge abgesetzt als Daimler (32088). *Bel*

Kein Schiff in Sicht

»Jade-Weser-Port« erweist sich als Fehlinvestition

Der für eine Milliarde Euro gebaute Wilhelmshavener „Jade-Weser-Port“ sollte Niedersachsens „neues Tor zur Welt“ werden und als einziger deutscher Tiefwasserhafen mit Europas größtem Containerhafen Rotterdam konkurrieren. Die Bilanz des Vorzeigeprojekts ist bislang ernüchternd. Den Hafen laufen derzeit nur zwei Schiffe pro Woche an. Der Betriebsrat und der Hafenbetreiber Eurogate einigten sich deshalb auf die Einführung von Kurzarbeit, die rückwirkend ab dem 18. März gelten soll.

Als der Hafen vor mehr als zehn Jahren geplant wurde, gab es steigende Frachtmengen mit Wachstumsraten von zehn und mehr Prozent. Die Containerterminals in Bremerhaven und Hamburg waren ausgebucht. Zwar hat sich die Schifffahrt nach einem Einbruch 2009 wieder erholt, Hamburg und Bremerhaven weisen aber noch freie Kapazitäten auf. 2012 wurden in Hamburg insgesamt 8,9 Millionen 20-Fuß-Standardcontainer gegenüber 9,9 Millionen 2008 umgeschlagen. Die Reeder bleiben somit bei ihren bewährten Häfen und vermeiden den Aufwand, zum „Jade-Weser-Port“ zu wechseln, der nur als Ergänzung zu den anderen Häfen gedacht ist.

Große Hoffnung setzt man in Wilhelmshaven auf die weltweit größte Containerreederei Maersk, die dem „Jade-Weser-Port“ eine Mindestumschlagmenge von 500000 Standardcontainern bringen soll, aber bislang nicht erreicht hat. Vor der Eröffnung des „Jade-Weser-Port“ im September 2012 hatte Maersk zwei Liniendienste pro Woche angekündigt, von denen aber derzeit nur der sogenannte AE1-Dienst zwischen Asien und Europa stattfindet. Der Mittelamerikadienst CRX wurde im Herbst 2012 wieder eingestellt.

> Es fehlen auch Betriebe, die von hier Waren verschiffen

Für die Probleme in Wilhelmshaven werden vor allem zwei Gründe angeführt. Als Hindernis gelten die vom Land festgesetzten hohen Hafengebühren, gegen die Eurogate zu Beginn 2013 Klage beim Landgericht Oldenburg einreichte. Dabei stellen die Gebühren nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten dar, scheinen aber für viele Beteiligte Symbolwert zu besitzen.

Und nicht nur die geringen Frachtmengen nach Wilhelmshaven bereiten Probleme, es wird zu wenig vom „Jade-Weser-Port“ aus verschifft, so wie sich auch im Umfeld des Hafens kaum Unternehmen niederlassen. Eurogate kündigte im Januar an, dass den Reedern kostengünstig ein Pendelzug für Fracht zwischen Hamburg und Wilhelmshaven sowie zum Rhein-Hafen Duisburg angeboten werden soll.

Die jetzt von der niedersächsischen Hafenwirtschaft gegründete Arbeitsgemeinschaft fordert staatliche Investitionen in die Infrastruktur, wie der geplanten Küstenautobahn A20 oder auch die Elektrifizierung der Bahnstrecke von Oldenburg nach Wilhelmshaven, um konkurrenzfähig bleiben zu können. Nach Angaben des Wirtschaftsministers Olaf Lies (SPD) will das Land von 2014 an 40 Millionen Euro pro Jahr in den Ausbau der niedersächsischen Häfen investieren. Beim „Jade-Weser-Port“ ist weiterhin Geduld erforderlich, um langfristig Erfolge zu sehen. *U. Blode*

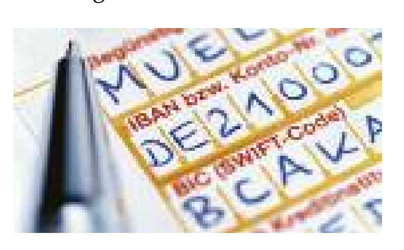
Schleppende Umstellung

Sepa: Vor allem Vereine haben noch nicht erfasst, was das bedeutet

Zwar hat fast jeder schon einmal gehört, dass im Rahmen der Vereinheitlichung des europäischen Zahlungsraums die heutigen Kontonummern durch 34-stellige ersetzt werden, aber für die meisten ist diese Regelung noch lange hin. Für Privatpersonen greift sie offiziell auch erst 2016.

Da selbst Firmen sich zu wenig auf die Umstellung vorbereiten, will die Bundesbank mehr als zehn Millionen Flugblätter verteilen und in großen Anzeigenkampagnen darauf hinweisen, was die Folgen dieser Vereinheitlichung im Zahlungsverkehr für jeden einzelnen sind. Ab Februar 2014 können Firmen und auch Vereine, die wie Firmen behandelt werden, Lastschriften nur noch nach dem neuen Sepa-Standard bei ihrer Bank in Auftrag geben. Und so werden Privatpersonen in den nächsten Monaten von ihrer Versicherung, ihrem Vermieter und ihrem Sportverein Post erhalten, in dem diese darum bitten, ihnen die neue Iban-Kontonummer und die neue Bankleitzahl BIC mitzuteilen. Da viele Bürger gar nicht wissen, wie ihre neue Nummer lautet, müssen sie wiederum bei ihrer Bank besagte Nummern erfragen. Oft steht sie aber auch schon hinten auf den EC-Karten.

Da Firmen immerhin Abteilungen haben, die sich professionell mit dem Thema Zahlungsverkehr beschäftigen, dürften die meisten Unternehmen bis zum Stichtag zumindest die technische Abwicklung weitestgehend geklärt haben. Brenzliger wird es bei Vereinen,



Achtung, neue Kontonummer

bei denen ehrenamtlich tätige Kassenwarte nicht nur alle Mitglieder anschreiben und die Technik beschaffen müssen, sondern auch den damit verbundenen zusätzlichen Papierkram erledigen sollen. Denn während das bewährte deutsche Lastschriftverfahren ziemlich unbürokratisch ist, eine kurze unterschriebene Einzugsgenehmigung des Vereinsmitgliedes am Ende der Beitrittserklärung reicht, sieht die europaweit einheitliche neue Sepa-Regelung viele zusätzliche Hürden vor. So muss unter anderem eine Gläubiger-Mandatsnummer für jedes Vereinsmitglied beziehungsweise jeden Kunden bei der Deutschen Bundesbank beantragt werden. Diese veranschlagt derzeit Bearbeitungszeiten von etwa sechs Wochen, bevor sie die wichtige Nummer, ohne die nichts läuft, zuschickt.

Außerdem wird eine Referenznummer benötigt, und der Zahlungsempfänger muss selbst bei immer wiederkehrenden Zahlungen den Zahlungspflichtigen informieren. Wie diese Information aussehen soll, ob eine E-Mail reicht oder ein Brief notwendig ist, ist noch umstritten. Da ältere Menschen oft keinen E-Mail-Zugang haben, bleibt oft nur die Versendung von Briefen, was die Portokosten erhöhen wird. Auch müssen Briefbögen und Informationsmaterialien mit neuer Iban-Kontonummer gedruckt werden, damit jene, die nicht wollen, das Geld per Lastschrift eingezogen wird, überweisen können. Wer mit der Umstellung nicht rechtzeitig fertig wird, dem drohen Geldstrafen und Liquiditätsprobleme, da die Banken die Aufträge mit alten Kontonummern ab Februar 2014 nicht mehr ausführen. *Bel*

Milde ungerecht

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Schon länger treibt die extremistische Gruppe „Wille Gottes“ ihr Unwesen in Moskau. Ihr Anführer, Dmitrij Zorionow, ist ein typisches Kind der ausgehenden 80er Jahre. Sein aus Süd-Ossetien stammender Vater lehrte an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen, leitete die russische Handelsvertretung in Dänemark und arbeitete im russischen Wirtschaftsministerium, ehe er sich selbstständig machte. Der Sohn fand im Schatten des erfolgreichen Vaters seinen Platz in der Gesellschaft nicht; er nahm Drogen, beschäftigte sich mit Hindusismus und Esotherik, bis er schließlich die orthodoxe Religion für sich entdeckte.

Nun sind Kirche und Politik gefragt, wie sie mit solchen extremistisch gepolten Menschen umgehen. Viele halten Zorionows Aktionen für ebenso gotteslästerlich wie die der Gruppe „Pussy Riot“. Sie vermuten, dass nicht gegen ihn ermittelt werden wird, weil die Positionen, die der Missionar vertritt, Staat und Kirche entgegenkommen. Man kann mit Spannung erwarten, ob und wie Putin sich äußern wird. Lässt er Milde walten, könnte dies Oppositionellen in die Hände spielen, weil eine Ungleichbehandlung als ungerecht empfunden würde.

Völlig unnötig!

Von Rebecca Bellano

Als ob den Bewohnern der Euro-Länder nicht die Gemeinschaftswährung schon genügend zu schaffen machen würde, jetzt wurde uns auch noch eine Vereinheitlichung des europäischen Zahlungsraumes von oben verordnet. Was so abstrakt klingt, heißt in erster Linie, dass alle längere Kontonummern (Iban) bekommen. Wer dann noch seine Kontonummer und auch seine längere Bankleitzahl auswendig weiß, hat schon Chancen, Kandidat bei „Wetten dass ...?“ zu werden, denn die neue 34-stellige Iban-Nummer und der Buchstaben-Zahlen-Code BIC sind nicht gerade eingängig. Immerhin setzt sich die neue Kontonummer zum Teil aus der alten Kontonummer und alten Bankleitzahl zusammen, aber eben nur zum Teil. Wer gar mehr Konten sein Eigen nennt, zum Beispiel ein Gehaltskonto und ein Haushaltskonto, dem dürfte bald der Kopf schwirren. Wenn dann demnächst alle Unternehmen, die regelmäßig bei einem Geld einziehen, die Nummern abfragen, um sie bis Anfang 2014 in ihr System einzupflegen, kann man nur hoffen, dass man sich keine Zahlendreher erlaubt.

Und wozu das alles gut sein soll, ist auch nicht wirklich schlüssig. Nur ein verschwindend geringer Teil der Deutschen überweist Geld ins Euro-Ausland. Zwar sieht das bei Firmen anders aus, aber die arbeiten schon länger mit beiden Systemen parallel, was ihnen bestimmt auch lieber ist, als jetzt für alle deutschen Kunden zwangsweise ebenfalls die Nummern zu ändern. Interessanterweise war noch nirgendwo zu lesen, wie hoch der bürokratische Aufwand für diese Umstellung geschätzt wird.

Gleiches Recht für alle bitte

Von Manuel Ruoff

Nun soll der Bund doppelt für die Opfer des Kundus-Bombardements zahlen (Seite 5). Manche mögen das für unangebracht halten, aber warum soll es Opfern der Bundesrepublik schlechter ergehen als jenen des Nationalsozialismus? Bei NS-Zwangsarbeitern aus Osteuropa wird ja auch eine individuelle Entschädigung nachgeschoben, obwohl deren Staaten bereits Geld bekommen haben.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und wir wissen, welch hohe Ansprüche die im Parlament vertretenen Parteien an die Wehrmacht anlegen. Da ist es nur fair, wenn dieselbe Elle jetzt auch an diese Parlamentsarmee angelegt wird. Nun mag man klagen, dass eine Armee, deren oberste Maxime lautet, Kollateralschäden zu vermeiden, keine große Kampfkraft habe. Das mag ja durchaus sein, ist im Falle der Bundeswehr allerdings nicht unbedingt von Nachteil. Vielmehr ist es gut, wenn an die Soldaten das Signal ausgeht, dass es sich nicht lohnt, bei den Kriegseinsätzen, die ja in der Regel den Interessen ehemaliger Besatzungsmächte dienen und Deutschlands Renommee in der Welt als nichtimperiale Nation nur schaden, Übereifer an den Tag zu legen.

Nur bei eigenen Interessen sollen wir zurückstecken

Wessen Interessen die Bundeswehr gegenwärtig vertritt, wird schon daran deutlich, dass der „Spiegel“ den Deutschen in seiner jüngsten Ausgabe „Zaghaftigkeit“ vorwirft und Schwarz-Gelb, dass es das von Rot-Grün „Erreichte“ wieder verspiele. Geradezu paradox wird es, wenn im rot-grünen Milieu – und in diesem Falle zählt der „Spiegel“ dazu – gleichzeitig zunehmende Waffenexporte Deutschlands kritisiert werden. An befreundete Staaten außerhalb der Nato Waffen zu liefern und damit deutsche Arbeitsplätze zu sichern, soll unmoralisch sein, aber mit dem Blut deutscher Soldaten das laut Transparency International korrupteste Regime der Welt zu stabilisieren, aus dessen Land massenweise Flüchtlinge in die Bundesrepublik kommen, soll das Gebot der Stunde sein?

Als Kronzeugen führt der „Spiegel“ mit Hubert Védrine auch noch ausgerechnet einen außenpolitischen Berater François Mitterrands an. Vorwurfsvoll stellt der fest, unter einer rot-grünen Regierung „hätte Deutschland sich in Libyen nicht enthalten und bei Mali mehr gemacht“. Inzwischen wissen wir, dass es den Christen in Libyen schlechter geht denn je und in Mali das Putschistenregime eines Vielvölkerstaates an der Macht gehalten werden soll. Aber wenn es darum geht, dass Deutsche sich für ihre ehemaligen Besatzungsmächte und Gegner in den Weltkriegen stark machen sollen, werden Alt-68er zu Chauvinisten und ein Satz wie der von Védrine „Habt keine Angst vor euch selbst, die Geschichte ist lange her“ gilt nicht mehr als höchst bedenklich bis faschistoid, sondern auf einmal als wohlmeinender Rat von guten Freunden, der uns zu denken geben sollte.



Bundeswehrsoldaten in Afghanistan: Wenn es darum geht, die Interessen ehemaliger Besatzungsmächte zu vertreten, dürfen die Deutschen gerne zur Waffe greifen und Stärke zeigen

Bild: Maurizio Gambarini/dpa

Gastbeitrag



Der »moderne« Unterricht hat versagt

Von Josef Kraus

Deutschland ist das Land der Dichter, der Denker und der großen Pädagogen. Wirklich? Besser würde man sagen: Deutschland war das Land der Dichter, der Denker und der großen Pädagogen. Bleiben wir bei der Pädagogik: Hier gilt in Deutschland mittlerweile eine Erkenntnis nur noch, wenn sie von irgendwoher aus dem Ausland oder aus der OECD kommt. Siehe das OECD-Produkt Pisa!

Mit der Unterrichtsforschung ist es genauso. Was Hunderttausende von Lehrern, was Millionen von Schülern in Deutschland am eigenen Leib erfahren haben und was seit gut zwei Jahrzehnten von deutschen Unterrichtsforschern einmütig immer wieder bestätigt wird, hat die „moderne“ Schulpädagogik nicht gekratzt. Munter wurde der Unterricht in beflissenen Reformkreisen zur offenen Selbsterfahrungsgruppe deformiert, damit unter dem Strich abgeschafft und der Lehrer de facto überflüssig gemacht beziehungsweise zum Moderator, Gemeinwesenarbeiter oder Sozialagenten „befördert“. „Erziehungswissenschaftler“ marschierten voran, und Schulminister hechelten hinterher. Frontalunterricht? Igittigitt! Mindestens präfaschistoid! So hatte noch Ende der 1990er Jahre ein Soziologieprofessor namens Oskar Negt argumentiert: „Man kann nicht über den Faschismus in einem autoritären Klima unterrichten, das heißt im Frontalunterricht und entlang operationalisierter Lernziele, ohne Schüler latent zu faschisieren.“

Schule mutierte für so manchen Reformer zur Selbsterfahrungsgruppe

Nun haben Unterrichtsforscher aus Neuseeland und aus Israel dieser Ideologie und so manch anderen „kindzentrierten“ unterrichtspädagogischen Luftschlössern ein Ende bereitet. Hoffentlich auf Dauer!

Noch kein Jahr ist es her, dass eine bis dato im deutschsprachigen Raum kaum bekannt gewordene Unterrichtsstudie der „Hebrew University of Jerusalem“ aus dem Jahr 2011 zu dem Schluss kam, dass Schüler durch zwei Unterrichtsverfahren besonders gefördert würden: Zum einen hätten Schüler vor allem Nutzen von der eher als „traditionell“, eventuell sogar als „altmodisch“ geltenden Unterrichtsmethode. Das ist die Methode, bei der Lehrer viel Wert auf Verstehen, Wiederholung und Übung legen. Hier kommt hinzu, dass diese Methode gerade Schülern mit einem sogenannten bildungsfernen Hintergrund viel hilft. Zum anderen schneiden Schüler dann bei Prüfungen beziehungsweise Tests gut ab, wenn der Unterricht das analytische und kritische Denken fördert. Demgegenüber fanden die Unterrichtsforscher um Professor Victor Lavy keine Belege dafür, dass die Schüler durch selbstständiges Lernen, zum Beispiel in Gruppen, überdurchschnittliche Lerngewinne hätten.

Grundlage der Studie war eine Schülerstichprobe, die man im Jahr 2002 in der fünften und 2005 noch einmal in der achten Klassenstufe getestet hatte. Den Unterrichtsverlauf bewertete das Forscherteam anhand von 29 Kriterien. Die Forscher um Victor Lavy zogen aus ihrer Studie den Schluss, dass eine Mischung aus sogenanntem Frontalunterricht und aus der Förderung des analytischen sowie kritischen Denkens am besten in der Lage sei, gute unterrichtliche Ergebnisse zu erbringen. Der Wirtschaftswissenschaftler Lavy wies zugleich darauf hin, dass die positiven Auswirkungen der von ihm beschriebenen effektiven Unterrichtsmethoden größer seien als etwa die Verkleinerung der Klassenstärke.

Noch überzeugender, weil auf viele weltweit vorliegende Unterrichtsstudien rekurrierend, ist nun die sogenannte Hattie-Studie, datiert bereits auf das Jahr 2008, auch in Deutschland. John Hattie ist Neuseeländer und Bildungsforscher an der University of Melbourne. 2008 hat er ein Buch mit dem Titel „Visible Learning“ (sinngemäß: Sichtbare Lernvorgänge) geschrieben. Im Kern geht es Hattie auf der Basis einer Auswertung von weltweit 800 Metaanalysen und – darin enthalten – von mehr als 50 000 Einzelstudien um die Frage, was guter Unterricht sei.

Die Ergebnisse dieser Auswertung sind für jeden halbwegs bodenständigen Lehrer alles andere als überraschend. Aber es ist dennoch gut, dass es diese Studie gibt. Nach Hattie sind nämlich folgende Merkmale unterrichtliche Erfolgsfaktoren: kontinuierliche Leistungsüberprüfungen, Zusatzangebote für starke und für schwache Schüler, Programme zur Leseförderung, Lehrerfeedback, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern – und: der lehrergeleitete Unterricht mit einer stringenten Führung der Klasse und damit einem zuerst einmal fachlich souveränen Lehrer. Ein guter Lehrer, so Hattie, sollte sich auch nicht viel mit unwichtigen Dingen aufhalten, sondern schnell erkennen, wann er auf eine Störung mit Strenge und wann mit Humor reagieren soll. Jedenfalls verwahrt sich Hattie dagegen, den Lehrer im Unterricht zu marginalisieren. Dass Finnland bei Pisa so gut und manche deutsche Länder so miserabel abgeschnitten haben, hat zwar auch mit dem äußerst geringen Migrantenanteil finnischer Schulen zu tun; es hat aber auch damit zu tun, dass finnische Schulen einen Hattie'schen Unterricht praktizieren und manch deutsche Länder den Unterricht reformpädagogisch aufgemotzt haben.

Frontalunterricht wurde als präfaschistoid diskreditiert

Überhaupt dürfte Hattie für Reformpädagogen mit deren Visionen vom offenen schülerzentrierten Unterricht, von Frei-, Partner-, Gruppen-, Stationen- und Projektarbeit ein rotes Tuch sein. Aber es wird höchste Zeit, dass diese Illusionen zertrümmert werden. Wie erfolgreicher Unterricht aussieht, dazu muss man freilich nicht nach Melbourne oder Jerusalem reisen und Hattie oder Lavy interviewen, das wussten wir in Deutschland schon lange, ohne dass es allerdings in die Kreise vorgedrungen wäre, die den bildungspolitischen und pädagogischen Ton angeben.

Leisten wir uns einen Blick zurück in die 1990er Jahre, in denen sich erstmals auch empirisch das Desaster mancher Schulpolitik und Unterrichtspädagogik kundtat. Der Lüneburger Erziehungswissenschaftler Dieter Neumann hatte sich damals gerade hinsichtlich des Unterrichts gegen eine Schule „vom Kinde aus“ gewandt, weil eine solche Schule das Kind überschätze und weil die Vorstellung, Lernen könnte immer den Charakter des Leichten, Spielerischen und Unzwanghaften aufweisen, eine „wirklichkeitsfremde Utopie“ sei. Eine Ikone oder ein Kultbild „Kind“ also Maßstab für Unterrichtsgeschehen? Das wäre der falsche Weg, weil er außer einer Sentimentalisierung der Kindheit nichts bringe. Man hätte auch den Züricher Erziehungswissenschaftler Oelkers ernst nehmen müssen, der gewarnt hatte: „Die Fetischisierung des Kindes in der modernen Pädagogik ist genau die Grenze, die nicht überschritten werden darf.“ Ernst nehmen hätte man auch die Engländer sollen, die das romantisierende Verständnis von „child centered learning“ damals für gescheitert erklärt hatten. Was Kinder ansonsten von kindzentriertem und schülerorientiertem Aktionismus halten und wie sehr sie sich am Ende damit langweilen, bringen sie in der ihnen eigenen Offenheit auf den Punkt. Der Schülerspruch „Müssen wir heute wieder tun, was wir wollen, oder dürfen wir heute, was wir sollen?“ könnte wahr sein!

Auch die sozial Bewegten sollten die vernichtenden Urteile der Forschung zum reformpädagogischen Unterricht zur Kenntnis nehmen. Schließlich ist ein solcher „Unterricht“ ineffizient im Hinblick auf schwächere Schüler. Gerade diese benötigen die genaue Anleitung des Lehrers.

Der Autor ist Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbands und Leiter eines Gymnasiums bei Landshut.

Mit belgischem Akzent erbaut

Weimar hat viele Dichter und mindestens einen berühmten Architekten: Henry van de Velde, der vor 150 Jahren geboren wurde

In Weimar gibt es nahezu jährlich einen Titanen zu feiern. Diesmal hat man das „Van-de-Velde-Jahr“ ausgerufen. Der Architekt hat dort viele Jugendstil-Spuren hinterlassen, die man bei einem Spaziergang verfolgen kann.

Für den belgischen Jugendstilkünstler Henry van de Velde stand fest, dass nur eine schön gestaltete Umwelt das Leben lebenswert macht. Daran arbeitete er als Produktgestalter und Architekt. Seine künstlerisch besten Jahre verbrachte er in Weimar, das er 1901 erstmals besuchte. Später erinnerte er sich: „Als ich die Stufen des Bahnhofs in Weimar hinabstieg, empfand ich die Bewegung aller jener Intellektuellen, die wie ich zum ersten Male den heiligen Boden Ilm-Athens berührten. Während aber seit fast einem Jahrhundert Goethe das Ziel der Pilgerfahrten war, galt mein Kult einem anderen Titanen“: dem Philosophen Friedrich Nietzsche. Dass van de Velde mit seinem Schaffen selbst einmal das Ziel von Pilgerfahrten gen Weimar werden würde, hätte er sich wohl selbst nicht träumen lassen.

Anlässlich des 150. Geburtstages des Belgiers hat Thüringen das „van de Velde-Jahr“ ausgerufen und ihn ob seiner Vielseitigkeit zum „Alleskünstler“ erklärt. Der am 3. April 1863 in Antwerpen geborene und am 25. Oktober 1957 in Zürich gestorbene van de Velde entwarf Gebäude mitsamt der Einrichtung bis hin zu den Nägeln für die Bilder. Seine auf Funktionstüchtigkeit ausgerichtete Formgebung erwächst aus der so elegant wie kraftvoll geschwungenen Linie.

Großherzog Ernst Wilhelm von Sachsen-Weimar-Eisenach berief Henry van de Velde 1902 nach Weimar. Er sollte durch Rat und Tat die kunsthandwerkliche und industrielle Produktion Thüringens auf internationales Niveau heben. Zudem war er Direktor der 1908 eröffneten Kunstgewerbeschule. Den Einheimischen war dieser Alleskünstler nicht ganz geheuer: „Es war mir unangenehm, als ein Star, als ein Zauberer, gewissermaßen als ein Clown betrachtet zu werden“, beklagte sich van de Velde.



Bild: A1PIX

Van de Veldes „gelber Riese“: Das zum Unesco-Weltkulturerbe gehörende Hauptgebäude der Bauhaus-Uni

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges galt er gar als „feindlicher Ausländer“. Erst 1917 durfte er ins Schweizer Exil ausreisen. Trotz aller Widrigkeiten vollbrachte er während seiner Weimarer Jahre „einen Großteil seiner glanzvollsten Leistungen, die heute seinen weltweiten Ruhm ausmachen“, wie der van-de-Velde-Spezialist Thomas Föhl betont. Davon kann man sich in Sonderausstellungen und auf Stadtführungen überzeugen. Nirgends sonst gibt es mehr Bauwerke van de Veldes als in Weimar.

Der von Studenten geleitete Van-de-Velde-Spaziergang führt zum heutigen Hauptgebäude der Bauhaus-Universität und dem sogenannten „Winkelbau“. Sie wurden nach Entwürfen des Alleskünstlers 1904 bis 1911 errichtet und gehören seit 1996 zum Unesco-Weltkulturerbe. Wuchtig ragt das jetzt als Rektorat und durch die Fakultät der Architektur genutzte Hauptgebäude vor uns auf. Dieser mit enorm großen Fensterflächen ausgestattete „gelbe Riese“ beherbergte früher die Großherzogliche Kunstschule und war 1919 Gründungsort des legendären Bauhauses. Im Inneren zieht die so imposante wie fotogene Haupttreppe alle Blicke auf sich zieht. In ovalen Rundungen schraubt sie sich in die Höhe.

Im Oberlichtsaal wird vom 29. März an der „Architekt Henry van de Velde“ vorgestellt. Besonderer Reiz der Schau: Man bekommt virtuellen Zutritt zu nie errichteten oder nicht mehr existierenden Gebäuden sowie zu solchen, die nicht von innen besichtigt werden können. Zu letzteren gehören die in Weimar stehenden Bauwerke Haus Henneberg und Palais Dürckheim.

Im Vergleich zum majestätischen Hauptgebäude wirkt der gegenüber liegende „Winkelbau“ schmächtig. Das heute von der Fakultät Gestaltung genutzte Gebäude wurde für van de Veldes Kunstgewerbeschule erbaut. Höhepunkt seines Äußeren ist ein hufeisenförmiger Giebel. Dahinter erstreckte sich das Privatatelier des Künstlers. Der Haupteingang des Gebäudes befindet sich dort, wo seine beiden rechtwinklig zueinander angeordneten Flügel aufeinander treffen.

Henry van de Velde war auf Vorschlag von Elisabeth Förster-Nietzsche nach Weimar berufen worden. Sie hatte sich 1897 mit ihrem Bruder, dem damals bereits geistig umnachteten Philosophen Friedrich Nietzsche, in einer Villa niedergelassen, die so heißt wie der Hügel, auf dem sie steht: „Silberblick“. In ihr wurde das Nietzsche-Archiv eröffnet.

Die Hausherrin beauftragte van de Velde 1902 mit der Neugestaltung des Portals, Vestibüls und Erdgeschosses. Das als Museum zugängliche Parterre ist die einzige Raumschöpfung des Belgiers in Deutschland, die nie verändert worden ist. Die Holzeinbauten, die zierlichen Möbel, die wuchtigen Öfen und selbst die Vasen hat der Künstler entworfen. Eine prominente Ausnahme ist die von Max Klinger für den Bibliotheksraum geschaffene überlebensgroße Porträtbüste des Philosophen.

Sein selbst entworfenes Eigenheim bezog Henry van de Velde mit seiner Gattin Maria und den fünf Kindern im Jahr 1908 an der Belvederer Allee. Es wurde unter dem Namen „Haus Hohe Pappeln“ bekannt. Van de Velde erinnerte sich, wie es zu dem Namen kam: „Ich habe ihn oft aus dem Mund erstaunter und auch schockierter Spaziergänger gehört, die sich über seine ungewohnte architektonische Form aufregten.“

Es ist fürwahr ein merkwürdiges Bauwerk. Denn statt sich auf die üblichen vier Schauseiten zu beschränken, vermittelt es durch seine vor- und zurückspringenden Bauteilen beim Umschreiten ständig neue Eindrücke. Mit seinem Bruchsteinmauerwerk und dem wie ein Schutzhelm tief herabgezogenen Dach sieht es wie eine Miniaturfestung aus.

Öffentlich zugänglich sind Garten und Hochparterre mit Wohndiele, Arbeitszimmer, Salon und Speisezimmer. Die Schlafräume der Familie befanden sich im ersten Obergeschoss. Sie sind sehr klein, wie Thomas Föhl verrät. Er muss es wissen, denn er wohnt in ihnen.

Thomas Föhl hat die wichtigste Ausstellung des „Van-de-Velde-Jahres“ erarbeitet. Sie heißt „Leidenschaft, Funktion und Schönheit“, wird am 24. März in Weimars Neuem Museum eröffnet und präsentiert Beispiele aus allen Gattungen und Schaffensphasen des Künstlers: Gemälde, Möbel, Schmuck, Bestecke, Lampen, Kleider, Stoffe, Keramik, Buchkunst, Tapeten, Architektur sowie Inneneinrichtungen von Passagierschiffen und Eisenbahnabteilen. *Veit-Mario Thiede*

Van-de-Velde-Architektur in Weimar:

Bauhaus-Universität, Hauptgebäude und Winkelbau, Geschwister-Scholl-Straße 8.

Haus Hohe Pappeln, Belvederer Allee 58. Besichtigung: 24. März bis Dezember, Di. bis So. 11 bis 17 Uhr

Nietzsche-Archiv, Humboldtstraße 36. Besichtigung: 24. März bis Dezember, Di. bis So. 11 bis 17 Uhr.

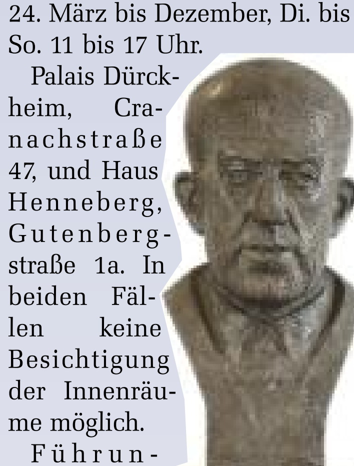


Bild: Bauhaus-Uni Weimar

Palais Dürckheim, Cranachstraße 47, und Haus Henneberg, Gutenbergstraße 1a. In beiden Fällen keine Besichtigung der Innenräume möglich.

Führungen: Auf dem 90-minütigen Van-de-Velde-Spaziergang werden das Hauptgebäude der Bauhaus-Universität und der Winkelbau vorgestellt. April bis November, Sa. und So. 11 Uhr sowie auf Anfrage. Treffpunkt am „Bauhaus.Atelier“ genannten Infoshop, Geschwister-Scholl-Straße 6a. Kontakt und Informationen: Telefon (03643) 583000, E-Mail: bauhausspaziergang@uni-weimar.de.

Ausstellungen: „Leidenschaft, Funktion und Schönheit. Henry van de Veldes Beitrag zur europäischen Moderne“, bis 23. Juni im Neuen Museum, Weimarplatz 5, Di. bis So. 10 bis 18 Uhr. „Der Architekt Henry van de Velde“, bis 12. Mai im Hauptgebäude der Bauhaus-Universität, Geschwister-Scholl-Straße 8, täglich 10 bis 18 Uhr.

Literatur: Van-de-Velde-Spaziergang. Verlag der Bauhaus-Universität Weimar, 12,90 Euro.

Informationen im Internet: www.vandevelde2013.de.

Watschen statt Applaus

Wiener Skandalkonzert: Vor 100 Jahren flogen die Fäuste, als Neutöner um Arnold Schönberg ihre Musik aufführten

Für den 31. März 1913 lud der Akademische Verband für Literatur und Musik zu einem Konzert im Musikvereinssaal in Wien ein. Es spielte das Orchester des Konzertvereins unter Leitung von Arnold Schönberg. Ein Teil der Texte und die neuartige Musik empfand das Publikum als Provokation, so dass die Veranstaltung in wüsten Beschimpfungen und einer Schlägerei endete, als Schönbergs Anhänger ihn gegen dessen Gegner und Befürworter der tonalen Musikrichtung, den Operettenkomponisten Oscar Straus, verteidigten.

Bereits bei der Uraufführung von Schönbergs atonaler Komposition „Dreimal sieben Gedichte aus Albert Girauds Pierrot lunaire“ im Oktober 1912 gab es beleidigende Zwischenrufe. Zu derartigen Szenen wie am Abend des 31. März war es aber nach Schilderung der zeitgenössischen Presse noch nie gekommen. Bereits während der ersten Nummern, Anton von Weberns „Sechs Stücke für Orchester“ und Alexander von Zemlinskys „Vier Orchesterlieder nach Gedichten von Maeterlinck, wurde es unruhig. Einige lachten, andere applaudierten. Das setzte sich bei Schönbergs „Kammersymphonie“ fort und steigerte sich zu Pfiffen und Beschimpfungen.

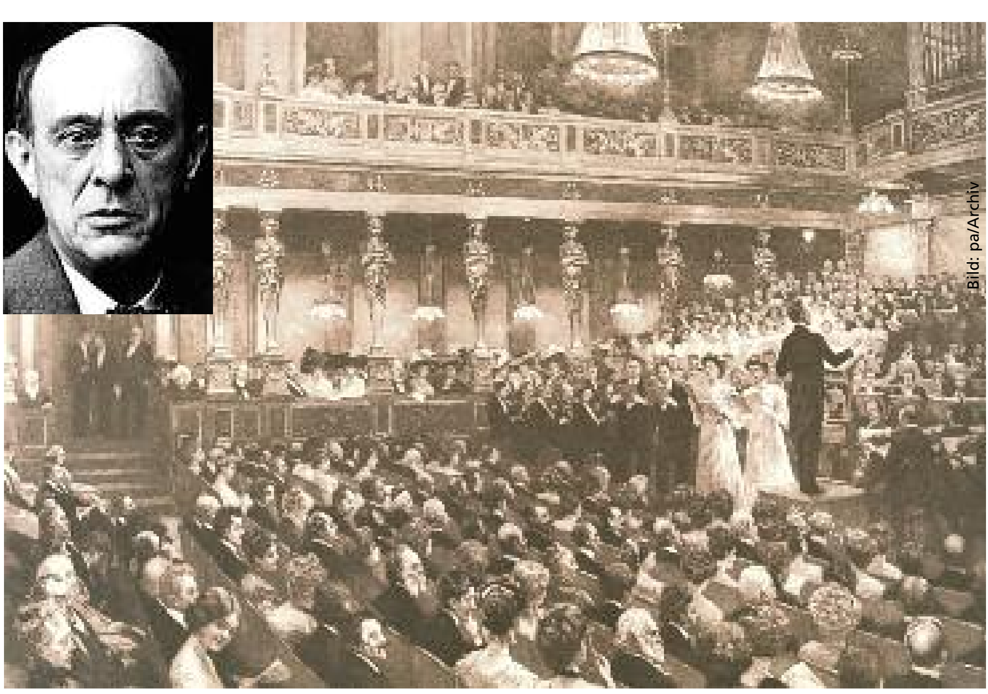


Bild: pa/Archiv

Da ging es noch friedlich zu: Konzert im Wiener Musikvereinssaal um 1910. Oben: Komponist und Dirigent des „Watschenkonzerts“, Arnold Schönberg

Der Lärm verstummte kurzzeitig, als Alban Bergs „Fünf Orchesterlieder nach Ansichtskarten von Peter Altenberg“ an die Reihe kam, um aber dann erneut mit voller Wucht loszubrechen. Nach dem zweiten Lied sah sich Schönberg vom Hohngelächter dazu gezwungen, am Pult abzuklopfen und um Ruhe zu bitten. Zwar setzte der Tenor Alfred Boruttau wieder ein, aber es ging mit den Pfui-Rufen und Pfiffen weiter, im Publikum gab es gegenseitige Beschimpfungen. Schönberg schrie, dass er Ruhestörer unter Anwendung von Gewalt abführen lassen werde. Damit erreichte er genau das Gegenteil. Ohrfeigen, die sogenannten Watschen, und Rangeleien sollen kein seltener Anblick gewesen sein. Anton von Webern forderte aus seiner Loge heraus, dass man das Gesindel entfernen sollte. Woraufhin die Antwort kam, dass die Anhänger der freien Tonart in die Irrenanstalt gehörten.

Vor den geplanten „Kindertotenliedern“ Gustav Mahlers musste das „Watschenkonzert“ endgültig abgebrochen werden. Die „Reichspost“ berichtete „Ein Herr war nun so unvorsichtig, das Benehmen des Veranstalters und das wüste Treiben der jugendlichen Demonstranten als ‚lausbübisch‘ zu bezeichnen, worauf eben dieser Präsident heraussprang und dem Herrn eine Ohrfeige versetzte, so dass dessen Zwicker herabfiel.“ Um die erregten Gruppen zu trennen, wurden schließlich die Lichter gelöscht.

Die Neue Musik der Wiener Schule Arnold Schönbergs und seiner Schüler von Webern und Berg dürfte nicht der einzige Grund für die Handgreiflichkeiten gewesen sein. Der Lyriker und Theaterkritiker Edmund Wengraf beschrieb das damalige Wiener Theaterpublikum als eines der gefürchtetsten der Welt, „wegen seiner Blasiertheit, wegen der anspruchsvollen Lässigkeit mit der es dasitzt und unterhalten sein will, ohne seinerseits hierzu mit der allermindesten Anstrengung beizutragen. Man sitzt im Theater wie im Kaffeehaus.“

Alban Berg empfand trotz der Tumulte zunächst nur „das Glück über Ihre Aufführung meiner Lieder“, wie er Schönberg später per Postkarte mitteilte. Das erste handfeste Skandalkonzert der Geschichte hat beider Ruhm ohnehin mehr genützt als geschadet. *Ulrich Blode*

Glanz und Elend in Lüneburg

Selten war eine Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gleichzeitig so ambitioniert und so gut frequentiert. Die Schau „Glanz und Elend. Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum“ hat bislang ein Publikum aus allen Landesteilen angelockt. Am 1. und 4. April finden jeweils um 15 Uhr noch zwei Sonderführungen statt.

Anhand von über 200 Exponaten macht die Ausstellung, die noch bis zum 14. April zu sehen ist, die deutschbaltische Geschichte erlebbar. Gezeigt werden auf Schautafeln die ganze architektonische Vielfalt: prachtvolle Paläste mit weiten Parkanlagen wie auch einfache Holzbauten. Vieles ist bis heute gut erhalten geblieben, anderes verfallen, wie aktuelle Vergleichsbilder zeigen.

Daneben gibt die Schau einen Einblick in den Alltag der Deutschbalten. Samoware, Tabakdosen und kostbares Silbergeschirr sind ebenso zu sehen wie Biedermeier-Möbel und Trachten. Gemälde und zeitgenössische Fotos runden die Ausstellung ab.

Nachzulesen ist das alles in dem prächtigen, 280-seitigen Ausstellungskatalog „Glanz und Elend“, erschienen im Kunstverlag Fink für 29,95 Euro. *tws*

Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?

Mit nur einem Grund lassen sich die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen um 1944/45 nicht erklären

Wie konnte es zu diesen fürchterlichen Ereignissen kommen? Was waren die Ursachen jener Orgie von Gewalt in der Zeit um 1944/45? Wie lassen sich die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen erklären?

Vorab dazu: Jeder Krieg ist eine Gewaltveranstaltung, in der Menschen – Soldaten und Zivilisten – getötet oder verletzt werden. Vergewaltigungen waren nicht immer, aber häufig Teil des Kriegsgeschehens. Neuere Beispiele sind der Krieg auf dem Balkan und der Bürgerkrieg im Kongo; hier wurde – wie Amnesty international in einem Plakat formuliert – Vergewaltigung als „Kriegswaffe“ eingesetzt. Schließlich ist allgemein bekannt, dass auch in Friedenszeiten Vergewaltigungen nicht selten vorkommen, dies nicht nur in Indien. Alle diese Tatsachen reichen jedoch nicht aus, um das ungeheuerliche Ausmaß der Massenvergewaltigung deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 zu erklären. Aber wie sind diese Kriegsverbrechen dann zu erklären?


Bietet keine hinreichende Erklärung: Der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion Bild: BpK

Am 22. Juni 1941 begann Hitler seinen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion. Es wird gelegentlich darüber diskutiert, ob Hitler damit einem bevorstehenden Angriff Stalins seinerseits nur zuvorgekommen ist. Jedoch können solche Überlegungen hier dahingestellt bleiben. Tatsache ist, dass Hitler an jenem Tag die Sowjetunion überfallen hat – ein Ereignis, das sich verständlicherweise tief in das russische Bewusstsein eingegraben hat. Im Verlauf dieses Angriffskrieges besetzte die deutsche Wehrmacht große Teile der Sowjetunion. Deutsche Soldaten standen dicht vor Moskau, Leningrad war eingeschlossen und in und um Stalingrad wurde erbittert gekämpft. Stalingrad wurde zur Wende des Krieges. Von nun an marschierten nicht mehr die deutschen Armeen ostwärts, sondern die russischen Armeen westwärts. Die „heilige russische Erde“, an vielen Stellen nur noch verbrannte Erde, wurde nun Stück um Stück zurückerobert. Hitlers Angriffskrieg hatte großes Leid über die russische Bevölkerung gebracht. Unendlich viele Menschen hatten ihr Leben oder Angehörige verloren, Juden waren ermordet worden, Städte und Dörfer zerstört. Eine unselige NS-Besatzungspolitik hatte die bei einzelnen Bevölkerungsteilen, etwa in der Ukraine, ursprünglich durchaus vorhandenen Sympathien für die deutschen Soldaten zunichte gemacht. Alle diese Gründe machen es verständlich, dass die russischen Soldaten beim Betreten deutschen Bodens in Erinnerung an Hitlers Angriffskrieg und dessen Folgen nicht gerade von freundlichen Gefühlen gegenüber der deutschen Bevölkerung erfüllt waren. Aber warum kam es zu jener Orgie der Gewalt gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung und speziell gegenüber Frauen und Mädchen?

Alle Kriege sind, wie bereits erwähnt, Gewaltveranstaltungen. Aber nicht in allen Kriegen kommt es zu Massenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen. In keinem Krieg sind so viele Frauen und Mädchen Opfer von Gewalt geworden wie 1944/45 deutsche Frauen und Mädchen. Auch gab es einen auffallenden, unübersehbaren Unterschied zwischen dem Verhalten der Soldaten der alliierten Siegermächte: In der britischen Besatzungszone gab es fast überhaupt keine Vergewaltigungen deutscher Frauen durch britische Soldaten, in der amerikanischen Besatzungszone einige, mehr dagegen durch französische Soldaten (vor allem in Freudenstadt im Schwarzwald und in Stuttgart). Die Zahl der vergleichsweise wenigen von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten begangenen einschlägigen Gewalttaten steht mithin in keinem Verhältnis zu den durch die russischen Soldaten verübten massenhaften Vergewaltigungen, die noch dazu durch besondere Grausamkeit gekennzeichnet waren. Woraus resultiert der Unterschied im Verhalten der Soldaten der verschiedenen Nationen?

Da nicht anzunehmen ist, dass die russischen Männer andere Gene haben als die amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Männer (Vergewaltigungen sind immer das Werk von Männern), muss es spezielle äußere Ursachen für die innere Haltung der russischen Soldaten 1944/45 gegeben haben. Zu nennen ist hier zunächst das Wissen um das große Leid der eigenen Bevölkerung während der deutschen Besetzung. Rache nehmen war ein bestimmendes Motiv. Der russische Schriftsteller Anatoli Streljanyi zitiert aus einem Gespräch, das er nach Kriegsende mit einem anderen russischen Schriftsteller hatte, der als Soldat im Krieg in Deutschland war: „Ich erinnere mich jetzt auch oft daran. ‚Frau, komm!‘ bedeutete, sich am Feind zu rächen. Abends erzählten wir uns: ‚Ich habe mich heute dreimal gerächt, und du?‘“ Ein anderer russischer Schriftsteller, Alexander Solschenizyn, erwähnt das Nichtvergessenkönnen bei der Beschreibung der Vergewaltigung einer Frau in Neidenburg in seinem Gedichtband „Ostpreußische Nächte“ so:

„Zweiundzwanzig, Höringstraße / Noch kein Brand, doch wüst geplündert. / Durch die Wand gedämpft – ein Stöhnen: Lebend find ich noch die Mutter. Waren's viel auf der Matratze? / Kompanie? Ein Zug? Was macht es! / Tochter – Kind noch, gleich getötet. / Alles schlicht nach der Parole: Nichts vergessen! Nichts verzeih'n! / Blut für Blut – und Zahn für Zahn. / Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe, / und die Weiber – Leichen bald. / Schon vernebelt, Augen blutig, / bittet: ‚Töte mich, Soldat!‘“

> Eine Suche nach Erklärungen ohne politische Tabus

Für das Verhalten der russischen einfachen Soldaten war auch das Verhalten ihrer Offiziere von Belang. Von den Offizieren als Vorgesetzten der Soldaten hätte man erwarten können und müssen, dass sie den Vergewaltigungen Einhalt geboten hätten. Dies war aber nur selten der Fall. Im Gegenteil: Viele sowjetische Offiziere, die man als solche an ihren breiten Achselklappen und an ihren langen Offiziersmänteln erkennen konnte, haben sich an den Vergewaltigungen selber beteiligt und damit für die einfachen Soldaten ein negatives Vorbild gegeben. Offiziere waren auch an Gruppenvergewaltigungen beteiligt; so berichtet ein für einen Flüchtlingstreck verantwortlicher ehemaliger Bürgermeister aus dem Kreis Friedeberg in Pommern, dessen Treck in einem Ort in der Neumark von russischen Truppen eingeholt worden war: „Meine Nichte wurde von 14 russischen Offizieren im Nebenzimmer vergewaltigt“ (Günter Böddeker). Es kam sogar vor, dass ein russischer Offizier eine verängstigte deutsche Frau zunächst unter Hinweis auf seinen Offiziersrang beruhigte und sie dann dennoch vergewaltigte.

Oft standen die Vergewaltiger unter Alkoholeinfluss. Ein russischer Soldat schrieb im Februar 1945 in einem Feldpostbrief nach Hause: „Nicht zu trinken ist hier unmöglich. Alles, was wir hier erleben, ist schwer zu beschreiben; wenn man getrunken hat, ist es einem leichter“ (Manfred Zeidler).

Für die Gewaltexzesse der Rotarmisten 1944/45 lassen sich also etliche Erklärungen finden: Der in den Worten von Marschall Schukow Hass auf die „faschistischen Räuber“, die negative Rolle der sowjetischen Offiziere, der Alkoholismus, auch der sexuelle Hunger der Soldaten, die – anders als die Soldaten der Wehrmacht – keinen Heimaturlaub bekamen und für die keine Bordelle eingerichtet waren, und anderes mehr. Jedoch darf eine der wichtigsten Erklärungen nicht – etwa aus Gründen der „political correctness“ – unterdrückt werden: Zu erinnern ist an die unheilvolle Rolle von Ilja Ehrenburg (siehe PAZ Nr. 14), dem damaligen Chefpropagandisten der Roten Armee. *Ingo von Münch*

Die Fundstellen der Zitate in diesem Zeitungsartikel sind in dem von dessen Verfasser erschienenen Buch „‚Frau, komm!‘ Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45“ veröffentlicht.

Plötzlich war es totenstill

Vor 50 Jahren sank das Atom-U-Boot »USS Thresher« vor Cape Cod

Nach längerer Werftliegezeit in Portsmouth lief das damals erst drei Jahre alte US-amerikanische Jagd-Atom-U-Boot „USS Thresher“ (SSN-593) am 9. April 1963 für Tauchtests aus. Insgesamt befanden sich 129 Personen an Bord, neben der Stammbesatzung auch weitere Militär-Angehörige, welche die Tauchtests beobachten sollten, außerdem noch Angestellte der Reparaturwerft und von Zulieferern. Begleitet wurde die „USS Thresher“ von dem U-Boot-Rettungsschiff „USS Skylark“, das mit dem Unterwassertelefon „Gertrude“ ausgerüstet war, um Kontakt zu halten. Die ersten Tauchtests in flachen Gewässern verliefen problemlos. Das U-Boot fuhr weiter auf das Meer hinaus, um 220 Seemeilen östlich von Cape Cod Tauchtests in tiefem Gewässer durchzuführen.

Die „USS Thresher“ begann am 10. April 1963 um kurz vor 8 Uhr mit einer Tauchfahrt, die bis zu ihrer maximalen Tauchtiefe von 400 Metern führen sollte. Währenddessen sollte die Besatzung auf Leckagen und andere Probleme achten. Weder bei 125 noch bei 200 Metern gab es Schwierigkeiten. Kurz vor der maximalen Tauchtiefe von 400 Metern empfing die „USS Skylark“ über „Gertrude“ eine Nachricht, dass man wegen kleinerer Probleme den Auftrieb erhöhen und aufsteigen wolle. Die letzte Nachricht danach war unverständlich, es folgten Geräusche, die für kriegsgediente Besatzungsmitglieder wie das Zusammenbrechen von Schotten unter Wasserdruck klangen. Die „USS Thresher“ tauchte nicht wieder auf. Es gab auch keinen weiteren Kontakt mehr.

Sofort begann die „USS Skylark“ mit der Suche, allerdings war eine Rettung nur bis zu einer Wassertiefe von 250 Metern möglich. Es kamen Seeaufklärer, Zerstörer und Kreuzer zur Hilfe, die „USS Thresher“ blieb jedoch in dem Seegebiet, in dem die Wassertiefe 2500 Meter betrug, verschollen. Am nächsten Tag wurde von der US-Navy offiziell der Verlust erklärt. Die „USS Thresher“ war das erste gesunkene Atom-U-Boot. Deshalb wurden an der Untergangsstelle auch Messungen der Radioaktivität vorgenommen, die Werte waren jedoch unauffällig.


„USS Thresher“ beim Stapellauf

Die Ursache für den Untergang konnte nie aufgeklärt werden. Ein heimlicher Angriff wurde ausgeschlossen, da die „USS Skylark“ ja über „Gertrude“ Ohrenzeuge des Untergangs war und die Explosion eines Torpedos gehört hätte. Die „USS Thresher“ hatte auf dieser Testfahrt keine Nuklearwaffen an Bord, so dass auch ein Unfall damit ausgeschlossen werden konnte. Möglich wäre der Bruch einer Rohrleitung, die für Kühlung des Reaktors sorgte und nach damaligem Werft-Standard nur gelötet war. Als Lehre aus dem Untergang wurden die Rohrleitungen bei den weiteren Bauten dann zur besseren Stabilität verschweißt. Auch das eingeleitete Anblasen für den Auftrieb an die Wasseroberfläche ist in dieser Wassertiefe kritisch, da es zu Vereisungen kommen kann, die zu Verstopfungen in den Rohrleitungen führen.

Nach dem Untergang wurden von der US-Navy die Sicherheitsstandards beim Bau von Atom-U-Booten gründlich überarbeitet. Es wurden Teile des Wracks kurz nach dem Untergang geortet, die Reaktorkammer schien trotz des Wasserdrucks intakt geblieben zu sein, weil es zu keiner erhöhten Radioaktivität kam. *Britta Heitmann*

»... zu viele Sozis ...«

Flieger, U-Boot-Kommandant, Kaufmann und Landespolitiker

Eigentlich wollte der am 18. März 1913 in Bremen geborene Reinhard Hardegen als Marineflieger die unendliche Weite des Himmels erobern und sein Leben nicht in einer engen Röhre unter Wasser verbringen. Nach seinem Eintritt in die Reichsmarine im April 1933 und den üblichen Ausbildungsstationen wurde er Beobachter und schließlich Pilot. Doch ein Flugzeugabsturz setzte seiner fliegerischen Laufbahn 1936 ein jähes Ende, da er ein verkürztes Bein nachbehielt. Mit List und Hartnäckigkeit gelang ihm 1939 die Versetzung zur U-Boot-Waffe. Im Dezember 1940 erhielt er das Kommando über U 147, mit dem er gleich beim ersten Einsatz einen norwegischen Dampfer versenkte.

Im Mai 1941 wurde er Kommandant von U 123. Nachdem er sich bei mehreren Feindfahrten bewährt hatte, lief er im Dezember 1941 zu einem Sondereinsatz an die amerikanische Ostküste aus. Das Ziel der Aktion war es, den Alliierten zu demonstrieren, dass die Kriegsmarine in der Lage war, den Handelskrieg mit U-Booten auch in entfernte Gewässer unmittelbar vor deren Tür zu tragen. Der Deckname der Operation: „Unternehmen Paukenschlag“. Den ersten Dampfer versenkte Hardegen bereits auf dem Anmarsch. Ihm folgten innerhalb weniger Tage neun weitere auf den Meeresgrund. Großadmiral Karl Dönitz war zufrieden und funkte: „An den Paukenschläger Hardegen. Bravo! Gut gepaukt. Dönitz.“ Nach seiner Rückkehr erhielt Hardegen dafür das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Bei seiner zweiten Feindfahrt über den Atlantik im Frühjahr 1942 knüpfte er an diesen alten Erfolg an und versenkte zehn weitere Schiffe, wofür er das Eichenlaub zum Ritterkreuz erhielt. Durch den anstrengenden Borddienst machten ihm mittlerweile seine bei dem Flugzeugabsturz erlittenen Verletzungen zu schaffen. Bisher hatte Dönitz, der von seinem Leiden wusste, ihn gedeckt, doch nun holte er ihn von Bord und ließ ihn Dienst als Ausbilder und im Torpedowaffenamt tun. Gegen Ende des Krieges wurde Hardegen Kommandeur eines Marineinfanterieregiments, das sich in Norddeutschland den weit überlegenen britischen Truppen entgegenstellte. Für die im Landkampf Ungeübten war es ein letzter Einsatz auf verlorenem Posten. Auch für Hardegen war die Zeit des Ruhms vorüber.


Reinhard Hardegen Bild: Archiv

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Jahre 1946 baute sich Hardegen in Bremen eine zivile Existenz als Ölkaufmann auf. Nebenher war er Mitbegründer der CDU in der Hansestadt. Seine Begründung für dieses politische Engagement ist ebenso verblüffend einfach wie überzeugend: „Wir waren der Meinung, dass es zu viele Sozis in Bremen gibt und wollten das ändern.“ Daraus wurde ein jahrzehntelanges politisches Wirken. Von 1959 bis 1979 gehörte Hardegen der Bremischen Bürgerschaft an, wurde Fraktionsvorsitzender und Schriftführer des Landesparlaments. Erst mit 70 Jahren zog er sich aus der Politik zurück.

Damit hatte er endlich Zeit für Reisen. Er umrundete Australien, gelangte mit einem russischen Eisbrecher zum Nord- und mit einem Schlitten zum Südpol, bewältigte die Nordwest- ebenso wie die Südostpassage. Insgesamt hat er weit mehr als 100 Länder bereist. Weit mehr als 100, das dürfte wohl auch das sein, was der älteste noch lebende deutsche U-Boot-Kommandant des Zweiten Weltkrieges als Lebenserwartung anpeilt. *Jan Heitmann*

Scharnier zwischen Stein und König

Unter Hans Jakob von Auerswald begann die Erhebung der Landstände gegen Napoleon

Hans Jakob von Auerswald war der Mann, der die Landesversammlung einberief, von der 1813 die Erhebung der ostpreußischen Landstände ausging. Der preußische Reformer gehörte zu den vielen tragischen Helden der Befreiungskriege, die schließlich Opfer jener Reaktionäre wurden, denen sie durch ihren Kampf gegen Napoleon zur Rückkehr an die Macht verholfen hatten.

„Keine Adelskammern, der große Grundbesitz hat nicht das Zutrauen der Nation, er ist ärmer an Bildung als der Mittelstand.“ Hans Jakob von Auerswald sprach sich mit diesen fortschrittlichen Worten für die Entprivilegierung eines Standes aus, dem er selber angehörte. Er war der einzige Sohn von Hans Adolf von Auerswald, Erbherr auf Plaut in Westpreußen, und dessen Ehefrau Henriette Eleonore geborene von



Bild: Archiv

Hans Jakob von Auerswald

Schwandes. Wie bei seinen Standesgenossen in Preußen üblich, ging der am 25. Juli 1757 auf dem väterlichen Gut geborene Ostelbier bereits als Kind zu den Soldaten. Dort sah er jedoch nicht seine Zukunft. Nach der Ausübung diverser militärischer Funktionen erhielt er 1783 endlich den ersehnten Abschied. Er heiratete Sophia, Burggräfin und Gräfin zu Dohna-Lauck und widmete sich der Verwaltung des 1760 geerbten Gutes Faulen bei Rosenberg in Ostpreußen.

1787 ergriff er dann den Beruf, der ihn berühmt machte. Der Preuße ging in die Staatsverwaltung, angesichts der Bedeutung des Staates in diesem Lande neben dem Soldaten- sicherlich der preußischste aller Berufe. Nach einer ersten Tätigkeit als landrätlicher Assistent arbeitete er als Landschaftsdirektor des Marienwerderschen Departements. Auerswald entwickelte sich zum anerkannten Spezialisten auf dem Gebiet des Finanz- und Kreditwesens, auf dem er sowohl in Westals auch im benachbarten Ostpreußen eingesetzt wurde. 1797 wurde er zum Präsidenten der westpreußischen, fünf Jahre später zu dem der ostpreußischen und litauischen Kammer ernannt. Sein ostpreußisches Amt führte ihn nach Königsberg, wo er Kurator der dortigen Albertina wurde.

Nach der Niederlage seines Staates im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 und dem dadurch in Gang gesetzten Modernisierungsschub wurde er 1808, als entsprechend der militärischen Gliederung des Königreiches Preußen drei Oberpräsidialbezirke gebildet wurden, zum Oberpräsidenten von Ost- und Westpreußen und Litauen berufen und nahm in dieser exponierten Funktion auch Anteil an den Stein-Hardenbergschen Reformen. Er arbeitete für die Bauernbefreiung und bemühte sich um die Beteiligung der nichtadeligen Gutsbesitzer an der politischen Willensbildung. Als 1810 die Oberpräsidentenstellen aufgehoben wurden, trat er als Präsident an die Spitze der ostpreußischen Regierung. Ein Jahr später schließlich wurde er Landhofmeister des Königreiches Preußen.

Mit der Öffnung Ostpreußens für die Russen durch Ludwig von Yorck sah sich Auerswald als höchster Beamter des Landes vor einen typisch preußischen Konflikt gestellt, den zwischen dem Patriotismus, der zur Befreiung der Heimat von den Franzosen an der Seite der Russen gemahnte, auf der einen Seite und der Loyalität zum Landesherrn, der immer noch am Bündnis mit Bonaparte festhielt, auf der anderen. Yorck hatte diesen Konflikt mit der Konvention von Tauroggen am 30. Dezember 1812 auf seine Weise gelöst. Nun stand Auerswald vor dem Problem.

Einerseits wusste er, dass die patriotischen Motive des Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein über jeden Zweifel erhaben waren und die Waffenbrüderschaft mit den Russen die Chance zur Befreiung des Vaterlandes vom napoleonischen Joch bot. Andererseits hatte der zaudernde König Friedrich Wilhelm III. Yorcks Seitenwechsel weg von den Franzosen, hin zu den Russen noch immer nicht nachvollzogen und seit dem Siebenjährigen Krieg lebten Ostpreußens Beamte mit dem Trauma, wegen zu enger Zusammenarbeit mit dem Zarenreich des Verrats geziehen zu werden.

Bild: akg

Auerswald hatte sie einberufen: Die Landesversammlung beschließt die Landwehrordnung

Auerswald kam in diesen Wochen der Befreiung und Besetzung Ostpreußens durch russische Truppen eine für die Gesamtgeschichte Preußens wichtige Scharnierfunktion zwischen seinem immer noch am Bündnis mit Napoleon festhaltenden König Friedrich Wilhelm III. und seinem ehemaligen Vorgesetzten Reichsfreiherr vom und zum Stein zu, der unter Hinweis auf dessen Vollmachten durch den Zaren von Russland zur Eile bei der Vorbereitung des Kampfes gegen Bonaparte drängte. Entsprechend dem Drängen Steins berief Auerswald am 23. Januar den Landtag ein. Da aber eigentlich nur dem König das Recht hierzu zustand, wurde vorsichtshalber nur von einer Landesversammlung gesprochen.

Am 5. Februar 1813 kam die Landesversammlung zusammen. Landhofmeister Auerswald übernahm nicht die Versammlungsleitung, er war nicht einmal anwesend. Gewiss nicht ganz ungern, wie es in der Literatur heißt, hatte Auerswald bereits am 1. Februar erklärt, „dass es die Krankheit für längere Zeit unmöglich“ mache, „außerhalb seines Zimmers Geschäfte zu betreiben“.

Es wäre allerdings unangemessen, Auerswald vorzuwerfen, er wäre politisch abgetaucht. Zum einen war er am 29. Januar tatsächlich von einem rheumatischen Leiden befallen worden, das damals in Königsberg stark grassierte. Zum anderen nahm er regen Einfluss auf den Verlauf der Versammlung, was sich nicht darauf beschränkte, dass er die Entscheidung fällte, wer ihn dort als Sitzungsleiter vertrat. Vielmehr stand er während der Landesversammlung im regen Austausch mit den Teilnehmern und nahm eine wichtige Mittlerfunktion zwischen der auf Steins Geheiß von ihm einberufenen Landesversammlung und dem König ein. Er bejahte nicht nur die Beschlüsse der Versammlung, zu deren wichtigsten die Aufstellung einer Landwehr und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gehörten, sondern trug sie auch mit der Autorität seines Amtes mit. Auf sein Betreiben hin beschloss die Versammlung eine Adresse an den König. Auerswald verfasste ein Empfehlungsschreiben für den Herrscher und setzte sich mit seinem Wunsche durch, dass statt seines Schwagers Alexander Graf Dohna, den er für zu undiplomatisch hielt, dessen Bruder Ludwig mit dem Überbringen der Adresse beauftragt wurde.

Wenn Stein und Auerswald auch schließlich hart aneinander gerieten, so lässt sich doch konstatieren, dass Auerswald wie Stein Preußens Seitenwechsel bejahte. Aber im Gegensatz zu Stein sah Auerswald sich mit der Aufgabe konfrontiert, dabei den Bruch mit dem König und damit das Auseinanderbrechen des Staates zu verhindern. Auerswald mag zwar in den Augen Steins eine alte Schlafmütze ohne Mut und Feuer gewesen sein, doch hat der Landschaftspräsident letztlich das von seiner Seite Nötige unternommen, um die Einleitung der Befreiungskriege zu ermöglichen.

Nach dem Sieg versuchte Auerswald, die preußischen Reformen unter anderem durch mehr Bürgerbeteiligung, mehr Beteiligung des Mittelstandes fortzusetzen. Er scheiterte damit aber, wurde vielmehr im Zeitalter der Restauration zunehmend politisch kaltgestellt. Als nach dem Sieg über Napoleon die Oberpräsidien wieder hergestellt wurden, wurde Auerswalds Zuständigkeit auf Ostpreußen beschränkt. 1819 wurde ihm per Kabinettsorder das Amt des Kurators der Königsberger Universität genommen. Aus gesundheitlichen Gründen wurde er 1824 auch als Oberpräsident von Ostpreußen entlassen. Auerswald zog sich auf sein Gut Faulen zurück. Wegen der dort besseren ärztlichen Versorgung zog der Ruheständler 1832 zurück nach Königsberg, wo er am 3. April 1833 starb. *Manuel Ruoff*

Engere Zusammenarbeit

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und das ägyptische Staatsministerium für Antiken sowie der ägyptische Supreme Council of Antiquities haben beschlossen, künftig intensiver zu kooperieren. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, und Mohamed Ibrahim Ali, Staatsminister für Antiken der Arabischen Republik Ägypten, haben eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet.

Parzinger sagte dazu: „Diese Absichtserklärung steht unter dem Eindruck der sich gut und freundschaftlich entwickelnden Beziehungen zwischen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und den ägyptischen Antikenbehörden. Sie bekräftigt die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die auf Fachebene schon länger praktiziert wird.“

Ziel der gemeinsamen Absichtserklärung ist unter anderem die fachliche Zusammenarbeit bei der Vollendung des „Amarna-Echnaton-Museums“ in Minja. Daran sind auch andere deutsche Partner beteiligt, wie die Stadt Hildesheim und das dortige Roemer- und Pelizaeus-Museum. Beide unterstützen das Projekt in Minja seit 1989. Im Rahmen des künftigen Zusammenwirkens sollen außerdem die Funde der Grabungen der Deutschen Orientgesellschaft aufgearbeitet werden, die sich sowohl in Deutschland als auch in Ägypten befinden. Geplant sind auch Kooperationen und der Austausch von Wissenschaftlern und Restauratoren zum Zweck der Aus- und Weiterbildung und Kooperationen zum Erhalt des Kulturerbes. *S.H.*

Buch über Preußenadler

Ulrich Bekurdts Abhandlung „Preußische Adler ... und ihre Erben“ über das Wappentier des Hohenzollernreiches und dessen Erscheinungsformen im öffentlichen Raum ist im Eigenverlag erschienen. Das 206 Seiten starke Buch kann beim Autor über die E-Mail-Adresse uli@bekurdts.de für 21 Euro erstanden werden. Wie die *PAZ* seinerzeit berichtete, entdeckte der Stabsunteroffizier der Reserve Bekurdts sein Interesse für diese Thematik, nachdem er die Aufgabe übernommen hatte, für einen Aar, der einst in Metz auf der Mosel-Insel Chambière einen Soldatenfriedhof für Opfer des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 geziert hatte, einen würdigen neuen Standort zu finden. Inzwischen arbeitet Bekurdts bereits an einem zweiten Band zu dem Thema. *PAZ*

Die zwei Leben der Isa Vermehren

»Ein weites Herz« – das ZDF erinnert zu Ostern an Schicksalsjahre einer deutschen Familie in der NS-Zeit

Sie war kein angepasstes Mädchen, diese Isa Vermehren. Damals, in den 1930er Jahren, als sie sich weigerte, die Hakenkreuzfahne zu grüßen. Schulverweis. Von Lübeck zog sie mit ihrer Mutter, einer Journalistin, nach Berlin. Lehrerin wollte sie eigentlich werden; sie wurde Kabarettistin. Mit 15 trat sie schon in Werner Fincks „Katakombe“ auf – sang freche Lieder zur Ziehharmonika. Auch spielte sie in Filmen mit, unter anderem mit Rudolf Platte und Max Schmeling. Wenn sie von der Bühne „Eine Seefahrt, die ist lustig ...“ schmetterte, hieß die selbst gereimte zweite Strophe: „Unser Erster auf der Brücke / ist ein Kerl, drei Käse hoch, / aber eine Schnauze hat er / wie'ne Ankerklüse groß.“ Die falschen Ohren hörten das Richtige: Sie meinte Joseph Goebbels, Adolf Hitlers kleinwüchsigen Propagandaminister.

Das ist Biografisches der 1918 in Lübeck geborenen Isa Vermehren. Etwas freier geht der Fernsehfilm „Ein weites Herz“ damit um, frei nach dem gleichnamigen Buch des promovierten Journalisten Matthias Wegner, das 2004 bei Claassen erschien. Das ZDF zeigt den Film am Ostermontag um 20.15 Uhr. Da mischen sich Lebensstationen mit fiktiver Geschichte. Stationen zwischen 1937 und 1945, die Kabarett, Konzentrationslager, Kloster heißen.

Der Film beginnt mit Isas Quetschkommoden-Auftritten in Berlin. Sie verliebt sich in den Kabarettpianisten, der bald von den Nationalsozialisten in ein Lager verschleppt wird. Trost, geistige und auch körperliche Nähe findet sie bei der Freundin und späteren Ehefrau ihres älteren Bruders Erich, einer Gräfin Elisabeth von Plettenberg. Die charismatische Gräfin ist bekennende Katholikin, und 1938 konvertiert die evangelisch getaufte Isa zum katholischen Glauben. Später, da alles gleichgeschaltet ist und Isa in Gestapohaft, dokumentiert sie ihr Bekenntnis symbolträchtig. Mit einer Scherbe ritzt sie ein christliches Kreuz in die Wand ihrer Einzelzelle.

Zwischen Kabarett, KZ und Kloster

Als reichte so viel Wandel nicht für 120 Minuten, wird der Film parallel immer mehr auch zur Geschichte der ganzen Familie Vermehren. Die Ehe der Eltern zerbricht; Mutter Petra wechselt als Korrespondentin für deutsche Zeitungen vorübergehend nach Athen; Bruder Erich heiratet die Gräfin und geht mit ihr in diplomatischer Mission (vermutlich aber als Agent der Abwehr) nach Istanbul. Mitten im Krieg setzt er sich nach London ab. Das NS-Regime rächt sich und nimmt die Vermehrens in Sippenhaft. Die Eltern und Sohn Michael kommen ins KZ Sachsenhausen, Isa Vermehren ins Frauen-KZ Ravensbrück in der Ukkermark.

Der Schluss des Films hat etwas von Friede, Freude ... Sie wissen schon. Die ganze Familie feiert 1951 die Profeß, den Ordenseintritt ihrer Isa bei den Sacre-Coeur-Schwestern in Bonn. Auch der (laut Drehbuch) in Russland vermisste Bruder Michael taucht plötzlich wieder auf. Zu viel der Glückseligkeit.

Im wahren Leben der Isa Vermehren werden es 58 begnadete Jahre im Orden der Schwestern vom Heiligen Herzen Jesu (Sacre Coeur). Sie wird eine hochgeschätzte Pädagogin. Von 1961 bis 1969 leitet sie ein Bonner Mädchen-Gymnasium, danach fast 15 Jahre die Sophie-Barat-Schule in Hamburg, eines der angesehensten Gymnasien der Hansestadt. Fernsehweit wird sie bekannt als erste katholische Frau, die bei der ARD das „Wort zum Sonntag“ spricht (1983–96). Auch ihr Bruder Michael wird Fernsehmann. Anfangs als „Reporter der Windrose“ bei seinem Freund Peter von Zahn, später als ZDF-Korrespondent für Lateinamerika und als Leiter des ZDF-Studios in Madrid. Isa Vermehren stirbt 91-jährig am 15. Juli 2009 in Bonn.

Jutta Lieck-Klenke, die Produzentin (Network Movie) des Films, war die Verwirklichung eine Herzensangelegenheit. Sie ist – ebenso wie Iris Berben, die Darstellerin der Mutter Petra – bei Isa Vermehren in Hamburg zur Schule gegangen. Für die Hauptrolle fand sie die einfühlsame Nadja Uhl, und Friedrich von Thun und sein Sohn Max spielen als Isas Vater und Bruder Erich zum ersten Mal gemeinsam in einem Film. Die Regie führte Thomas Berger.

Als die Drehbuchautorin Anette Hess Isa Vermehren ein Jahr vor ihrem Tod aufsuchte, um mehr über ihr Leben zu erfahren, willigte die bescheiden gebliebene Klosterfrau nur für „maximal eine Stunde“ ein. – „Was es über mich zu berichten gibt, lässt sich auf einer Postkarte zusammenfassen.“

Ein abendfüllender Film ist es geworden. *Karlheinz Mose*

Unter Beschuss

Zu: „Deutsche sollen noch mehr bluten“ (Nr. 10)

Wir Deutschen sind schon ein seltsames Völkchen. Wir glauben unseren Führern so lange, bis das, was über uns zusammenbricht, uns auch erschlagen hat.

Das erinnert mich daran, dass am Ende des Zweiten Weltkrieges der Endsieg noch propagiert wurde, als der Kessel um Berlin schon so klein war, dass die Russen sich versehentlich (durch den Kessel hindurch) gegenseitig erschossen haben. Was muss denn noch alles passieren, damit das Volk aufwacht? Oder sagen hinterher wieder alle, dass sie davon nichts gewusst haben? **Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien**

Regierende reagieren kaum

Zu: „Macht- und ideenlos“ (Nr. 10)

Es ist erstaunlich, dass die Politik Reaktionen zeigt!

Offenbar bedurfte es erst der Hilferufe auch von SPD-geführten Kommunen, um ein Nachdenken und Handeln zu bewirken. Alles Dinge, wofür der Normalbürger seit Jahren die Hände über den Kopf zusammenschlägt, weil er die sich abzeichnende Katastrophe erkannte und von der Politik diesbezüglich nur gegensätzliches Handeln erfuhr. Aber wie bereits angekündigt, wird sich vorerst kaum etwas ändern. Zu träge sind die entscheidenden Gremien.

Hinzu kommen die Erschwernisse aus Brüssel und dem EuGH. Bis tatsächlich handfeste Entscheidungen durchgesetzt werden können, haben wir eine riesige Zigeunerschwemme mit den daraus folgenden Unterhaltszahlungen und weitere äußerst negative Begleiterscheinungen.

Interessant erscheint auch folgender Hinweis: „Laut Migrationsbericht der Bundesregierung blieb im Jahr 2011 insgesamt ein Bevölkerungsplus von 280 000 Personen – lediglich 6536 der Zugewanderten galten aber als hochqualifiziert.“ So gering der Anteil produktiver Zuwanderer auch scheint, so ist diese Angabe äußerst zweifelhaft und überhaupt nur mit dem Zusatz: „Migrationsbericht 2011 der Bundesregierung“ verständlich. Qualifiziert sind diese Zuwanderer höchstens aufgrund eigener Angaben oder gefälschter Papiere.

Insbesondere wer in Rumänien oder Bulgarien qualifiziert oder sogar hochqualifiziert ist, für den besteht kein Grund, sein Land zu verlassen. Dieser hat zu Hause sein Auskommen und sogar gute Zukunftsaussichten. Und wenn er sein Land trotzdem verlässt, dann geht er nicht nach Deutschland (wegen des sich langfristig abzeichnenden Zusammenbruchs zeitlich ohnehin beschränkt), um dort wieder für die Bevölkerungsgruppe zu arbeiten, die sich in seiner Heimat den Lebensunterhalt auf andere Art und Weise als durch redliches Arbeiten erwirtschaftet hat. **Horst Vajen, Arandi/Estland**

Fehlurteil

Zu: „Doppelmoral“ (Nr. 11)

Jan Heitmann ist vollständig zuzustimmen. Im Fall Mölln haben zwei willkürlich verhaftete Männer aus dem Umfeld nationaler Jugendkreise den Brandanschlag zunächst gestanden, widerriefen jedoch vor Gericht ihre Angaben.

Auf jeden Fall stellte ein Brandsachverständiger fest, dass die Brandbeschleuniger nicht an der Stelle in das Haus geworfen wurden, die von einem der Verdächtigen genannt wurde. Das Gutachten wurde vom Gericht nicht zugelassen. Die Verurteilung erfolgte unter Verletzung der fundamentalen Grund- und Menschenrechte. **Markus Krämer, Allendorf/Eder**

Opium fürs Volk

Zu: „Was heißt hier ‚Alternative‘?“ (Nr. 11)

Bemerkenswerter, sehr guter Artikel. Aber wir schlafen einfach weiter. Hauptsache, die Mayonnaise ist einmal jährlich noch irgendwie bezahlbar. Und natürlich das geleaste, grundsätzlich aber viel zu dicke Auto. TV-mäßig die richtige Soap – und fertig ist das Wolkenkuckucksheim, welches seine Kinder ausspuckt und frisst. **Dr. Felix Börner, Zell**

Banken profitieren

Zu: „Verlogene Propaganda“ (Nr. 11)

Eine Umverteilung nicht nach unten, sondern nach außen. Das zeigt mal wieder das wahre Gesicht einer der etablierten Parteien. Nicht das Wohl des deutschen Volkes steht für diese im Vordergrund, sondern das Wohl der Banken und des Auslandes. Es ist an der Zeit, dass diese Parteien abgestraft werden müssen. **M. Wolfrum, Duisburg**

Alternative winkt

Zu: „Was heißt hier ‚Alternative‘?“ (Nr. 11)

Wenn es der deutsche Staatsbürger will, ist die „alternativlose“ Politik von Angela Merkel und der „etablierten“ Parteien am 22. September Geschichte – falls die „Alternative für Deutschland“ (AfD) zur Wahl antritt. Bis dahin ist ein steiniger Weg bergauf zurückzulegen, wie es Hans Heckel in seinem Wochenrückblick plastisch beschrieben hat.

Obwohl AfD erst im April gegründet wird und danach die notwendigen Unterschriften für den Bundestagswahlkampf sammeln muss, haben sich die Heckenschützen in Stellung gebracht. Die etablierten Parteien und die ihnen zugeneigten Medien wie ARD und die Springerpresse werden mit allen bösen Tricks versuchen, das zarte Pflänzlein AfD zu zerstören. Sie werden „Anhänger“ der AfD finden, deren Aussagen die „Alternative“ in die rechtsextreme Ecke rücken. Das ist eine sichere Methode, besonders dann, wenn man diese „Agents provocateurs“ selbst installieren kann.

Wenn sich der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Volker Kauder, genötigt sieht, gegen die AfD vor deren Gründung zu polemisieren, zeigt dies die Verunsicherung der etablierten Parteien. Auf diese Attacken, die die Familien der Betroffenen einbeziehen wird, muss die Führung der AfD vorbereitet sein. Sie muss bei der Auswahl ihrer Mitglieder vorsichtig sein und nach Verbündeten suchen. Die zahlreichen wertekonservativen Gruppierungen müssen persönliche Eitelkeiten und Eifersüchteleien zurückstellen, um die – letzte? – Chance zu nutzen, in Deutschland einen Politik- und Politikerwechsel herbeizuführen mit einer Politik von sauber entwickelten Alternativen. Eine „alternativlose“ Politik ist ein Offenbarungseid. **Dieter Farwick, Sigmaringen**



Tiere kennen keine politischen Grenzen: Die in Brandenburg gesichteten Elche haben die Oder von dem heute in der Republik Polen liegenden Ostbrandenburg aus überquert Bild: Lukas Barth/dapd

Genug geschlafen!

Zu: „Volk ohne Rückgrat?“ (Nr. 10)

Schon im Jahr 1561 schrieb der Torgauer Kantor Johann Walter das Lied vom deutschen Land: „Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen!“ Das scheint eine Haupteigenschaft des deutschen Michel mit der Schlafmütze zu sein.

Wenn 80 Prozent der Bundesbürger gut schlafen und sich von der EU politisch bevormunden lassen, so ist es dieses Volkes Schicksal, sich das soziale Zusammenleben diktieren zu lassen. Was wie brauchen, ist eine spirituelle, vom Herzen aus und nicht vom Intellekt getragene Perspektive. Nur wenn wir bereit sind, diese Republik weiter zu gestalten – weg von der Parteienoligarchie – und den tieferen Sinn von Brüderlichkeit entdecken, vermag unsere Gesellschaft gerechter und menschlicher zu werden. Und das auch über die Grenzen Deutschlands hinweg. **Norbert Schenkel, Lauda-Königshofen**

Gute Nacht!

Zu: „Volk ohne Rückgrat?“ (Nr. 10)

Die Deutschen werden erst aufwachen, wenn es zu spät ist. Das hatten wir doch schon. Dann ist das Gejammer wieder groß. Die Deutschen waren und sind ein rückgratloses Volk. Obwohl man überall im Internet die Wahrheit erfahren kann, tun sie, als ob sie von nichts wüssten. Gute Nacht! Schlaft schön weiter. **Ralph Pape, Staufenberg**

Umzug aus Ostbrandenburg

Zu: „Tierischer Migranten-Ansturm“ (Nr. 9)

Es ist jedes Mal eine Freude, wenn am Wochenende die *Preußische Allgemeine Zeitung* im Briefkasten liegt. Die *PAZ* gehört zu den wenigen Zeitungen, deren Autoren die „political correctness“ außer Acht lassend mit fundiertem Hintergrundwissen den wahren Sachverhalt vermitteln. Beispiele aufzuzählen gäbe es viele. Jedoch, nichts kann 100-prozentig sein, und so ist auch bei der *PAZ* ein „aber“ anzumerken.

In der allgemeinen in vielen Bereichen gleichgeschalteten Presse und den weiteren Medien ist Tag für Tag das Wort Ostdeutschland zu vernehmen, wenn damit Mitteldeutschland gemeint ist. Leider gab es dies als Ausrutscher, wenn auch sehr selten, ebenfalls bei der *PAZ*. Gut, darüber wurde hinweggesehen, denn es waren Ausnahmen. Als jetzt aber in dem aufschlussreichen viel Neues vermittelnden Artikel „Tierischer Migranten-Ansturm“ von Wölfen gesprochen wird, die aus Polen eingewandert sind, könnte auch das noch hingenommen werden, also haben sie Ostdeutschland durchquert.

Dass jetzt aber dem östlichen Drittel, dem polnisch verwalteten Teil Brandenburgs in der *PAZ* der Name genommen und auf den östlichen Teil des Bundeslandes Brandenburg übertragen wurde, bedarf eines Widerspruchs. Hierbei wäre auch nebensächlich, ob die östlichen Reichsgebiete völkerrechtlich abgetreten worden sind oder nicht. Dass die Gebiete nicht abgetreten wurden – wie es auch von einigen Völkerrechtlern vertreten, Gegenteiliges von fast allen Bundestagsparteien und leider auch von den Landsmannschaften verbreitet wird –, besagt eine Presseerklärung der Kommunisten vom 19. Februar 2013, deren Partei sprachlich von der SED über die PDS zur Links-Partei mutiert ist. Deren Presseerklärung aufgrund der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ist es aber wert, gekürzt wiedergegeben zu werden:

„Die jüngste Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage belegt, dass ... die polnische Westgrenze mithin nicht anerkannt ist, sondern lediglich bestätigt und soll nicht mit Gewalt verletzt werden. Insofern hat der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze von 1990 den gleichen Charakter wie der Warschauer-Vertrag 1970. Beides sind Grenzbestätigungsverträge, jedoch keine Grenzanerkennungsverträge. ... Die ‚Linke‘ fordert, dass die Bundesregierung endlich die polnische Westgrenze als unantastbar anerkennt.“

Wenn auch dem letzten Satz zu widersprechen ist, so wurde doch eindeutig ausgedrückt, dass die Grenzbestätigung nicht mit einer Gebietsabtretung gleichzusetzen ist. Und deshalb erst recht: Der Begriff „Ostbrandenburg“ bleibt den brandenburgischen Landesteilen östlich von Oder und Neiße vorbehalten. **Manfred Weinhold, Hamburg**

Biedermeierlich

Zu: „Volk ohne Rückgrat“ (Nr. 10)

Leider gibt es auch niemanden, der Volkes Stimme vertreten könnte. Die Bürgerlichen sind mittlerweile so demoralisiert, dass man lieber nichts mehr unternimmt. Der Biedermeier hält im Bürgertum wieder Einzug. Auch gibt es niemanden, der für eine (Parteien-)Alternative in Frage kommt! **Patrick Pohl, Aachen**

EU-Menschentest

Zu: „Frankenstein lässt grüßen“ (Nr. 8)

Wieso „Regeln bei Menschenversuchen zu lockern“? Der größte Menschenversuch läuft doch schon seit Jahren, so auch gegen den Willen der unfreiwilligen Versuchskandidaten: die demokratisch nicht legitimierte EU-Kommission mit schuldensozialistischer Entmündigung, Enteignung und islamischem Bevölkerungsaustausch. **Egon Sunsamu, Frankfurt am Main**

Vom Dialekt zur Dialektik der deutschen Sprache

Zu: „Unsere schöne neue Welt“ (Nr. 8)

Es ist schon ein Leiden um unsere deutsche Sprache, welche von rund 100 Millionen Menschen in Europa gesprochen wird, aber ständigen Angriffen von interessierter Seite ausgesetzt ist.

Ich registriere den schlampigen Umgang mit unserer Muttersprache seit Jahren und zwar erheblich verstärkt seit der Wiedervereinigung 1990. Aber wer ist der Urheber? Ich glaube, die politischen Kommissare in Brüssel haben das schon vor Jahren als „Empfehlung“ an die nationalen Regierungen herausgegeben. Die einen Regierungen befolgen das im vorauseilenden Gehorsam, andere, wie die in Paris, dagegen eher zögerlich.

Aber das nur nebenbei. Zurück zur deutschen Muttersprache. Ich glaube weiter, dass die diversen deutschen Regierungen nach Adenauer das Volk im Grunde nicht mögen, zumindest aber ganz sicher nicht lieben. Deshalb dürfen wir in allen unwichtigen Fragen unsere Meinung sagen, in den wichtigen Fragen jedoch nicht. So bei der Wegnahme der dem deutschen Volk gehörenden Währung und jetzt bei der schleichenden Wegnahme der auch dem Volk, aber nicht etwa der Regierung, gehörenden Sprache. Die Masseneinwanderung zählt auch dazu, wenn auch die Reihenfolge anders war.

Vor rund 50 Jahren zwangen die Vereinigten Staaten die Regierung Adenauer der Einwanderung von Türken zuzustimmen. Das mussten die deutschen Regierungen in der Folge hinnehmen. Die Regierung Kohl ließ später verlautbaren, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, zumindest stand das damals so in der Zeitung. Kanzlerin Merkel machte dann daraus das Gegenteil. Das hat mit der Parteizugehörigkeit nichts zu tun!

Welche Gestaltungsmöglichkeiten hätte Merkel denn gehabt, wenn diese nach der Wende statt zur CDU zur PDS oder den Grünen konvertiert wäre? Na eben. Schon mal was von der dialektischen Entwicklung der Dinge gehört? Als Kanzlerin handelt Merkel im dialektischen Sinn: Sie warf sich dem US-Präsidenten Bush an den Hals und befürwortete den Angriff auf den Irak.

Wer das nicht versteht, versteht eben von Dialektik nicht viel. Will heißen: Es kommt auf das Endergebnis an und zwar nur auf das Endergebnis, nicht jedoch auf den Weg dorthin. **Jürgen Kunz, Buchen**

Der Königsberger Zoo lebt

Zu: „Etappensieg für alten Zooeingang“ (Nr. 8)

Als Tochter des Architekten kann ich Ihnen melden, dass der Architekt Siegfried Saßnick hieß – und nicht Friedrich Saßnitz. Siegfried Saßnick war von 1934 bis 1939 selbstständiger Architekt in Königsberg. Ab 1939 musste er Befestigungsanlagen und Bunker für das Militär bauen. In diesen fünf Jahren baute er in der Stadt Königsberg das Nordsterngebäude (heute „Hotel Moskau“), das Raiffeisen-Gebäude in der General Litzmannstraße, das Kino Scala in der Hufenallee und den Eingang zum Tiergarten. Diese Gebäude überlebten Bombennächte und das Kriegsende. Alle anderen Gebäude wurden zerstört.

1990 als die ersten Gäste aus Königsberg nach Hannover kamen, lernte ich Viktoria Gawrilowa kennen. Ihr konnte ich einiges über das alte Königsberg berichten. Danach meldete sich bei mir dessen Senat und bat um Bauunterlagen der noch erhaltenen Gebäude. Durch das Archiv der Universität Hannover konnte ich Kopien aus der Baufachzeitschrift von den beiden Versicherungsgebäuden nach Königsberg senden.

Vom Eingang des Tiergartens habe ich keine Unterlagen gefunden. Auch dem Denkmalschutz-Verein, der mich im letzten Jahr deswegen anrief, konnte ich keine bessere Auskunft geben. Das Gebäude wurde in den letzten 50 Jahren sehr verändert. Das betraf wohl auch den alten Tiergarten-Eingang.

Nun, das Gericht hat jedenfalls entschieden, dass dieses Gebäude heute unter Denkmalschutz steht. **Roswitha Kulikowski, Hannover**

Übeltäter Mugabe

Zu: „Mythos Revolution“ (Nr. 7)

Der Staatschef Simbabwes, der Anfang der 1980er Jahre die britischen Farmer enteignet hatte, war Robert Mugabe und nicht Mobuto, wie es in der *PAZ* steht. Sese Seku Mobutu war Staatschef von Zaire. Dieses Land heißt jetzt Republik Kongo. **David P. Bergin, Dublin/Irland**



Nr. 13 – 30. März 2013

MELDUNGEN

EU-Geld für Marktplatz

Johannisburg – Johannisburg hat von der Europäischen Union 1,5 Millionen Zloty (rund 360 000 Euro) zur Erneuerung seines Marktplatzes erhalten. Die Renovierung sei notwendig geworden, weil der Platz durch den Sturm im Jahre 2002 gelitten habe, so der Bürgermeister von Johannisburg, Jan Alicki. Es werden neue Bäume und Sträucher gepflanzt. Es entstehen neue kleine Alleen und eine neue Beleuchtung. Es entsteht auch ein Modell der Ordensburg aus Holz. Der Bürgermeister hofft, dass dies eine Stelle der Begegnung für die Einwohner und Touristen wird. Die Arbeiten beginnen im Mai und sollen ein Jahr dauern. *PAZ*

Renovierung abgeschlossen

Heiligelinde – Die Renovierungsarbeiten an der Wallfahrtskirche Heiligelinde, Kreis Rastenburg sind nach drei Jahren abgeschlossen worden. Das Gotteshaus und der Kreuzgang sind nun orangerot statt gelb. Neben der Farbänderung wurden Dächer, die Orgel, der Hauptaltar und die Fresken im Kreuzgang repariert. Die konservatorischen Arbeiten in Heiligelinde wurden von norwegischen Fonds finanziert. Die Renovierung kostete umgerechnet mehr als 2,5 Millionen Euro. *PAZ*

Neuer Grenzübergang

Rastenburg/Friedland – In Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft 2018 in der Russischen Föderation soll zwischen Langmichels und Gerdauen ein zusätzlicher Grenzübergang eingerichtet werden. Zwischen 6 und 22 Uhr soll die innerostpreußische Grenze für den internationalen Pkw-Verkehr geöffnet werden. Der Rastenburger Landrat Tadeusz Mordasiewicz und der Landrat von Friedland Wladimir Bakalin haben anlässlich einer Zusammenkunft eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben. *PAZ*

Marineoffizier und Zuhälter

Pillau – Ein Offizier der Baltischen Flotte ist wegen der Organisation gewerbsmäßiger Prostitution zu einer Geldstrafe von 110 000 Rubel (etwa 2745 Euro) verurteilt worden. Er hatte im Sommer vergangenen Jahres in Pillau eine Wohnung für eine Prostituierte beschafft und deren Kundenverkehr organisiert. In der Garnisonsstadt gingen den Behörden in der letzten Zeit zahlreiche einheimische Prostituierte ins Netz, die – wie die behördlichen Statistiker wissen ließen – meist zwischen 20 und 25 Jahren alt sind und pro Stunde durchschnittlich 2000 Rubel (rund 50 Euro) einnehmen. *T.W.W.*

Schöner, größer – maroder?

Vor der Eröffnung der Cranzer Seebrücke gibt es Zweifel an der Qualität der Bauausführung

Die Bauarbeiten im Ostseebad Cranz stehen kurz vor ihrer Vollendung. Da in Kürze die Badesaison beginnt, drängen Behörden die beauftragten Baufirmen zur Eile. Gouverneur Nikolaj Zukanow, der mit dem Baufortschritt unzufrieden ist, griff selbst ein.



Soll schon bald zur Nutzung freigegeben werden: Im Bau befindliche Seebrücke im Ostseebad Cranz — Bild: J.T.

Nachdem für den Kurort im vergangenen Jahr die Badesaison quasi ins Wasser fiel, weil die Promenade und weite Teile des Strandes wegen Bauarbeiten gesperrt waren, soll Cranz in diesem Jahr zu neuer Schönheit erwachen.

Eine gepflegte Promenade ist für jeden Kurort am Meer sein Aushängeschild. Dabei ist es von Vorteil, wenn diese lang, genügend breit und komfortabel ist. Gibt es dann noch ausreichend Bänke oder Cafés mit Blick aufs Meer, werden Gäste gerne ihre Freizeit dort verbringen.

Die Promenade in Cranz ist bedeutend länger als die von Rauschen. Sie wurde in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erbaut und bis in jüngste Zeit wurde nichts daran verändert, so dass die Promenade wie auch der gesamte Ort immer mehr verfielen. 2009 wurden deshalb in dem Kurort umfangreiche Restaurationsarbeiten an der Uferpromenade begonnen, ein neuer Belag, moderne Geländer, eine erneuerte Uferbefestigung und Stützen wurden gebaut, die jedoch durch den Druck der Meereswellen und durch Unterspülungen bereits wieder zerstört worden sind.

In den vergangenen Jahren begann sich das Bild des Strandes zu verändern. Auf dem kurzen Abschnitt aus Richtung Kurischer Nehrung wurden auf der Promenade Bänke aufgestellt, anstelle der durchgehenden Betonbrüstung wurden moderne Metallgeländer angebracht und die Abstiege zum Meer restauriert. Inzwischen ist auch die Ruine des einstigen Prestigerestaurants „Priboj“ verschwunden, das 30 Jahre lang die Silhouette von Cranz zierte. Das einst sehr populäre und größte Ostsee-Restaurant wurde 1990 geschlossen und das Gebäude verfiel seitdem zusehends. Die größte Veränderung in Cranz ist eine Seebrücke, die es bislang dort nicht gegeben hatte. Eigentlich hätte sie planmäßig schon im vergangenen Jahr fertiggestellt sein sollen, doch wie so oft im Leben, kam es anders. Dass Gouverneur Nikolaj Zukanow mehrfach gedroht hatte, den Vertrag mit der beauftragten Baufirma zu stornieren, hatte das Bautempo nicht wesentlich erhöht. Eine Kommission

Gouverneur Zukanow schickte Kontrolleure

der Gebietsregierung hat auf Anweisung Zukanows deshalb vor Kurzem eine Ortsbesichtigung vorgenommen, um sich ein Bild von der Situation hinsichtlich der Uferrekonstruktion und der Bauarbeiten an der Seebrücke zu machen. Die Beamten konstatierten einen schlechten Zustand der Bauprojekte. An der Seebrücke arbeiteten nur einige Arbeiter. Sie wiesen auf das schlechte Wetter hin, das ihnen nicht erlaube, mit vollem Einsatz zu arbeiten. Die Kontrollorgane fanden auch Anlass zu Beanstandungen.

Die Gebietsregierung geht dennoch davon aus, dass die Seebrücke im April in Betrieb genommen werden kann. Bis dahin ist noch einiges zu tun: Der zum Pier führende Teil der Promenade muss noch fertiggestellt werden, die hölzerne Abdeckung entfernt, die Metallzäune aufgestellt und die Beleuchtung angeschlossen werden.

Darüber hinaus gibt es Zweifel bezüglich der Dimensionierung der Seebrücke, ob sie nicht für eine größere Menschenmenge zu eng sei. Die Auftraggeber berufen sich jedoch auf ähnliche Seebrücken in bundesdeutschen Seebädern.

Auf jeden Fall wird erwartet, dass die Cranzer Seebrücke zum Touristenmagneten wird. Bald schon können sich die ersten Urlauber ein Bild von ihrer Schönheit oder auch ihren Mängeln machen. *Jurij Tschernyschew*

EUFV will nach Brüssel

Tagung des Generalrates und der Generalversammlung in Wien

Mit den Tagungen des Generalrates (Vorstand) und der Generalversammlung am 16. und 17. dieses Monats in Wien stellte die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) entscheidende Weichen für ihre Zukunft. Um einen engeren Kontakt zum Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission aufzubauen, soll der Sitz des Verbandes so bald als möglich nach Brüssel verlegt werden. Wesentliches Ziel der EUFV ist die Einrichtung einer ständigen Kommission für Flüchtlinge und Vertriebene bei der Europäischen Kommission, um Gespräche über die nach wie vor unterschiedlichen Positionen zu Fragen der Vertreibung auf europäischer Ebene in Gang zu setzen. Wichtige Vorarbeiten hierzu wurden bereits geleistet. *PAZ*



Der Präsident der Generalversammlung der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (links) und sein Stellvertreter (rechts) sowie der Generalsekretär der EUFV (2. v. r.) und dessen Stellvertreter (2. v. l.): Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Gottfried Hufenbach, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, George Mouktaris, Vorsitzender von Lobby of Cyprus, und Jan Skalski, Vorsitzender des Vereins der Vertriebenen aus den polnischen Ostgebieten (von links)

Foto: privat

Hoher Besuch

Litauer und Spanier beim AKW »Baltiskaja«

Die Großbaustelle des Kernkraftwerks „Baltiskaja“ zieht zahllose ausländische Interessenten an. Das Nachbarland Litauen schickte eine Delegation unter der Leitung des Oberbürgermeisters von Wilna, Arturas Suokas, auf die Baustelle. Ihr Interesse galt vorrangig den Vorstellungen über die künftige Kapazitätsauslastung und das Marketing. Ohne auf Exportmöglichkeiten einzugehen, betonte die russische Seite, dass der Eigenbedarf des Königsberger Gebiets in den nächsten Jahren enorm ansteigen werde. Als Gründe wurden neue Industriestandorte, der Ausbau der Infrastruktur und nicht zuletzt die Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2018 genannt. Suokas zeigte sich von der raschen Umsetzung der russischen Pläne beeindruckt und meinte: „Ob das AKW einigen gefällt oder nicht, es stellt eine Realität dar und sie zu ignorieren wäre unklug.“ Er brachte abschließend seinen Wunsch nach Zusammenarbeit beider Länder bei der Verwirklichung des Projekts zum Ausdruck.



Arturs Suokas — Bild: Archiv

Auch eine hochkarätige Abordnung des spanischen Energiekonzerns Iberdrola überzeugte sich von dem raschen Baufortschritt und machte sich mit den weiteren Planungen vertraut. Der Direktor für Atomenergie des spanischen Energiekonzerns, Joaquin Suarez, der am Bau des britischen Atomkraftwerkes West Cumbria interessiert ist, machte seine Aufgeschlossenheit für das russische Vorhaben recht deutlich. In einem Papier über die Zusammenarbeit im Jahre 2013 wurde zunächst die Beteiligung spanischer Spezialisten vereinbart. *H. Dz.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

vor den Feiertagen gehen die Gedanken besonders intensiv in die Vergangenheit zurück, weil sie mit Kindheit und Familie verbunden sind und Eindrücke hinterlassen haben, die auch im späten Alter noch fühlbar sind. So ergeht es mir mit dem Palmsonntag, denn an einem solchen wurde ich eingesegnet. Ich sehe mich heute noch vor den Stufen der Altroßgärter Kirche in Königsberg im weißen Einsegnungskleid stehen, das Gesangbuch mit einem Sträußchen weißer Blumen in der Hand. Das hatte großes Aufsehen unter meinen Mitkonfirmandinnen erregt, denn es waren keine Maiglöckchen wie üblich, sondern die zarten Blüten einer Orchideenart, zu einem Sträußchen gebunden. Ein mit meinem Vater befreundeter Botaniker hatte es mir geschenkt, er wollte mir damit im aprilkalten Königsberg eine Freude machen, aber sie gelang nicht so ganz, weil ich auf keinen Fall damit angeben wollte. Bescheidenheit war angesagt, auch in meinem Konfirmationsspruch, den Pfarrer **Penzki** für mich ausgewählt hatte. Längst habe ich ihn vergessen, denn er war nicht sehr einprägsam, und meine Konfirmationsurkunde liegt irgendwo in den Trümmern von Königsberg begraben. Dafür habe ich eine ganze Sammlung von alten Konfirmationsscheinen, denn Frau **Ursula Karge** hatte zu ihrer Dokumentation dieser Urkunden aufgerufen und mir nun eine Kopie des schon in Folge 7 erwähnten Albums zur vorläufigen Verfügung überlassen. Sie hat sich sehr intensiv mit diesen Urkunden beschäftigt und festgestellt, dass diese Dokumente etwa ab dem Jahr 1820 ausgestellt wurden. Unter verschiedenen Bezeichnungen, man nannte sie Confirmationsschein, Attest, Testat, Druckspruch, Bekenntnis, Zeugnis, Erinnerungen, Bescheinigungen. Ich glaubte, dass Frau Karge damit ihre Dokumentation beendet hätte, aber das ist zum Glück nicht der Fall: Sie sammelt weiter wie bisher und konnte inzwischen ihr Album noch durch einige neue „Funde“ ergänzen. Da sich auch immer wieder Anfragen ergeben, bringen wir hier die Anschrift der eifrigen Sammlerin, die sich über jede neue entdeckte Urkunde freut, die als Kopie zu übersenden ist: Ursula Karge, Hollweg 20b in 26506 Norden, Telefon (04931) 3166. Die älteste ostpreußische Einsegnungsurkunde stammt aus dem Jahr 1857, und es ist wirklich ein Wunder, dass sie noch gerettet werden konnte. Ihre Besitzerin, Frau **Roswitha Wohne** aus Garbsen, übersandte uns nun eine sehr gute Farbkopie, so dass die Namen einwandfrei zu lesen sind. Und lieferte gleich die Legende mit, denn der damals am 20. September in der Kirche zu Gudnin konfirmierte **Julius Federau** war ihr Urgroßvater väterlicherseits, *9. Juli 1843 in Dreyhöfen als Sohn eines Postillons. „Wer hat schon eine solche Berufsbezeichnung in seiner Ahnenreihe?“, fragt Frau Wohne. Die Urkunde mit dem Titel „Zur Erinnerung an den heiligen Tag der Einsegnung“ ist sehr aufwendig gestaltet. Die Sprüche werden eingerahmt von Girlanden mit Engeln und Pilgern. Der Spruch aus 2. Kor. 13,3 „Versuchet euch selbst, ob ihr im Glauben stehet, prüfet euch selbst“ sollte wohl für alle Konfirmanden gelten, aber Julius Federau bekam noch als Geleit für sein weiteres Leben diese Worte mit: „Täusche dich nicht über den Zustand deines Herzens als ob du im Glauben nicht mehr irre gehen könntest, sondern forsche täglich, ob Christus in dir ist und mache ihm Wohnung in deinem Herzen.“ Unterzeichnet mit „Dein Lehrer und Pfarrer“ – leider ist der Name nicht einwandfrei zu lesen. Rätsel gibt auch noch immer das Gotteshaus auf, denn bestätigt wird die Urkunde mit dem Langheimschen Kirchensiegel. Nun gibt es keinen Kirchenort Gudmin, aber ein Gudnick/Gudnig, das zu dem Kirchspiel Langheim, Kreis Rastenburg gehörte. Vielleicht ist die Lösung ganz einfach: Der Seelsorger hat als Pfarrer und Lehrer in Gudnin/Gudnig unterrichtet, der Schulraum war also auch ein Ort der christlichen Lehre. Die Angabe „in der Kirche zu“ war auf dem Blatt vorgedruckt, der handschriftlich eingesetzte Ortsname bezog sich nicht auf ein Kirchengebäude, sondern auf diesen Andachtsraum. Alte Urkunden geben ja oft Rätsel auf, aber die machen sie gerade interessant. Wir danken jedenfalls Frau Wohne für die Übersendung der Farbkopie dieser Urkunde, die so gut zu der Karwoche und zum Osterfest passt. Aber Roswitha Wohne hat auch noch ein Anliegen, denn ihre in Folge 23/2012 veröffentlichten Suchfragen blieben ohne Antwort oder diese erreichte nicht die Absenderin, da sie im Urlaub war. Deshalb kurz nachgefragt: Wann war die Evakuierung der Insassen des Krönungs-Jubiläums-Stifts in Tilsit? Bis Swinemünde ist der Vorgang zu verfolgen, denn dort starb eine ihrer Tanten, die in dem Stift gelebt hatte. Ging dann der Transport der Evakuierten weiter und wenn ja, wohin? Vielleicht meldet sich jetzt jemand, der Frau Wohne eine Auskunft geben kann. (Roswitha Wohne, Krebsgasse 13C in 30823 Garbsen, Telefon 05137/71513.)

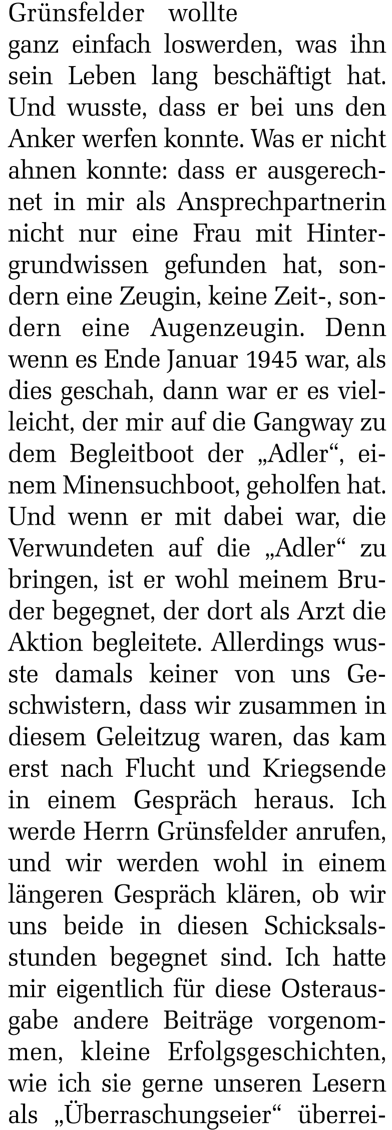


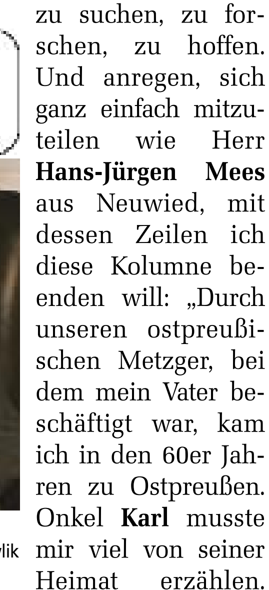
Älteste Urkunde aus der Sammlung Karge

Bild: privat

Auch eine Art Dokumentensammlung sind Gästebücher, vor allem wenn sich dort Namen finden, die über den persönlichen – und somit einen begrenzten – Bereich hinaus einen größeren Kreis ansprechen. Und eine besondere Überraschung bedeutet es natürlich für einen der dort Verzeichneten, wenn er nach fast 70 Jahren liest, was er damals in das noch im Original vorhandene Gästebuch einer ostpreußischen Schule geschrieben hat. Unmöglich, das meinen jetzt wohl die meisten Leser. Nicht in unserer Ostpreußischen Familie, die für Überraschungen besonderer Art immer gut ist und in der Jahrzehnte zerfließen wie Butter in der Sonne. Ich spreche da nicht nur als Mittlerin der Suchwünsche, sondern aus eigener Erfahrung, die jetzt eine brandneue Variante erfahren hat. Denn in dem Gästebuch der Ebenroder Luisenschule steht meine Eintragung vom 3. Mai 1943 in Form eines kleinen Gedichtes samt meiner Unterschrift. Und eine zweite besagt, dass ich sogar noch einmal in der Schule gelesen habe, und das erscheint im Nachhinein unglaublich, denn das Datum bezeugt den 1. Juni 1944 als Besuchstag. Ganz vorsichtig fragte der Übersender der Kopien, Herr Dr. **Dieter Grau** aus Bonn, ob die beiden Eintragungen von mir stammen könnten, was ich umgehend bejahen konnte. Und dann erzählte er, wie es überhaupt zu diesem Fund gekommen sei. Dieter Grau, auch literarisch ambitioniert, hat mehrere Bücher geschrieben, darunter seine heiteren „Stallupöner Geschichten“. Nebenbei betreut er redaktionell das „Nachrichtenblatt der Stallupöner Realgymnasiasten und Luisenschülerinnen“. In dieser Eigenschaft erhielt er von seinem Landsmann **Gert Brandstäter**, der sich seit Langem bemüht, Material über seine Heimatstadt zusammen zu tragen, das Gästebuch der Luisenschule, das dieser im Archiv in Kassel, der Patenstadt von Ebenrode/Stallupönen, entdeckt hatte. „Verewigt“ hatten sich darin rund 100 Gäste, die zum größten Teil an Konzerten teilgenommen, Vorträge oder Lesungen gehalten hatten. Und somit stieß er auch auf meine Eintragungen und bereitete mir mit der Übersendung der Kopien eine große Überraschung und noch größere Freude. Denn ich fand darin auch die Namen von Menschen, mit denen ich verbunden war, wie **Agnes Miegel** oder **Fritz Kudnig**, gelebte Vergangenheit, die auf einmal wieder so lebendig ist. Was mich besonders berührt hat ist, dass der „Entdecker“ Gert Brandstäter gerade in dem Jahr – 1943 – geboren wurde, als ich dort las. Ihm und Herrn Dr. Grau sage ich meinen herzlichsten Dank.

Noch mehr berührt hat mich aber ein anderes Schreiben, das ich zuerst als Suchfrage zur Veröffentlichung auf unserer Familienseite einschätzte, das mich aber – je weiter ich las – zu einem der gravierenden Schicksalstage meines Lebens führte. So wie die Vergangenheit mich da einholte, habe ich es noch kaum erlebt, jedenfalls nicht nach so langer Zeit. Der Brief kam aus Lübeck-Travemünde, geschrieben hat ihn **Herr Karl Grünsfelder**, der dort im Rosenhof seinen Lebensabend verbringt. Kein Landsmann, wie ich nach den ersten Zeilen merkte: „Ich stamme aus dem ehemaligen Kohlenpott und war als Kadett auf dem Schweren Kreuzer ‚Admiral Scheer‘. Wir lagen im Januar 1945 wegen des schweren Eisgangs auf der Ostsee im Pillauer Hafen fest, weil unser Geleitschutz, Torpedoboote oder Zerstörer, nicht auslaufen konnten. Wir Kadetten und zum Teil andere Mannschaften hatten die Aufgabe, Flüchtlinge und Soldaten, die es geschafft hatten, Pillau zu erreichen, beim Anlegen von ‚rettenden Planken‘ zu verpflegen und sie davon abzuhalten, sich in die eisige See zu drängen. Ein Lazarettzug wurde von uns entladen und auf zwei ehemalige Urlaubsschiffe, die „Berlin“ und die „Monte Rosa“ – nun zu Lazarettschiffen umgebaut – transportiert. Jetzt bin ich seit einigen Jahren fleißiger Leser der *PAZ/Das Ostpreußenblatt*. Das Erlebnis der Flucht der ostpreußischen Bevölkerung lässt einen nicht mehr los. Darüber will ich aber nicht mehr schreiben, nur ein wenig Hintergrundwissen macht diesen Brief verständlich für Sie.“ Also kein Suchen nach Zeitzeugen, kein Forschen nach ehemaligen Kameraden aus jener Zeit. Karl Grünsfelder wollte ganz einfach loswerden, was ihn sein Leben lang beschäftigt hat. Und wusste, dass er bei uns den Anker werfen konnte. Was er nicht ahnen konnte: dass er ausgerechnet in mir als Ansprechpartnerin nicht nur eine Frau mit Hintergrundwissen gefunden hat, sondern eine Zeugin, keine Zeit-, sondern eine Augenzeugin. Denn wenn es Ende Januar 1945 war, als dies geschah, dann war er es vielleicht, der mir auf die Gangway zu dem Begleitboot der „Adler“, einem Minensuchboot, geholfen hat. Und wenn er mit dabei war, die Verwundeten auf die „Adler“ zu bringen, ist er wohl meinem Bruder begegnet, der dort als Arzt die Aktion begleitete. Allerdings wusste damals keiner von uns Geschwistern, dass wir zusammen in diesem Geleitzug waren, das kam erst nach Flucht und Kriegsende in einem Gespräch heraus. Ich werde Herrn Grünsfelder anrufen, und wir werden wohl in einem längeren Gespräch klären, ob wir uns beide in diesen Schicksalsstunden begegnet sind. Ich hatte mir eigentlich für diese Osterausgabe andere Beiträge vorgenommen, kleine Erfolgsgeschichten, wie ich sie gerne unseren Lesern als „Überraschungseier“ überreichen wollte – aber nun ist es doch anders gekommen. Zwar sind es schon unerwartete Geschehnisse, doch sie betreffen mich besonders – ich bin nun einmal als Ansprechpartnerin immer präsent, mein langes, sehr intensiv in und für Ostpreußen gelebtes Leben kommt hinzu, da finden sich schnell Anknüpfungspunkte. Doch vor allem sollen diese Beispiele beweisen, dass es tatsächlich heute noch möglich ist, die Vergangenheit zu durchleuchten und Ereignisse an das Licht zu bringen, die man längst vergessen glaubte. Sie wollen keine falschen Hoffnungen erwecken, aber doch aufzeigen, dass es sich immer lohnt zu suchen, zu forschen, zu hoffen. Und anregen, sich ganz einfach mitzuteilen wie Herr **Hans-Jürgen Mees** aus Neuwied, mit dessen Zeilen ich diese Kolumne beenden will: „Durch unseren ostpreußischen Metzger, bei dem mein Vater beschäftigt war, kam ich in den 60er Jahren zu Ostpreußen. Onkel **Karl** musste mir viel von seiner Heimat erzählen. Auch hatte er Bilder aus Königsberg und Umgebung, wo er her kam. Von der Zeit an habe ich mich nur noch für Ostpreußen interessiert. In den 70er Jahren kam ich durch zwei Kollegen zum *Ostpreußenblatt*. Von dieser Zeit an habe ich die Ostpreußische Familie kennen gelernt. Ich habe Sie bewundert für die Nachforschungen, die Sie bearbeiten. Mein Wunsch war es immer, auch einmal nach Ostpreußen zu reisen, jedoch machte ein Schlaganfall dies nicht möglich. Erst im Jahr 2010 konnten meine Frau und ich mit einem Busunternehmen dorthin fahren. Wir waren in Osterode, und von da aus erkundeten wir das Ermland und Masuren. Ein großes Erlebnis für mich. Ich freue mich jede Woche über die Ostpreußische Familie und darüber, wie viele Menschen wieder zusammengeführt wurden!“ Danke, lieber Herr Mees, für dieses „Osterei“!





Ruth Geede

Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Nun ist er wieder da – der Adebar

Mythen und Bräuche um den Lieblingsvogel Ostpreußens

Pünktlich zum Osterfest dürfte er auch in diesem Jahr eingetroffen sein, unser Adebar, ohne den Ostpreußen undenkbar war und noch heute ist. Auch wenn noch Schnee liegt, er bezieht sein altes Nest und begrüßt die Heimat mit lautem Geklapper. Der 25. März – Maria Verkündigung, in manchen Gegenden deshalb auch „Marientag“ genannt – gilt in unserer Heimat als Storchenankunftstag. Die Kinder hatten schulfrei oder der Unterricht bestand aus Märchenvorlesen. So berichtet jedenfalls Frau **Käthe Markus** geborene **Legatis** aus Bad Salzuflen, die als Kulturreferentin viele Vorträge über unseren Lieblingsvogel gehalten hat und eine bunte Mappe mit viel Wissenswertem über den Adebar zusammenstellte, die sie mir auf einem Kulturseminar überreichte. Und die mir nun viel Stoff für einen Extrabericht zum Frühlingsanfang über den Weißstorch liefert, der – ähnlich wie der Elch – zu einem Symbol unserer Heimat wurde.

Vor unserem inneren Auge sehen wir alle die verschiedenen Nistplätze unserer Störche, denen man auch gerne mit ausgedienten Wagenrädern half, die man auf Haus oder Scheunendächern befestigte. Bevorzugt wurden auch Türme, Schornsteine und Telegrafenmaste, selten Bäume. Allgemein herrschte der Glaube, dass sich ein Storch nur dort niederlässt, wo Frieden herrscht, darum würde er gern auch auf Kirchtürmen oder Kirchendächern nisten. Ein Beispiel ist noch heute die Kirchenruine von Rauterskirch in der Elchniederung, die von den Störchen gänzlich in Beschlag genommen wird. Auf jeden Fall müssen es feuchte Gegenden sein, und Ostpreußen erwies sich da von Urzeiten an mit seinen Seen und Sumpfgebieten als ideales Storchenparadies. Im Volksmund wird der Schreitvogel „Adebar“ genannt. Das Wort kommt aus dem Niederdeutschen und bedeutet eigentlich „Sumpfgänger“, wurde dann aber umgedeutet in „Glücksbringer“ nach den altsächsischen Worten „öd“ = gut, und „beran“ = bringen.

Und natürlich gilt er als „Kinderbringer“, und wenn die Kleinen den ersten Storch sahen, riefen sie den alten Spruch: „Storch, Storch, Guter, bring mir einen Bruder“ und „Storch, Storch, Bester, bring mir eine Schwester!“ Was sich dann auch zumeist erfüllte. Ostpreußische Familien brauchten sich über mangelnden Nachwuchs nicht zu beklagen. Ein Gedicht bestätigte das: „Das ist wahr, das ist wahr, die Kinder bringt der Adebar. Wenn dies nicht wär', wenn dies nicht wär', wo kämen dann die Kinder her?“ Ja, er wurde viel bedichtet und besungen. „De Oadeboar, de Oadeboar, de hätt e lange Näs'“ ist ebenso bekannt wie „Oadeboar möt Noame, wenn du warscht wedder koame ...“ Keine heimische Vogelart hatte so viel Bedeutung im täglichen Leben wie der Storch – in Liedern, Sagen, Gedichten, Sprichwörtern und Brauchtum wie unser Adebar.



Höher geht immer für das Storchenpaar

Bild: privat

Und er kam wieder in jedem Jahr, denn die Treue zum Nest ist bei dem Weißstorch größer als zum Brutpartner. Das merkt man an den Nestern, die manchmal eine unwahrscheinliche Höhe annehmen können. Ein ortstreues Storchenpaar baut jedes Mal ein neues Nest auf dem alten Dach. Auch mitten in den dicht bewohnten Orten brütet Meister Adebar, sogar in Städten. Eine lange Tradition als Storchenstadt hatte Wormditt: Seit Mitte des 18. Jahrhunderts nisteten Störche auf dem Rathausdach. In den damals noch ruhigen Straßen gingen die Vögel würdevoll spazieren. So hieß es denn auch, wenn der Adebar Ende März heimkehrte: „Unser Ratsherr ist wieder da.“

Zu den bekanntesten Störchen Ostpreußens gehörte das Storchenpaar, das in Insterburg auf dem Dach der Frauenklinik nistete und meistens vier Junge aufzog. Symbolbezogener geht es nicht! Allerlei Aberglauben rankte sich um die Ankunft der Störche. Sah man den ersten Meister Langbein im Flug, dann würde man fleißig und emsig sein oder eine Reise unternehmen. Erlebte man ihn zuerst auf einem Bein stehend, bedeutete das ein faules Jahr, und man blieb tohuus. Hatte der Storch, den man zuerst sah, ein grieses Gefieder und sah reichlich zerpliesert aus, stand ein nasses Jahr bevor – bei sauberem Federkleid aber ein gutes, erfolgreiches Jahr! Im Memelland glaubte man noch an eine ganz besondere Voraussage: Sah man den ersten Storch auf Futtersuche, würde man selber etwas sehr Schönes finden!

So hatte der Weißstorch in Ostpreußen vielerlei Bedeutung, mehr als andere Vogelarten. Kein Wunder, dass er in Masuren ein beliebtes Motiv für die gewebten oder geknüpften „Lebensteppiche“ war.

R.G.



ZUM 102. GEBURTSTAG

Waldhof, Luise, geb. **Stankewitz**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Nickel, Hildegard, geb. **Kessler**, aus Lyck, Danziger Straße 46, am 5. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Pidun, Wilhelm, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 6. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Nolte, Annemarie, geb. **Schrubba**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. April

Woelke, Helene, geb. **Wolff**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, und aus Lyck, am 1. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Beinert, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. April

Symanski, Lydia, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maaß**, aus Lyck, am 2. April

Boehm, Paul, aus Podangen, Kreis Preußisch Holland, am 6. April

Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März

Bielert, Else, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. April

Karkossa, Anna, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 7. April

Kowalzik, Willi, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Meyer, Hildegard, geb. **Eckstein**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brzoska, Walter, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 4. April

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April

Joswig, Hedwig, geb. **Zapka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 2. April

Komaschewski, Hildegard, geb. **Juckschat**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 101, am 4. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Apfelbaum, Hedwig, geb. **Pillath**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Bauermeister, Irmtraut, geb. **Norkeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 3. April

Lange, Werner, aus Lyck, Bismarckstraße 53, am 1. April

Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April

Reimer, Gerhard, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 3. April

Schroeder, Frieda, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 2. April

Timm, Adolf, aus Medenau, Kreis Samland, am 6. April

Zimmek, Lieselotte, geb. Lehnert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Domnick, Charlotte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 4. April

Dyck, Hella, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 4. April

Fischer, Gertrud, geb. **Weiß**, aus Seefeld, Kreis Lötzen, am 1. April

Götze, Elfriede, geb. **Milewski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 5. April

Hess, Marta, geb. **Goetzke**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. April

Hoffmann, Heinrich, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. April

Janiak, Gisela, geb. **Knapp**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 4. April

Janz, Kurt, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 5. April

Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April

Klöhn, Margarete, geb. **Szielenkewitz**, aus Willkassen Kreis Treuburg, am 6. April

Rauch, Gertrud, geb. **Snoppek**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 5. April

Richter, Ursula, geb. **Brandstäter**, aus Ebenrode, am 2. April

Wolff, Wolfram, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 3. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. April

Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April

Klar, Elli, geb. **Weiß**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. April

Lasars, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 22, am 1. April

Martsch, Willi, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. April

Poddig, Karl, aus Himmelforth, Kreis Mohrungen, am 1. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berger, Siegfried, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 7. April

Blask, Erich, aus Gehlenburg, Am Markt 2, Kreis Johannisburg, am 7. April

Bücher, Herbert, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. April

Chitralla, Erwin, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. April

Diester, Rotraut, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 5. April

Eckhardt, Gertrud, geb. **Adam**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 6. April

Falk, Irma, geb **Sampazewski**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 5. April

Fischer, Irmgard, geb. **Geschinski**, am 21. März

Hammer, Hildegard, geb. **Prengel**, aus Allenstein, am 7. April

Hempel, Heino, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. April

Hindersin, Horst, aus Treuburg, Bahnhofstraße 12, am 4. April

Hungor, Gertrud, geb. **Ciesla**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 3. April

Jährling, Gerhard, aus Parwen, Kreis Elchniederung, am 5. April

Janowski, Helmut, aus Eichhöhe, Kreis Sensburg, am 4. April

Jones, Margot-Renate, aus Königsberg, Waisenhausplatz 8d (Sackheim), am 24. März

Juse, Charlotte, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Nissen, Irmgard, geb. **Klingenberg**, aus Godnicken, Kreis Samland, am 2. April

Pfohl, Elise, geb. **Gezeck**, aus Ortelsburg, am 5. April

Schenk, Waltraut, geb. **Szielasko**, aus Masuren Kreis Treuburg, am 5. April

Schmidt, Magdalene, geb. **Poetsch**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 5. April

Skeide, Käthe, geb. **Roth**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Stroh, Christel, geb. **Schulz**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 4. April

Wallat, Erwin, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 3. April

Wischnewski, Gerhard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 4. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baier, Traute, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. April

Bakalorz, Hanna, geb. **Tomzyk**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. April

Bednarz, Siegfried, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Bleck, Lotte, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 1. April

Borsikow, Hilde, geb. **Mucha**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 1. April

Brüggemann, Toni, geb. **Rohmann**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 5. April

Fichter, Lieselotte, geb. **Willig**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. April

Fuhrhop, Irmgard, geb. **Hankel**, aus Linkau, Kreis Samland, am 2. April

Gayk, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Jera, Manfred, aus Treuburg, Bahnhofstraße 24, am 5. April

Kruska, Herbert, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Krzysanowski, Günter, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 3. April

Lumma, Hedwig, geb. **Grönig**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 3. April

Piasetzki, Helmut, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Ralfs, Christa, geb. **Sczibalski**, aus Treuburg, am 2. April

Ribinski, Erika, geb. **Bendzko**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 7. April

Richert, Elfriede, geb. **Wagner**, aus Lyck, Forstamt/Insel, am 3. April

Riechert, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. April

Rünger, Ilse, geb. **Mostolta**, aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck, am 2. April

Schuhmacher, Christel, geb. **Smolka**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 3. April

Steinke, Gerda, geb. **Krause**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. April

Suhr, Ursula, geb. **Arndt**, aus groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 1. April

Trochim, Gerd-Ulrich, aus Treuburg, Grenzstraße, am 1. April

Winkler, Erna, geb. **Fligge**, aus Pojerstieten, Kreis Samland, am 6. April

Winter, Kriemhilde, aus Caspershöfen, Kreis Samland, am 1. April

Wittkowski, Siegfried, aus Neidenburg, am 6. April

Waschull, Siegfried, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 5. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Berßelis, Lothar, aus Sandkirchen, Kreis Tilsit/Ragnit, am 4. April

Brix, Hartmut, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 5. April

Eichhorst, Wolfgang, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 4. April

Enzmann, Heidrun, geb. **Motekat**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 5. April

Gollub, Hans-Jürgen, aus Sattikken, Kreis Treuburg, am 6. April

Heise, Ilse, geb. **Biella**, aus Ortelsburg, am 1. April

Hocke, Inge, geb. **Goetzke**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 6. April

Jöhnk, Gisela, geb. **Gajewski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 1. April

Kuchenbeck, Werner, aus Arissau, Kreis Samland, am 7. April

Lambrecht, Renate, geb. **Kalkstein**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 5. April

Mattutat, Klaus, aus Treuburg, Grenzstraße 1, am 3. April

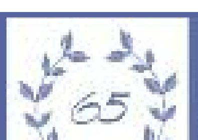
Pulwitt, Willi Gerhard, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 1. April

Schwarz, Klaus, aus Königsberg/Lauth, am 4. April

Sellke, Manfred, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

Spilgies, Günter, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 4. April

Stöbke, Rudi, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 6. April



Matern, Rudolf, aus Königsberg und Labiau, und Ehefrau Elsa, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 19. März



Nowotny, Adie, und Ehefrau Inge, geb. **Kreowski**, aus Mosens, Kreis Mohrungen, am 6. April

„Der Ruf der Zarin – mit Deutschen aus Russland auf Spurensuche“ – Aus Anlass des 250. Jahrestages der Veröffentlichung des Einladungsmanifestes der Zarin Katharina II. vom 22. Juli 1763 hat das Hessische Sozialministerium in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Vertriebene in Hessen“ den Film in Auftrag gegeben, der nun vorliegt. Für die Ausstrahlung im hr-Fernsehen setzt sich die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, beim Intendanten des hr ein. *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2013

15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 30. März, 12 Uhr, MDR: Ostern in Ostpreußen.
Sonnabend, 30. März, 13.30 Uhr, RBB: Ostern in Ostpreußen.
Sonnabend, 30. März, 16 Uhr, 3sat: Bühne frei für Marika. Musiklustspiel von 1958 mit Marika Rökk.
Sonnabend, 30. März, 18.35 Uhr, ZDF: Getäuschte Väter. Leben mit Kuckuckskindern.
Sonnabend, 30. März, 20.15 Uhr, Arte: Kathedralen – Wunderwerke der Gotik.
Sonnabend, 30. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Friedrich – Ein deutscher König. TV-Dokudrama von 2012 mit Katharina Thalbach.
Sonnabend, 30. März, 23.30 Uhr, MDR: Die Himmel rühmen. Heino singt Lieder des Glaubens.
Sonntag, 31. März, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 31. März, 16.55 Uhr, WDR: Burgenland Polen.
Sonntag, 31. März, 16.55 Uhr, ZDF Kultur: Majestät brauchen Sonne – Wilhelm II. Doku von 2000 über den letzten deutschen Kaiser Wilhelm II. (1859–1941).
Sonntag, 31. März, 18.40 Uhr, RBB: Von Hasen und Lämmern. Symbole des Osterfestes.
Sonntag, 31. März, 20.15 Uhr, RBB: Romantische Schlösser. Die schönsten Herrscher-Residenzen in Berlin und Brandenburg.
Sonntag, 31. März, 23.25 Uhr, ZDF: Einfach genial. Die tollsten Erfindungen der Welt.
Montag, 1. April, 17 Uhr, RBB: Deutschlands wilde Wölfe – Wie sie wirklich sind. Reportage von 2012.
Montag, 1. April, 18.05 Uhr, MDR: Feuerwalzen – Die Macht der Waldbrände.
Montag, 1. April, 19.30 Uhr, ZDF: Jesus und die verschwundenen Frauen.
Montag, 1. April, 20.15 Uhr, Arte: Molière.
Dienstag, 2. April, 16.15 Uhr, 3sat: Der Fall Troja – Homers letztes Geheimnis. Dokumentation von 2010.
Dienstag, 2. April, 20.15 Uhr, Arte: Google und die Macht des Wissens.
Dienstag, 2. April, 22.15 Uhr, Phoenix: Angriff aus dem Internet. Reportage.
Dienstag, 2. April, 23.10 Uhr, Arte: Von Auschwitz nach Entebbe. Israels Kampf gegen den Terror. Doku von 2010.
Mittwoch, 3. April, 14.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen (1–5/10). Geschichtsdokureihe von 2008.
Mittwoch, 3. April, 23.45 Uhr, ARD: Lizenz zum Töten. Wie Israel seine Feinde liquidiert.
Donnerstag, 4. April, 14.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen (6–10).
Donnerstag, 4. April, 17.30 Uhr, Arte: Paris, 1907. Picasso macht Furore.
Donnerstag, 4. April, 22.30 Uhr, WDR: Menschen hautnah: Sektenkinder. Sekten machen vor Kindern nicht halt. Was kann, was muss der Staat tun?
Freitag, 5. April, 7.15 Uhr, SWR: Die fünf Säulen des Islam. Reportage.
Freitag, 5. April, 17.45 Uhr, 3sat: ZDF-History. Unsere Mütter, unsere Väter – Ein anderes Land. Doku 2013.
Freitag, 5. April, 20.15 Uhr, MDR: Eine musikalische Reise durch das Elsass. Auf Goethes Spuren. Musikalisch begleitet unter anderem von Mireille Mathieu.
Freitag, 5. April, 20.15 Uhr, 3sat: Die Jagd nach Land. Das globale Geschäft mit fruchtbarem Boden.
Freitag, 5. April, 21.15 Uhr, NDR: Licht aus! Wenn Energie Luxus wird.
Freitag, 5. April, 22.35 Uhr, 3sat: Der englische Patient. Oscargekröntes Melodram von 1996.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 19. bis Sonntag, 21. April: **BJO-Frühjahrsseminar in Münster:** „Widerstand in Ostpreußen – Adel und Kirche“ mit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D., Dr. Antje Vollmer. Weitere Informationen sind unter www.junge-ostpreussen.de zu finden. Auskünfte und Anmeldung bei Rüdiger Danowski unter danowski@gmx.net oder Telefon (0179)9082151. – Freitag, 26. April, 18 Uhr, Propsteikirche, Bochum: Der BJO-Regionalverband West nimmt am traditionellen **Bochumer Maiabendfest** teil. Beginn des Gottesdienstes um 19 Uhr, anschließend Umzug zum Zapfenstreich – Sonnabend, 27. April: Teilnahme des BJO am **Mai-Umzug**, Beginn: 13.30 Uhr, Bochum-Harpen. Weitere Auskünfte erteilt Michael Kobus, Telefon (0234) 596903, E-Post: Gruppe-Bochum@Ostpreussen-NRW.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Preußische Tafelrunde Pforzheim – Die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost- / Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV laden zur 133. Preußischen Tafelrunde am 10. April, 19 Uhr ins Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36, ein. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Professor Dr. Dr. Gilbert Gornig zum Thema „Das Memelland – Eine Reise durch die Geschichte des Gebietes von 1226 bis heute mit rechtlicher Würdigung“. Professor Gornig ist Dekan der juristischen Fakultät der Universität Marburg und eine der anerkanntesten Persönlichkeiten des gegenwärtigen europäischen öffentlichen Rechts und ein Vollblutwissenschaftler. Gegenstand des Vortrags ist die bewegte Geschichte des Memellandes nach dem Friedensvertrag von Versailles bis heute, wobei jeweils eine völkerrechtliche Würdigung der verschiedenen Ereig-

nisse erfolgt. Erst mit dem Wirksamwerden des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 wurde das Gebiet endgültig aus der territorialen Souveränität des fortbestehenden deutschen Staates entlassen. Im Jahr 2012 hat die Stadt Memel [Klaipeda] ihr 760. Stadtjubiläum festlich begangen. Festrednerin war die litauische Staatspräsidentin Dalia Grybauskaite. Für das Abendessen sind 16 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, Konto 133221, BLZ 642 510 60, Kreissparkasse Freudenstadt. Anmeldungen bis zum 5. April an: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder unter E-Mail: uta.luettich@web.de.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 3. April, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Heimatnachmittag der Gruppe. Ostpreußische Osterbräuche erinnern an die Heimat. „Schmackoster“ stellt die Kreisvorsitzende Ursula Gehm vor und regt Erzählungen und Erlebnisse der Mitglieder an.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Orangerie: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.** Anschließend gemütliches Beisammensein mit Bildern vom Heimatfestumzug im Sommer 2012.

Bamberg – Mittwoch, 17. April, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Thema des Treffens „Der Königsberger Dom“.

Erlangen – Donnerstag, 11. April, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Tilsiter Käse-Essen mit anschließenden Vertellchens und Gedichten. Gäste sind herzlich willkommen.

Hof – Bericht von der monatlichen Zusammenkunft – Eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen konnte der 1. Vorsitzende Christian Joachim willkommen heißen. Er gab Mitteilungen aus der Gruppe bekannt, besonders zu erwähnen ist das Grützwurst-Essen. Nach alter Rezeptur war dem Rehauer Metzger mit den Grützwürsten ein leckeres heimatliches Essen gelungen. Als Prominenten des Nachmittags stellte Kulturreferent Bernd Hüttner den bekannten deutschen Tierfilmer Heinz Sielmann vor. Geboren am 2. Juni 1917 in Rheydt, gestorben am 6. Oktober 2006 in München, verbrachte er seine Kindheit und Jugendjahre in Ostpreußen. Seine ersten Beobachtungen mit dem Feldstecher seines Vaters galten der Vogelwelt. Sein erster Tierfilm „Vögel über Haff und Wiesen“ (noch als Stummfilm) brachte ihm große Anerkennung in der Fachwelt und beim Publikum ein. Mit seinen einmaligen Tieraufnahmen erreichte er als Biologe und Verhaltensforscher, Filmer und Autor Berühmtheit und viele Auszeichnungen. – „Ostpreußen – was ist das?“. So begann Christian Joachim seinen Vortrag. „Liebe Landsleute, liebe Gäste, Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen, ist das Gebiet zwischen Weichsel im Westen, der Memel im Osten, der Ostsee mit dem Kurischen und dem Frischen Haff sowie der Samlandküste im Norden und der Rominter Heide im Süden. Von der Christianisierung und Besiedelung durch den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert bis zur Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung infolge des Zweiten Weltkrieges fast ausschließlich von Deutschen besiedelt, war Ostpreußen seit 1701 Teil des Königreiches Preußen und ab 1871 Provinz des neu gegründeten Deutschen Reiches. Das Jahr 1945 bedeutete eine grundlegende Zäsur, erhielt weitestgehend eine neue Bevölkerung und ist heute dreigeteilt: Das litauische Memelland und das südliche Ostpreußen, heute Teil des polnischen Staatsgebietes, gehören zwischenzeitlich der Europäischen Union an. Das dazwischenliegende Königsberger Gebiet ist dagegen eine russische Exklave im Gebiet der EU, deren Außengrenze damit mitten durch das historische Ostpreußen verläuft.“ Nun entführte der Vortragende seine Hörer mit einem Ausflug in die Geschichte der Kultur zu herausragenden Persönlichkeiten. Denn vom Boden Ostpreußens gingen zahlreiche geistige Impulse hinaus in die Welt, die die Natur- und Geisteswissenschaften, die Literatur und die bildende Kunst tief beeinflusst haben. Um nur einige zu nennen, deren Wirken bahnbrechend für alle Zukunft war: Nicolaus Copernicus, Johann Gottfried Herder, Agnes Miegel. Lovis Corinth, Walter Kollo. Diese schöpferischen Kräfte sind das Geschenk Ostpreußens an Europa und die Welt. Ostpreußen ist für Naturliebhaber ein Paradies: Storch und Elch sind zu Symbolen geworden. Mehr als sechs Jahrzehnte nach Flucht und Vertreibung darf die Geschichte das kulturelle und geistige Erbe Ostpreußens nie in Vergessenheit geraten. Ost- und Westpreußen sind weiterhin in einem Europa des 21. Jahrhunderts prädestiniert, als Brücke zwischen den Deutschen, Russen, Polen und Litauern zu dienen. So schloss Christian Joachim einen hochinteressanten, lebendigen Vortrag, dem die Anwesenden mit langem Beifall dankten. Christian Joachim dankte, für alle Beiträge und bat zum regen Besuch mit Gästen zur nächsten Zusammenkunft am Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Restaurant Altdeutsche Bierstube, Hof am Kuhbogen. Thema: Alte Bräuche, Frühling/Ostern.

München – Freitag, 12. April, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 13. April, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Diavortrag von Elmar Schmid „Masuren – Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen“.

Starnberg – Donnerstag, 11. April, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Die Gruppe trifft sich zur Veranstaltung „Wir plaudern“.

Weiden – Sonntag, den 7. April, 14.30 Uhr, Café Mitte: Heimatnachmittag.

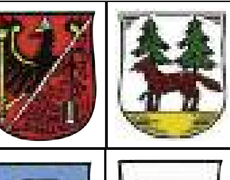


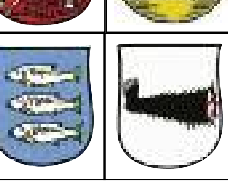
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

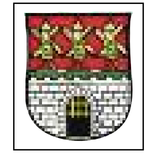


Frauengruppe – Mittwoch, 10. April, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Die Gruppe begrüßt den Frühling mit Gedichten vom Frühling, wie er in Ostpreußen war. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



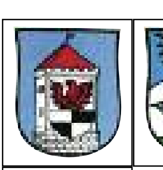


Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 16. April, 13 Uhr, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Pillkallen / Schlossberg – Dienstag, 16. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Frühlingserwachen. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.

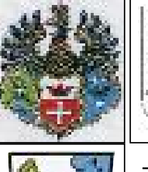
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

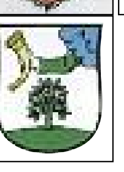




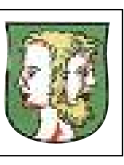


Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 18. April, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Osterbräuche in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





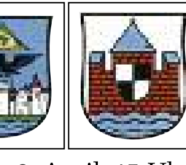
Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 5. April, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



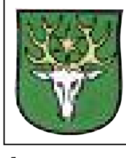
Lyck – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Rastenburg – Sonntag, 14. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Tilsit-Ragnit/ Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



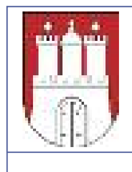
Wehlau – Sonntag, 7. April, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen – Mittwoch, 3. April, ab zirka 15 Uhr, Hotel Zur Post, Bahnhofsplatz: Referat im Rahmen einer Kaffeetafel „Jeder Mensch hat das Recht auf eine Herkunft“.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Bericht – Nach der Begrüßung berichtete der Vorsitzende Gerhard Schröder von Christina Scheuermann, die mit fast 88 Jahren eine schwere Operation überstanden habe und dass sie seit 25 Jahre der Gruppe zu Diensten stand. Schatzmeisterin Gisela Keller konnte nach einem Krankenhausaufenthalt wieder teilnehmen und präsentierte sich als Haremsdame mit dem schönsten Kostüm. Dank ging an Waltraud Barth, die es wieder möglich gemacht hatte, alle Tische festlich zu dekorieren. Eine traurige Nachricht musste Schröder auch verkünden. Am 6. Januar starb Gertrud Quednau im 93. Lebensjahr. Stehend wurde Abschied genommen: „In Achtung und Ehrfurcht gedenken wir ihr.“ Zum 200. Jahrestag erinnerte Schröder an die Konvention von Tauroggen. Sie war ein Wendepunkt in den Napoleonischen Kriegen. Das vor 100 Jahren gebaute Denkmal zu diesem Anlass ist im letzten Krieg zerstört worden und jetzt von den Litauern neu errichtet worden. Das Ermländisch-Masurische Museum in Allenstein hat eine Karte von 1927 restauriert und wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Schröder würdigte auch die Arbeit von Ruth Geede, die mit 97 Jahren immer noch die Rubrik „Die ostpreußische Familie“ im Ostpreußenblatt redigiert und leitet. Sie ist vermutlich die älteste aktive Redakteurin der Welt. Ost- und Westpreußen waren ja gerade nicht Hochburgen von Fasching und Karneval. Dennoch hatten sich zum preußischen Fasteloawend alle Besucher im Kranichsteiner Bürgerhaus am See mit lustigen Hüten geschmückt und viele humorige Beitrage geliefert. Gerhard Turowski machte den Anfang: „Beim Finanzamt sind die Treppen rausgerissen worden, weil die Steuerzahler sowieso immer die Wände hochgehen.“ Schröder und seine Tochter Renate Schax brillierten mit einem Sketch und zwei Einzelvorträgen, ebenso Gisela Keller mit ihrem Vortrag über eine Frau ohne Beruf, Willy Posegga mit einem Resümee über das Alter und Christiane Mertz über Babys. Neben den Geburtstagsgrüßen schilderte Anni Oest routiniert tagesaktuelle Begebenheiten. Dieter Leitner las zwischendurch ostpreußische Anekdoten, so zum Beispiel diese: Durch Gumbinnen fließt die Pissa. Die Stadtväter ersuchten König Friedrich Wilhelm IV., er möge erlauben, dass sie den Namen ändern. Der König schrieb zurück: „Genehmigt! Mein Vorschlag: Urinoko!“ Zwischendurch wurden vergnügliche Lieder wie „Jetzt kommen die lustigen Tage“ oder „Freut euch des Lebens“ gesungen. Ohne Musikbegleitung klangen sie zwar etwas kakophonisch, was aber der Fröhlichkeit keinen Abbruch tat.

Kassel – Donnerstag, 4. April, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag in der Cafeteria Niederzwehren, Wehrturm 3. Achtung Programmänderung: Vortrag von Reiner Borchert über das Thema „Befreiung aus der Unmündigkeit – Von der Person zum Mensch“.

Wiesbaden – Dienstag, 9. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Und wieder will es Frühling werden.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Geschichten und Gedichte mit Gesang zur Frühlingszeit. – Donnerstag, 11. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt bis spätestens 5. April bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, anmelden. ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 11. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Monatstreffen der Gruppe.

Osnabrück – Dienstag, 9. April, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 19. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 11. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. Joachim Berg wird an diesem Nachmittag Filme aus Ostpreußen und Westpreußen zeigen. Der Eintritt ist frei, Gäste herzlich willkommen. – Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter (05751) 5386.

Wilhelmshaven – Das Jahr ist schon ganz schön „alt“ und der Winter kann sich noch nicht trennen. Die Gruppe traf sich zum **Grünkohlessen und zur anschließenden Jahreshauptversammlung.** Es ist eine kleine, aktive Gemeinschaft von 17 aktiven Mitgliedern. Aus gesundheitlichen, altersbedingten Gründen können einige Mitglieder nicht mehr kommen, sie sind in Gedanken aber bei der Gruppe. Im Vorstand gab es einen Wechsel: Dr. Karl-Rupprecht Sattler hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als 1. Vorsitzender zur Verfügung gestellt. Erika Guddusch wurde einstimmig als Nachfolgerin gewählt. Im Vorstand sind: 1. Vorsitzende: Erika Guddusch 2. Vorsitzende: Irmgard Grefrath Schriftführerin. Erika Guddusch, Kasse: Irmgard Grefrath, Leitung der Frauengruppe: Irmgard Grefrath. Auch für dieses Jahr sind schöne Sachen geplant. Die Gruppe wird Museumsbesuche organisieren, in den Botanischen Garten und in das Rosarium gehen und vieles mehr. Im September wird sie das ostpreußische Landesmuseum besuchen. Stammbesetzung der Frauengruppe sind acht Frauen. Da wird dann von Monika Fobbe in heimatlicher Mundart vorgelesen. Und Zeit zum Plachandern ist auch noch, Dr. Karl-Rupprecht Sattler wurde für seine langjährige Arbeit zum Wohle der Landsmannschaft zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Dazu wurde ihm von seiner Nachfolgerin, Erika Guddusch, eine Urkunde überreicht.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 6. April: BdV-Landesversammlung in Düsseldorf. – **13. Studienfahrt in das Deutschordensland Preußen vom 24. Juli bis 13. August** – Was Westpreußen und das jetzt dreigeteilte Ostpreußen an touristischen Höhepunkten zu bieten haben, wurde in das Besichtigungsprogramm einbezogen: Hochmeisterburg an der Nogat, die Ordensburgen an der unteren Weichsel, im Kulmer Land und an der Drewenz, unter anderem die Städte Marienwerder, Graudenz, Kulm, Thorn, Allenstein, Königsberg, Tilsit, Memel, Frauenburg und Danzig, eine „große Wasserfahrt“ (von Lötzen nach Nikolaiken) Staken auf der Kruttinna, die landschaftliche Schönheit des Samlandes und der Kurischen Nehrung (fünf Übernachtungen in Rauschen, zwei in Nidden). Rückfahrt über Hinterpommern mit Lontzkedüne, Stolp, Kolberg, Cammin am Camminer Bodden und Stettin. Die Fahrt mit modernem Fernreisebus beginnt und endet in Olsberg / Hochsauerlandkreis. Preis pro Person 1610 Euro, EZ-Zuschlag: 287 Euro. Im Gesamtpreis inbegriffen: Übernachtungen mit HP, alle Besichtigungen und zweifaches russisches Visum. Informationen, Programm und Anmeldung bei Josef Engel, Buchenweg 3, 59939 Olsberg, Telefon (02962) 5612, Fax (02962) 86162, E-Post: josefkonradengel@t-online.de.

Bielefeld – Donnerstag, 4. April, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 8. April, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 11. April. 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 18. April, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Dienstag, 9. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Tauroggen – Gemeinsam gegen Napoleon – Die Befreiungskriege 1812/13.

Dortmund – Montag, 15. April, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düren – Mittwoch, 10. April, 18 Uhr, HDO, Holzstraße 7A: Die Gruppe trifft sich zum Heimatabend.

Düsseldorf – Donnerstag, 11. April, 19.30 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Professor Dr. Matthias Stickler „Der Bund der Vertriebenen im politischen System der frühen Bundesrepublik Deutschland“. – Donnerstag, 18. April: Fahrt ins Münsterland. Besuch bei Merten & Storck „Kochstar“ in Drensteinfurt. Besichtigung eines traditionsreichen Stanz- und Emaillierwerks. Mittags in Davensberg bei „Clemens August.“

Ennepetal – Donnerstag, 18. April, 18 Uhr, Heimatstube. Monatsversammlung mit Erbsensuppe mit Einlage.

Essen – Freitag, 19. April, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Bärbel Wiesensee aus Niederkrüchten referiert über „Die Heimatkreisgemeinschaft Lyck“.

Witten – Montag, 15. April, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Frühlingsfest – Ostpreußisches Brauchtum.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 6. April, 14 Uhr, Platner Hof: Ostern – Der ostpreußische Wald. – Mittwoch, 17. April, 10 Uhr, Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe. – Freitag, 19. April, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe.

Leipzig – Bericht über die Jahresauftaktveranstaltung – Der Gewandhaussaal im Leipziger „Ratskeller“ war gut gefüllt, als der Vorsitzende Peter Wolf die Mitglieder des Kreisverbandes Leipzig zur Jahresauftaktveranstaltung begrüßte. Nach einer kurzen Information zum Ablauf der Veranstaltung stimmte der Chor mit drei Heimatliedern und einer Rezitation auf den Nachmittag ein, bevor der Vorsitzende seinen Bericht über die Arbeit des Jahres 2013 und Veranstaltungen auf Landesebene vortrug. „Wer die Geschichte abschneiden will, wird verlieren.“ Diese Worte Rita Süßmuths stellte Peter Wolf an den Anfang seiner Ausführungen. „Wir stehen zu unserer Geschichte. Die Geschichte und das Leben der Vertriebenen ist ein Teil Deutschlands und kann nicht abgetrennt werden. Unsere Aufgabe ist es, unser Leben vor der Vertreibung und die schweren Jahre des Neubeginns aufzuzeigen und unsere Kultur zu pflegen und zu erhalten. Dafür setzen wir uns mit unserer ehrenamtlichen Arbeit und mit ganzem Herzen ein.“ Dass die Vertriebenenarbeit in Sachsen von der Regierung gewürdigt und unterstützt wird, zeigt sich im neuen Haushaltsbeschluss des Sächsischen Landtages, in dem auch wieder Fördergelder nach § 96 zur Verfügung gestellt werden. Dafür ist die Gruppe sehr dankbar. Mit der Förderung aus Dresden konnte auch diese Veranstaltung durchgeführt werden. Die Grundlage des Kreisverbandes sind die Eigenmittel aus den Mitglieds-

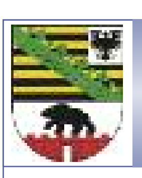
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

beiträgen und gelegentlichen Spenden. Durch Mitgliederschwund und allgemeine Teuerung reichen die bisherigen niedrigen Beiträge kaum noch aus. So wurde vom Landesverband eine Beitragserhöhung angeregt. Peter Wolf informierte die Mitglieder über den Beschluss des Kreisvorstandes, zum 1. Januar 2014 eine Beitragserhöhung vorzunehmen. Die anwesenden Mitglieder bestätigten einstimmig diesen Beschluss. Was wäre ein Kreisverband ohne seine ehrenamtlichen Mitarbeiter? Viele der aktiven Mitglieder setzen sich seit über 20 Jahren für den Verband ein, dazu gehört auch die Schatzmeisterin Edeltraud Ludwig. Ihnen sprach der Vorsitzende herzlichen Dank aus. Eine Stütze des Leipziger Kreisverbandes ist der Chor „Lied der Heimat" unter der

Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet

Leitung von Rosa Wegelin und mit den Musikern Peter Wegelin und Peter Seidel. Seit nunmehr 20 Jahren trägt der Chor dazu bei, das heimatliche Liedgut zu bewahren und hat schon viele Veranstaltungen im In- und Ausland mit Musik und Gesang umrahmt, an mehreren Chöre-Treffen teilgenommen und den Menschen Freude bereitet. Die Feier zum Jubiläum im Oktober soll dann auch entsprechend würdig begangen werden. Erfreulich ist, dass bei der Veranstaltung zwei neue Mitglieder aufgenommen wurden. Dr. Manfred Helmund und Erwin Galisch erhielten vom Vorsitzenden ihr Mitgliedsbuch und einen Blumenstrauß. Zum Schluss seiner Rede gab Peter Wolf den Heimatfreunden noch einen Spruch mit auf den Weg, über den man nachdenken kann: „Was die Ahnen und Urahnen zum Blühen gebracht, müssen die Enkel und Urenkel erhalten." Im Anschluss an eine kurze Pause war die Bühne frei für den Chor. Nach den langen dunklen Wintertagen, die kein Ende nehmen wollen, erfreute der Chor mit Frühlingsliedern und Gedichten. Irmgard Schäfer führte in lockerer und ansprechender Weise durch das Programm. Beim gemeinsamen Singen stimmten wirklich alle mit ein und ein langer herzlicher Beifall war der Dank für eine gelungene Veranstaltung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 8. April, 14 Uhr, Krötenhof: Osterbräuche.

Halle – Freitag, 5. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Dienstag, 2. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 12. April, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 14. April, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Gruppe mit anschließender Vorstandssitzung. Thema: Humor in der Heimat.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht – Nach der Begrüßung der Runde im winterlichen März setzte Ulrich Klemens seine Ausführungen zur Geschichte Preußens fort. Thema war Friedrich II. (1740–1786), der seinen eigenen Führungsstil praktizierte. Er ließ zum Beispiel gleich die Kornkammern öffnen und das Getreide zu für die Bürger erschwinglichen Preisen verkaufen, alle Religionen wurden geduldet, es konnte jeder nach seiner Façon selig werden und auch seine Meinung frei äußern. Durch seine Kriege vergrößerte er Preußen. Es kamen Ober- und Niederschlesien hinzu, dann Ostfriesland und es entstanden die Provinzen Ost- und Westpreußen. Marienwerder wurde als Verwaltungszentrum in Westpreußen eingerichtet und wurde Sitz der Regierung und des Oberlandesgerichts. – Georg Baltrusch erfreute die Teilnehmer mit einer Glosse, nach der man anstelle eines Umzuges in ein Seniorenheim eine Kreuzfahrt auf der „Aida" buchen sollte. Dort habe man allen Komfort und spare schließlich auch noch Geld. Durch Katharina Makarowskis Beitrag aus „Meine Heimat, deine Heimat" von Wolf von Lojewski entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über das Bernsteinzimmer. Wird der Verbleib des Originals ein ewiges Rätsel bleiben?

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 9. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Lichtbildervortrag. Wolfgang Pistol aus Scharbeutz zeigt einen Lichtbildervortrag von seiner Reise in die Südsee. Gäste sind herzlich willkommen!

Flensburg – Dienstag, 9. April, 19.30 Uhr, Restaurant Borgerforeningen, 24937 Flensburg: Preußische Tafelrunde, Anmeldung nur bei Wolfgang Kanstorf, Telefon 64847.

Malente – Freitag, 5. April, ab 18 Uhr, Restaurant Marktplatz, Lindenallee 14: Traditionelles Fleck-, Königsberger-Klops- und Wellwurst-Essen. Die Gruppe möchte nach alter ostpreußischer und schlesischer Art einen gemütlichen Abend gestalten. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Über die Teilnahme von Kurgästen würde die Gruppe sich freuen.

Pinneberg – Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, VfL-Heim, Pfahlstkamp 53: Lichtbildervortrag des Ehepaars Bessert „Kreuzfahrt durch die Masurischen Seen." Anmeldungen bei R. Schmidt unter Telefon (04101) 62667 oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Dittchenbühne:

Donnerstag, 12. April, 19 Uhr: Die Kraft der Farben. Vortrags- und Erlebnisabend. Referentin: Brigitte von Werder-Geiger.

Mittwoch, 10. April, 19 Uhr: Baltische Tafelrunde

Sonnabend, 13. April, 20 Uhr: Stella und Ma Piroschka, Nächtliche Musik. Eine Welt der Träume, Sehnsüchte und Erinnerungen, Eintritt 12 Euro.

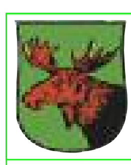
Mittwoch, 17. April, 19 Uhr: Klangschalenworkshop. Leiterin Frau Greffenius, Kostenbeitrag 30 Euro.

Freitag, 19. April, 19 Uhr: Polnischer Abend. Eintritt 10 Euro.

Forum Baltikum-Dittchenbühne e.V., Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero @dittchenbuehne.de.

AUS DEN HEIMATKREISEN

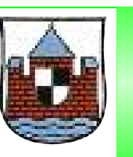
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Neuntägige Busreise in die Elchniederung und nach Masuren 28. Juni bis 6. Juli. Reiseleitung Peter Westphal. 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute. Zwischenübernachtung in Marienburg. 2. Tag: Führung durch die Marienburg, die größte Backstein-Burganlage der Welt, einst der Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens. Anschließend Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang und vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija" beziehen. 3. Tag: Begegnung mit der Heinrichswalder Kirchengemeinde und ein gemeinsamer Gottesdienst. Möglichkeit zum Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums. Fahrt nach Rauterskirch mit Besichtigung der dortigen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt mit Zwischenstopps in Seckenburg und Neukirch, sowie über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. In Tilsit geführter Stadtrundgang. Für alle, die nicht am organisierten Programm teilnehmen möchten, besteht die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem Taxiservice. 4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit. 5. Tag: Weiterreise über den russisch-polnischen Grenzübergang bei Goldap in das südliche Ostpreußen. Geführte Masurenrundfahrt durch das „Land der großen Seen" mit Besuch von Angerburg, Klosterkirche Heilige Linde mit Orgelanspiel, Sensburg und Nikolaiken. Übernachtung in Nikolaiken. 6. Tag: Besuch von Lötzen und anschließend Schiffsfahrt über mehrere Seen, bis nach Nikolaiken. Sie erleben die einzigartige masurische Seenlandschaft unmittelbar vom Schiff aus. Am Abend werden Sie zu einem stimmungsvollen Grillabendessen am Seeufer in Ihrer weitläufigen Hotelanlage erwartet, ein schöner Ausklang für Ihren Sommeraufenthalt in Masuren. Übernachtung in Nikolaiken. 7. Tag: Weiterreise bis nach Allenstein, der Hauptstadt des Ermlandes. Rundgang durch die hübsch restaurierte Altstadt mit der Burg des ermländischen Domkapitels. Am Abend erreichen Sie Danzig und beziehen Ihre Zimmer im Hotel direkt an der Altstadt. Übernachtung in Danzig. 8. Tag: Nach dem Frühstück geführter Rundgang durch die sehr schön restaurierte Danziger Altstadt. Beim Bummel über den langen Markt sehen Sie den Artushof, den einstigen Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute, und den Neptunbrunnen, spazieren am Ufer der Mottlau zum imposanten Krantor und erreichen durch die Frauengasse mit den für Danzig typischen „Beischlägen" vor den Häusern die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen der Welt. Am Nachmittag die Weiterreise nach Westen durch Kaschubien und entlang der pommerschen Ostseeküste zu Ihrer letzten Zwischenübernachtung in Kolberg. 9. Tag: Rückreise nach Deutschland, am polnisch-deutschen Grenzübergang wird eine Mittagspause auf einem polnischen Markt eingelegt. Preis pro Person 895 Euro, Einzelzimmerzuschlag 155 Euro, Visagebühr 75 Euro. Genaue Reisebeschreibung, Anmeldung oder Rückfragen zur Reise bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstr. 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen Grund-Touristik in Lehrte, Telefon (05132) 588940.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Bus-Schiffreise – Die Stadtgemeinschaft Tilsit bietet eine zehntägige Reise vom 5. bis 14. Juni an. Am ersten Tag geht es mit dem Bus von Bochum über Hamburg nach Kiel. Dort Einschiffung in das LISCO-Fährschiff und Überfahrt nach Memel. Am 6. Juni Weiterfahrt mit dem Bus nach Tilsit ins Hotel Kronus. Die nächsten drei Tage sehen eine Stadtrundfahrt, Fahrten durch die Elchniederung und das Kreisgebiet Tilsit-Ragnit sowie Zeit zur freien Verfügung vor. Am 10. Juni geht es nach Königsberg, Cranz und über die Kurische Nehrung nach Nidden ins Hotel Jurate. Am 11. und 12. Juni sind Ausflüge auf der Nehrung und Freizeit vorgesehen. Am 13. Juni Weiterfahrt nach Memel. Nach Stadtführung und Stadtbummel erfolgt am Nachmittag die Einschiffung zur Rükkfahrt nach Kiel. Die Reise endet am 14. Juni mit der Ankunft in Kiel und der Rückfahrt über Hamburg nach Bochum. Reisepreis pro Person 979 Euro. Der Reisepreis beinhaltet zwei Übernachtungen auf der Fähre, vier Übernachtungen in Tilsit und drei Übernachtungen in Nidden, alle mit Halbpension im DZ und sämtliche Ausflüge. Anmeldungen bei A. Manthey, Telefon (02302) 24044.



Ostpreußisches Landesmuseum

Studienreise nach St. Petersburg: Das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, die Stiftung zur Förderung und Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen „Deutsch-Russisches Begegnungszentrum“ in St. Petersburg und das Reisebüro Russland Reisen Romanova laden vom 22. bis 28. August zu einer Studienreise nach St. Petersburg ein. Deutsch-russische Begegnungen, der interkulturelle Austausch und die Geschichte der Deutschen in St. Petersburg stehen hierbei im Vordergrund. Das wohl bekannteste Geschenk in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ist das mythenund geheimnisumwobene Bernsteinzimmer.



Ziel der Reise: Besuch der Eremitage Bild: OL

Fast zwei Jahrhunderte lang befand es sich im Katharinenpalast in Zarskoje Selo bei St. Petersburg. Während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg wurde das Bernsteinzimmer nach Königsberg gebracht, wo es im Laufe des Krieges verloren ging. Über seinen Verbleib gibt es eine kaum noch überschaubare Fülle an Behauptungen und Spekulationen. Auch wenn wir vermutlich das Geheimnis um das Bernsteinzimmer auf unserer Studienreise nicht lüften können, so werden wir doch seine Symbolik entschlüsseln und uns mit seinem Vermächtnis auseinandersetzen. Wir werden selbstverständlich dem Katharinenpalast in Puschkin (früher Zarskoje Selo) mit dem mit deutscher Hilfe 2003 originalgetreu rekonstruierten Bernsteinzimmer einen Besuch abstatten.

In St. Petersburg wird insbesondere das Deutsch-Russische Begegnungszentrum in der St. Petri Kirche Ausgangspunkt für das Knüpfen neuer Kontakte und für spannende Einblicke in die russisch-deutsche Geschichte sein. In fachkundigen Führungen durch die Stadt und ihre Umgebung werden wir die Geschichte St. Petersburgs kennenlernen, in der Deutsche über lange Zeit eine besondere Rolle gespielt haben. Sie kamen als Adlige an den Zarenhof, wirkten als Kaufleute und Handwerker in der Stadt oder wurden als Kolonisten auf dem Lande angesiedelt. Die deutschen Einflüsse, die oft nicht auf den ersten Blick zu entdecken sind, werden sichtbar gemacht. Wussten Sie, dass der Grundstein der Sammlung der Eremitage 225 Gemälde waren, die Katharina die Große bei einem Berliner Kaufmann 1764 erwarb? Auch die dunklen Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen mit der Blockade Leningrads während des Zweiten Weltkriegs werden wir ausführlich thematisieren. Freuen Sie sich auf spannende Besichtigungen, informative Vorträge, anregende Diskussionen und auf einzigartige kulturelle Veranstaltungen! *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: presse@ol-lg.de, www.ol-lg.de.

Der Bernstein und die Sudauer

Landstreifen entlang der Küste war Sperrgebiet – Friedrich Wilhelm III. löste Monopol auf

Das Samland, der Landvorsprung zwischen dem Frischen und dem Kurischen Haff, ist bekanntlich das Kerngebiet des Bernsteinlands entlang der preußisch-baltischen Ostseeküste. Durch einen Bericht des Königsberger Pfarrers und Reformators Johannes Poliander (1486–1541) ist Näheres über die Bernsteingewinnung der prußischen Sudauer oder Jadwinger im nordwestlichen Samland bekannt. Es waren die Nachkommen derjenigen Sudauer, die 1283 von den Rittern des Deutschen Ordens mit Gewalt aus ihrem ursprünglichen Stammesgebiet in die damals wüste Gegend an der samländischen Küste gebracht worden waren. In einem 52 Jahre andauernden Kampf gegen die aufständischen Prußen hatten die Ritter des Deutschen Ordens zuletzt die Sudauer besiegt, deren Wohngebiet sich einst von den Wäldern im Osten Masurens bis nach Weißrussland erstreckte. Die in das Samland umgesiedelte sudauische Restbevölkerung wurde zur Bernsteingewinnung verpflichtet, da das Bernsteinregal des Ordensstaates auf dem Frondienst der Bernsteinförderung durch die Küstenbewohner beruhte. Mit dem Bernsteinregal erklärte sich der Staat zum alleinigen Eigentümer des wertvollen Naturmaterials und verfügte über das Handelsmonopol. Die Menge des geförderten Bernsteins schwankte stark. Im Durchschnitt waren es 20 bis 30 Tonnen jährlich, in manchen Jahren jedoch wesentlich mehr, da nach einem schweren Sturm innerhalb weniger Tage bis 1000 Kilogramm und mehr davon aufgesammelt wurden. Einzelne Untertanen des Ordensoberhauptes wie der Bischof von Samland waren Pächter der Bernsteinförderung auf kleinen Strandabschnitten. Das Ankaufmonopol behielt jedoch der Orden, dessen Geschäftsführer, die sogenannten Bernsteinherren, an mehreren Orten die Annahmestellen kontrollierten. In Königsberg betrieb ein Großschäffer den Verkauf des Bernsteins. Sämtliche Bernsteinfunde waren abzuliefern. Strandvögte wachten darüber, dass die Männer, Frauen und Kinder, die den Strand und das Ufer regelmäßig nach dem „Gold der Ostsee“ absuchten, nichts beiseite schafften. Bei Unterschlagung drohte die Todesstrafe. Weithin sichtbar standen auf den hohen „Sandbergen“ die Galgen für die Bernsteindiebe. Zur Verhinderung des Diebstahls hatten die Ordensherren außerdem erwirkt, dass der Bernstein außerhalb des Landes verarbeitet wurde. Sehr gefragt waren in ganz Europa Rosenkränze, aber auch Brillengläser aus Bernstein. Weit entfernt von den Förderungsstätten wurden nach 1300 in Brügge und Lübeck die ersten Bernsteindreherzünfte gegründet, in denen die sogenannten Paternostermacher registriert waren. Ebensolche Zünfte entstanden später auch in Kolberg, Danzig, Stolp und Elbing. Erst der Große Kurfürst erlaubte auch in Königsberg die Errichtung einer Zunft der Bernsteindreher oder -drechsler.



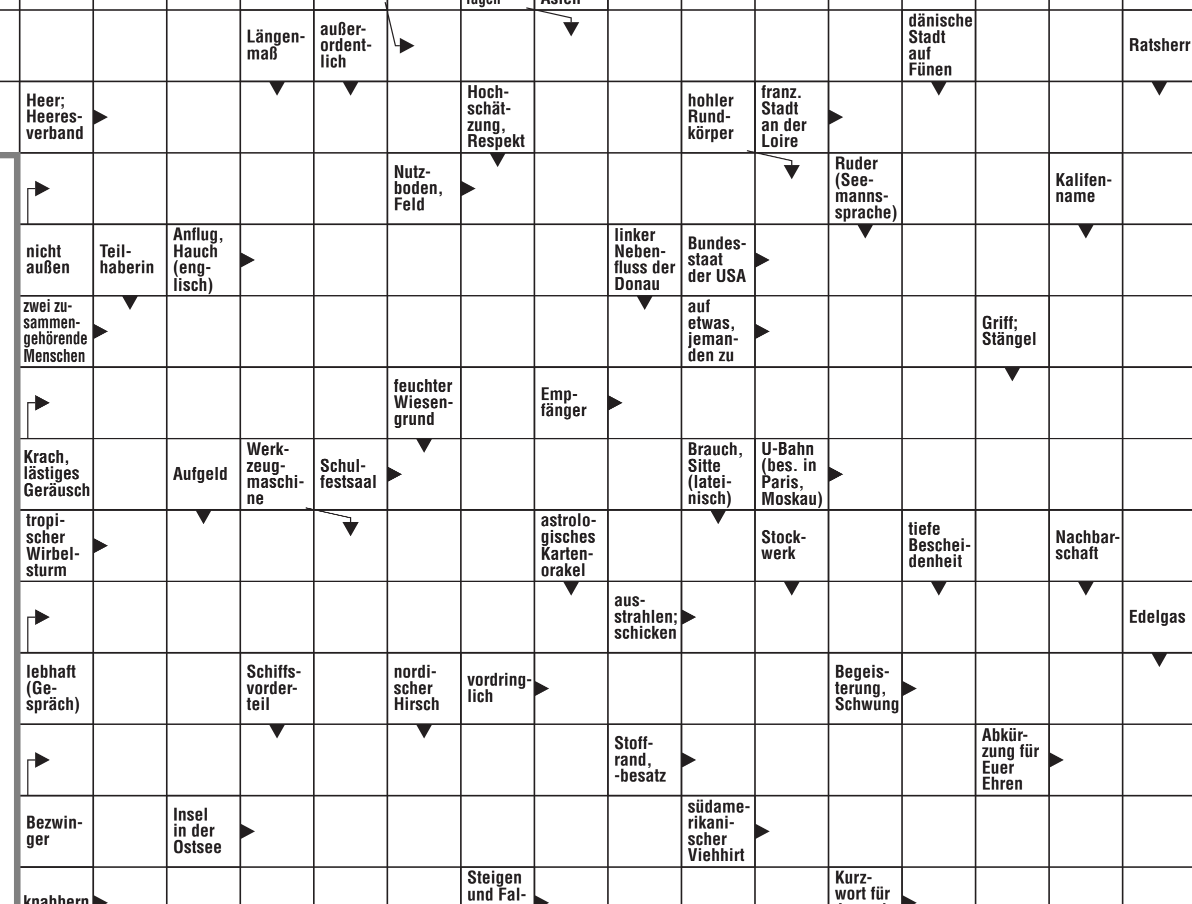
Richtigen Moment abgewartet: Bernsteinfischer in Palmnicken Bild: Archiv

Pfarrer Poliander gab sein Wissen weiter

Pfarrer Poliander vermerkte 1535, dass die Sudauer seinerzeit noch in einer kulturellen und sprachlichen Enklave im sogenannten Sudauischen Winkel lebten (lateinisch Sudavia). Auf einem sechs bis sieben Meilen langen Landstreifen bewohnten sie 30 Dörfer, darunter Palmnicken, wo der Bernstein seit Ende des 19. Jahrhundert im Tagebau und von 1907 bis 1924 auch im Untertagebau geschürft wurde. Als eifrigen Sammler von Einschlüssen interessierte Poliander neben der wirtschaftlichen Seite auch die Methode der von den Sudauern ausgeübten Bernsteingewinnung. Immer wenn der Westwind abgeflaut war, fischten die Männer mit großen, langstieligen Keschern in der Dünung nach Bernstein. In Decken gehüllt standen sie nackt am Ufer und warteten den Moment ab, wenn sich die Wellen zurückzogen. Dann warfen sie die Decken ab und liefen ins Wasser, um mit den Keschern möglichst viel Tang vom Meeresgrund abzuschürfen und ans Ufer zu schleppen. In dem Gemenge aus Tang und Holzstükken verfing sich der Bernstein.

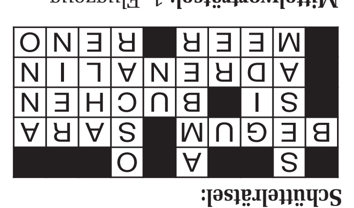
Zwischendurch wärmten sich die Männer in ihren Decken an einem Feuer. Bis ins 20. Jahrhundert hinein ist diese Methode des Bernsteinschürfens von den samländischen Fischern ausgeübt worden, die dabei in ihrem Ölzeug bis zur Hüfte im Wasser standen. Nicht viel anders wird es auch heute noch gemacht. Bei Windstille wurde der Bernstein in alter Zeit auch mit langen Gabeln aus dem Meer geholt und man brachte ihn vom Boot aus mit Stangen zum Aufschwimmen. Sämtliche Mitglieder der Fischerfamilien waren mit der Beschaffung des Bernsteins beschäftigt, da auch in den Seebergen und weiter landeinwärts danach gegraben wurde.

Während die Sudauer zur Ordenszeit für ihren Aufwand teils mit Geld, teils mit Salz entschädigt wurden, waren sie nach der Umwandlung des Ordens in ein weltliches Herzogtum seit 1525 wesentlich schlechter gestellt. Der Generalpächter des Bernsteinregals, eine Danziger Kaufmannsfamilie, sparte Kosten bei der Förderung, indem die Sudauer bei Ablieferung ihrer Ausbeute nur Salz erhielten, wobei der Bernstein mit Salz aufgewogen wurde. Salz war ebenfalls hoheitliches Regal. Poliander berichtet, dass der Bernstein je nach der Güte zwischen 30 und 100 Rheinische Goldmark pro Tonne einbrachte. Da die Sudauer so kümmerlich entschädigt wurden, war das Misstrauen wegen möglicher Unterschlagung von Bernstein wohl besonders groß. Infolgedessen wurden ihre Wohngegenden zum Sperrgebiet erklärt. Auch unter dem preußischen Staat als Monopolisten des Bernsteins änderte sich daran nichts; Besuchern war das Betreten des samländischen Strandes verboten, wovon seit Anfang des 19. Jahrhundert nur eine kleine Strecke bei dem Badeort Cranz ausgenommen war. Dieser Zustand sorgte bei Einheimischen und Fremden zunehmend für Verärgerung. 1837 trat König Friedrich Wilhelm III. den Ortschaften des Samlands die gesamte Bernsteinnutzung von Danzig bis Memel gegen die Summe von 30 000 Mark ab. *D. Jestrzemski*



Mittelworträtsel: 1. Flugzeug, 2. Kapitaen, 3. Muenster, 4. Kuenstler, 5. Geraeusch, 6. Buendnis, 7. Programm – Ginseng

Magisch: 1. Cézanne, 2. Makrele, 3. Enklave



Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

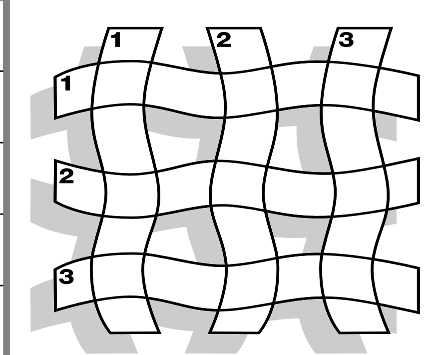
AEMSS		DEGI	ABEMR		ACORS		AEHL	EINR	ANNO
					AARS				
BEGMU			BCEH NU						
AADEI LNNR									
EEMR					ENOR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine ostasiatische Pflanze.

1	SEGEL		TRAEGER
2	DAMPFER		LEUTNANT
3	NEU		LAND
4	ZAUBER		PECH
5	NEBEN		VOLL
6	ZWECK		TREUE
7	RUNDFUNK		HEFT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 französischer Maler (Paul)
2 Raub-, Speisefisch
3 Fremdgebiet in Staaten

Befreiung von Napoleon

Haus Schlesien beleuchtet Rezeptionen der historischen Ereignisse

Der Beginn der Befreiungskriege jährt sich dieser Tage zum 200. Mal. Im März 1813 bildeten die Kriegserklärung Preußens an Frankreich und der Aufruf Friedrich Wilhelms III. „An mein Volk“ den Anfang der Volkserhebung gegen die Fremdherrschaft Napoleons. Dem historischen Ereignis gingen die Konvention von Tauroggen und der Bündnisschluss mit dem russischen Zaren voraus.

Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott zeigt unter dem Titel „Revolution, Reform oder Restauration. Die Befreiungskriege und ihre Rolle in der deutschen Geschichtsschreibung“ eine Sonderausstellung, die das ernste und kontroverse Thema der politischen und militärischen Auseinandersetzungen facettenhaft beleuchtet.


Musizierte in Gardeuniform: Tambourcorps Thomasberg

Bild: D.G.

Die zahlreichen Exponate sowie die ausführlichen Text- und Bildtafeln dokumentieren zum einen die Zusammenhänge, die zu den Ereignissen der Jahre 1813 bis 1815 geführt haben, zum anderen heben sie Aspekte der Erinnerung und der Rezeption in den vergangenen 200 Jahren hervor. Berücksichtigt werden dabei sowohl Sieges- und Gedenkjubiläen – darunter die Jahrhundertfeier in Breslau – wie auch die Behandlung des Themas in der Literatur und Kunst.

Für die Gäste der Vernissage im Eichendorffsaal von Haus Schlesien gab es musikalische Darbietungen des Tambourcorps Thomasberg sowie den Auftritt von zwei Vertretern der „lebendigen Geschichtsdarstellung“. Die Musiker trugen ihre Gardeuniform, die den Uniformen des preußischen Regiments von Vittringhoff Frankenstein nachempfunden ist.

In historischen Kostümen und entsprechender Ausrüstung boten Klaus D. Hinner – als schlesischer Landwehrmann – und Ingrid Leonhard – als schlesischer freiwilliger Jäger – Einblicke in das Soldatenleben von Anno dazumal.

Die Ausstellungskuratorin Silke Findeisen stellte anhand eines Bild-Vortrages die Höhepunkte der Präsentation vor und verwies auf einige herausragende Exponate.

Auch wenn die Befreiungskriege als Schlüsselereignis für die deutsche Nationalgeschichte gelten, war und sind sie Gegenstand heftiger Debatten. Geschichtswissenschaftler streiten auch heute noch über die Frage, ob – wie Heinrich Clauren schrieb – „der König rief und alle, alle kamen“ oder kam der König erst, als alle riefen? Ein Schwerpunkt der Ausstellung ist der Rolle des Volkes gewidmet. Zu sehen ist unter anderem der Appell des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. „An mein Volk“, der in der „Schlesischen privilegirte Zeitung No. 34“ (Sonnabend 20. März 1813) veröffentlicht wurde. Der Aufruf löste eine große nationale Begeisterungswelle aus, die preußische Heerstärke wuchs um ein Vielfaches an.

Schlesien spielte bedeutende Rolle

Schlesien spielte übrigens in der Geschichte der Befreiungskriege eine bedeutende Rolle. Der preußische König zog sich zu Beginn des Jahres 1813 aus Sicherheitsgründen in das neutrale Breslau zurück. Hier stiftete er das Eiserne Kreuz als militärische Auszeichnung für verdiente Soldaten, hier erfolgte die Kriegserklärung an Frankreich und ebenfalls hier erließ er den bekannten Aufruf „An mein Volk“. Auch die schlesische Armee unter der Führung des Generalfeldmarschalls Blücher hat sich verdient gemacht. Nach der siegreichen Schlacht an der Katzbach vereinigte sich das Heer mit den anderen Koalitionsheeren und schlug Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig. Mehrere Dokumente, Gemälde und Postkarten zeigen im Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde Haus Schlesien in Königswinter Aspekte der Kämpfe, so ein Ölfarbdruck nach Wilhelm Camphausen (1818–1885), der Blüchers Rheinübergang bei Kaub zum Thema hat. Mit der Niederlage Napoleons im Jahre 1815 in der Schlacht bei Waterloo befreite sich Europa von der französischen Besatzung.

Wie in der Ausstellung ersichtlich, hat das historische Ereignis der Befreiungskriege je nach der politisch-weltanschaulichen Position im Laufe der Jahre unterschiedliche Rezeptionen erlebt. So standen einerseits der konventionelle Krieg und der Sieg der Koalitionsmächte im Vordergrund, andererseits die Rolle des Volkes oder das Engagement der bürgerlichen Bildungsschicht. Unmittelbar nach der Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813 fanden in ganz Preußen Dank- und Siegesfeiern statt. Zum ersten Jahrestag der Schlacht wurde auf Initiative von Ernst Moritz Arndt und einiger seiner Gesinnungsgenossen ein Nationalfest initiiert. Im Zuge der politischen Restauration ebbte das Interesse an den Feierlichkeiten ab, obwohl der 50. Jahrestag und insbesondere das 100. Jubiläum im Jahre 1913 in Breslau große Aufmerksamkeit erhielten. Auch in der Ausstellung finden sich diese Festlichkeiten anhand von Gemälden, Büchern, Archivfotografien und verschiedenen Erinnerungsstücken wieder.

Die Ausstellung zu den Befreiungskriegen im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott ist bis zum 30. Juni 2013 zu besichtigen. *Dieter Göllner*

Ostern wird es sonnig

Das Wetter in Ostpreußen lädt zu Spaziergängen ein

Nach dem erneuten Wintereinbruch in der vergangenen Woche mit zweistelligen Minustemperaturen in der Nacht wird das Quecksilber in den nächsten Tagen etwas steigen, die Sonne zeigt sich öfter und auch die Häufigkeit von Niederschlägen geht zurück. Vor allem das Osterwochenende verspricht, trocken und zeitweise sonnig zu werden, wenn auch die Temperaturen winterlich kühl bleiben. Zwar lädt das Wetter in Ostpreußen zu Spaziergängen ein, doch ist es ratsam, in Winterbekleidung aus dem Haus zu gehen.



Saftiges Grün: Ostpreußische Allee im Frühling

Bild: OL

Allenstein – Sonnabend, 30. März: -3 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 15 Prozent, Sonntag, 31. März, -2 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent. Montag, 1. April: -1 bis 5 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent. Dienstag, 2. April, 0 bis 7 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 15 Prozent. Mittwoch, 3. April: 1 bis 9 Grad Celsius, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent.

Braunsberg – Sonnabend, 30. März: 0 bis 5 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 20 Prozent. Sonntag, 31. März: 0 bis 6 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent. Montag, 1. April: 1 bis 7 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent. Dienstag, 2. April, 3 bis 9 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 20 Prozent. Mittwoch, 3. April, 4 bis 10 Grad Celsius, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent.

Königsberg – Sonnabend, 30. März: -4 bis 3 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent. Sonntag, 31. März: -3 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent. Montag, 1. April, -3 bis 5 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent. Dienstag, 2. April: -2 bis5 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 20 Prozent. Mittwoch, 3. April: -1 bis 7 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent.

Memel – Sonnabend, 30. März: 2 bis 3 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent. Sonntag, 31. März: -1 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 15 Prozent. Montag, 1. April, 0 bis 5 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 30 Prozent. Dienstag, 2. April, 1 bis 6 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 20 Prozent. Mittwoch, 3. April: 2 bis 7 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 10 Prozent. *PAZ*

Von Kapelle zu Kapelle

Ausstellung in Königswinter zeigt Aquarelle von Bruno Stephan

Im Eichendorffsaal von Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott ist bis zum 2. Juni eine Ausstellung mit Aquarellarbeiten des freischaffenden Künstlers Bruno Stephan zu sehen. Es handelt sich um Impressionen des Malers, die er während seiner Spaziergänge entlang des im Herbst 2012 fertiggestellten Kapellenwanderweges in der Königswinterer Bergregion festgehalten hat.

Die Arbeiten des im schlesischen Patschkau geborenen und in Thomasberg bei Bonn lebenden Künstlers Bruno Stephan zeigen nicht nur die 12 Stationen des über 40 Kilometer langen Rundweges, sondern auch beispielsweise Haus Schlesien und mehrere idyllische Ansichten des Siebengebirges. Der Ausstellungsbesucher kann anhand der Aquarell- und Tusche-Bilder nachvollziehen, dass es bei diesem Projekt um gepflegte und örtlich betreute Kapellen geht. Allerdings wird auch der Weg von Etappe zu Etappe beleuchtet, der eine christlich geprägte Region von ihrer spirituellen Seite zeigt. Die Nikolauskapelle in Heisterbacherrott, die Kapelle Quirrenbach, die Kapelle Maria zum Frieden in Sandscheid, die St. Anna-Kapelle in Pleiserhohn und die Antoniuskapelle in Wahlfeld sind nur einige der sehenswerten Pilger-Stationen.

Impressionen eines spirituellen Weges

Die Kapellenaquarelle von Bruno Stephan sind übrigens auch die von ihm gestaltete Übersicht des Wegeverlaufes in einer Broschüre zum touristischen Wanderweg enthalten. *D.G.*

Göttliche Leinwand

Der Legende nach entstanden während der Passionszeit Bildnisse von Jesus, die bis heute als Reliquien verehrt werden

Wie sah Jesus aus? Diese Frage bewegt die Gläubigen seit Jahrhunderten. Dabei soll sein Antlitz für alle Ewigkeit auf mindestens zwei Tüchern gebannt worden sein, mit denen Jesus laut Bibel beim Kreuzweg und nach der Kreuzabnahme bedeckt wurde: der Schleier von Manopello und das Turiner Grabtuch.

Das Grab Jesu, gehauen in eine Felsenhöhle, war schwer bewacht. Bei Androhung der Todesstrafe hatten die römischen Soldaten dafür zu sorgen, dass niemand sich dort zu schaffen machte. Zusätzlich war ein tonnenschwerer Stein vor die Grabhöhle gewälzt worden, denn man wusste: Hier lag ein Prominenter, ein Rebell gegen die religiösen Autoritäten des Judentums, der einst Tausende von Menschen in seinen Bann gezogen hatte. Ihn hatte man auf die entwürdigendste und grausamste Art zum Tode am Kreuz befördert. Eine von ihm selbst angekündigte „Auferstehung von den Toten“ wollte man um jeden Preis verhindern.

Doch am Ostermorgen entwickelten sich die Dinge anders. Eine Frau, Maria aus dem Ort Magdala am See Genezareth, hatte sich noch im Dunkeln des Ostermorgens zum Felsengrab geschlichen und eine unglaubliche Entdeckung gemacht: Der runde Stein vor der Felsenhöhle war weggerollt worden; das Grab war leer und nur noch das Leinentuch, das um den Leichnam gewickelt gewesen war, lag im Grab! Bestürzt erzählte sie ihre Entdeckung den Jüngern um Simon Petrus, die etwas ratlos waren.

Was war von dieser Entdeckung zu halten? Eine Frau galt damals als nicht rechtsfähige Zeugin und Maria Magdalena stand nicht in bestem Ruf. Sie hatte, bevor sie Jesus begegnete, wahrscheinlich als Prostituierte gearbeitet und einmal sogar mit einem kostbaren Salböl vor aller Augen Jesus die Füße massiert. Konnte man ihr glauben? Zwei der zwölf Apostel, Simon Petrus und Johannes, machten sich immerhin zum Grab auf, um der Sache auf den Grund zu gehen. Der jüngere und etwas sportlichere Johannes, der auch den Originalbericht über dieses Geschehen in seinem Evangelium überliefert hat (Joh 20,1–10), kam schneller am Grab an und fand alles so vor, wie von Maria Magdalena berichtet, traute sich aber nicht in das leere Grab hineinzugehen. Der Mutigere der beiden, Simon Petrus, ergriff schließlich die Initiative und ging als erster in die Grabhöhle hinein, fand das Leinentuch und ein zweites kleineres Tuch vor, das man dem Leichnam auf das Gesicht gelegt hatte, wie es den jüdischen Begräbnissitten für bedeutende Persönlichkeiten entsprach.

Beide Tücher sind bis heute erhalten und gelten als kostbarste

Schleier zeigt Jesus mit gebrochener Nase

Reliquien der Christenheit. Das Leinentuch wird als „Turiner Grabtuch“ verehrt und zeigt alle in den Passionserzählungen der Bibel berichteten Verletzungen und Verwundungen Jesu. Die Echtheit des Tuches ist zwar umstritten, aber konnte mittels wissenschaftlicher Verfahren mit hoher Wahrscheinlichkeit ermittelt werden.

Das zweite Tuch wird heute als „Heiliger Schleier“ (ital. „Volto Santo“) in der Wallfahrtskirche von Manopello aufbewahrt und ist im Hochaltar zu sehen. Von 705 bis zum Jahr 1600 wurde es im Petersdom von Rom aufbewahrt, dann wurde es versteckt und galt lange Zeit als verschollen. Erst Ende des 20. Jahrhunderts tauchte das Tuch in den Abruzzen wieder auf. Über die Wiederentdeckung des „Volto Santo“ schrieb der Vatikan-Korrespondent der „Welt“, Paul Badde, den aufregenden Weltbestseller „Das göttliche Gesicht“.

Was aber ist auf dem Manopello-Tuch zu sehen? Anders als auf dem Turiner Grabtuch, das das Gesicht des toten und gemarterten Jesus zeigt, ist auf dem Schleier das Gesicht des Auferstandenen zu sehen. Die biometrischen Gesichtsmaße auf beiden Tüchern stimmen genau überein. Mit weit geöffneten Augen schaut Jesus auf dem Manopello-Schleier den Betrachter an. Die geschwollene Backe, die gebrochene Nase sind noch zu erkennen, aber sein Blick ist einzigartig.

Der Kölner Kardinal Joachim Meisner, der Manopello im April 2005 aufsuchte, sagte: „Im ‚Volto Santo‘ wird das Herz Gottes sichtbar. Pax Vobis. Er schaut uns nicht nur ins Gesicht, er schaut uns ins Herz. Doch nicht mit dem Blick eines Befehlshabers oder strengen Richters, es ist der Blick eines Bruders, eines Freundes. Es ist der Blick des guten Hirten. Sie haben hier mit diesem Schleier immer Ostern. Zweifeln sie nur ja nicht daran, dass es echt ist!“ Ähnlich äußerte sich Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch in Manopello am 1. September 2006, der die kleine Wallfahrtskirche zur päpstlichen Basilika erhob und vom „wahren Antlitz Jesu“ sprach.

Dieses göttliche Antlitz zu betrachten und dem Auferstandenen direkt ins Gesicht schauen zu können, ist einzigartig auf dieser Welt. Als der Apostel und Evangelist Johannes die beiden Tücher entdeckt hatte, „sah er und glaubte“, wie er selbst berichtete. Ähnlich ging es dem Verfasser dieser Zeilen, als er im Jahr 2005 einen Tag lang vor diesem Tuch meditierte. Um an den Auferstandenen, der das „Licht des Lebens“ schenkt, zu glauben, braucht man keine besonderen ekstatischen Erlebnisse. Das Osterfest bringt uns jedes Jahr ein inneres Erleben an Leben und Leiden von Jesus Christus nahe. *Hinrich E. Bues*


Bild: Archiv

Schweißtuch der Heiligen Veronika (Gemälde von Hans Memling, um 1470): Mit dem Tuch soll sich Jesus während des Kreuzweges sein Blut und Schweiß abgewischt haben. Dabei blieben seine Konturen im Gewebe haften. Das Tuch soll mit dem Schleier von Manopello identisch sein.

Zeit ist kostbar

Die Uhr als Statussymbol: schick, aber teuer

Der alljährlich zu Jahresbeginn stattfindende Salon International d'Haute Horlogerie in Genf ist die Olympiade der teuren Uhren. Dieses Jahr erfand sich die Uhrenindustrie wieder neu. Denn der Trend läuft auf eine Renaissance der guten, alten Taschenuhr zu. Insgesamt wurden trotz Abschwächung des Chinageschäfts Zuversicht und Wachstumspläne geäußert. So will etwa Vacheron Constantin, die älteste, ununterbrochen produzierende Uhrenmanufaktur, die Jahresproduktion von 22000 Luxusuhren auf 35000 Stück bis 2016 steigern. Piaget strebt gar eine Verdoppelung an.

Früher hatte der Mann von Welt die Zeit in der Tasche. Der gewichtige Griff mit sorgenvoll wichtiger Miene zur Uhr an der Kette signalisierte Bedeutung und altväterliche Dominanz. War die „Zwiebel“ gar vergoldet, bestand Klarheit darüber, welche Bedeutung ihr Träger in der Gesellschaft einnahm. Heute besteht diese Geste meistens aus dem ständigen Zucken des linken Armes, um die exklusive Rolex als Statussymbol zur Schau zu stellen.

In mehr als 20 Shows wurden die Neuheiten einer oft viele Jahre andauernden Entwicklungsarbeit präsentiert und dabei kam auch wieder die früher in der Schweiz sogenannte Sack-uhr (Hosentasche) auf den Tisch. Vorreiter waren die Nobelmarken Panerai und Parmigiani. Auch eine sogenannte Hybriduhr wurde vorgestellt. Sie lässt sich sowohl an der Kette als auch am Handgelenk tragen. Cartier präsentierte eine über und über mit Diamanten besetzte Taschenuhr.

Die Preisskala der luxuriösen Statussymbole reicht bei den Taschenuhren von 260000 Euro (Greubel-Forsey) bis 15 Euro. Interessante Exemplare für weniger Wohlhabende gibt es in den Preisklassen von 1000 bis 2300 (Philip Watch) Euro. Das Gros indes liegt bei 47 bis 130 Euro. Viele zeichnen sich durch mit vielfältigen Motiven verzierten Sprungdeckeln aus.

Die teuerste Uhr der Welt, allerdings keine Taschenuhr, ist die Rolex Ref. 8171, die kürzlich für 565000 Euro versteigert wurde. (Sommer-)Zeit ist eben kostbar. *Joachim Feyerabend*

Bild: Tomboom

Mit dieser Rolex trägt man rund 25000 Euro am Handgelenk

Wirklich echt?

Plagiate: Wenn Uhren falsch gehen

Uhren sind nicht nur schnöde Zeitmesser, sondern vermitteln auch ein bestimmtes Lebensgefühl. Umso ärgerlicher ist es, wenn sich nach dem Kauf herausstellt, dass es sich um eine Fälschung handelt. „Vor allem auf dem Uhrenmarkt lassen sich Käufer oftmals von günstigen Plagiaten blenden“, weiß Ralph Klaar, Geschäftsführer der Berliner Tomboom GmbH, die auf Rolex-Uhren spezialisiert ist.

Echte Ware von unechter zu unterscheiden, stellt viele vor ein großes Problem. Denn gefälschte Ware lässt sich oft erst auf den zweiten Blick erkennen. Bei Uhren gehören zu den Erkennungsmerkmalen vor allem Ungenauigkeiten der Gravur auf dem Ziffernblatt sowie im Glas.

„So besitzen die meisten Rolex-Modelle eine unberührte Rückseite. Nur bei einigen Damenmodellen sowie einer Uhr aus der Baureihe Sea-Dweller befindet sich dort eine Gravur“, betont Klaar. Auch die über der Datumsanzeige integrierte Lupe zeigt an, ob es sich um ein echtes Modell handelt. Füllt die vergrößerte Zahl nicht den gesamten hervorgehobenen weißen Raum aus, liegt zumeist eine Fälschung vor. Anders verhält es sich mit dem eingebauten Uhrwerk. Obwohl von außen nicht sofort erkennbar, lässt sich durch einfache Tests die Echtheit überprüfen. Fällt das Modell sehr leicht aus, handelt es sich oftmals nicht um ein mechanisches, sondern ein Quarz-Uhrwerk. In der Folge springt der Sekundenzeiger und gleitet nicht über die Fläche.

Fälschungen besitzen billiges Quarz-Werk

Um ganz sicher zu gehen, hilft ein Blick in den Garantieschein. Für jedes Original gibt es ein Echtheitszertifikat, das vier markante Stellen aufweist. „Wer hier genau hinschaut, freut sich nach einem Uhrenkauf über ein unverfälschtes Original“, sagt Klaar.

So bezeichnen in der Schweiz gefertigte Uhren mit dem Ländercode „100“ nur solche Produkte, die nach Deutschland geliefert werden. Eine Referenznummer stellt dar, welche Materialien verarbeitet wurden. Die Seriennummer auf dem Zertifikat muss mit der Gravur innerhalb des Uhrengehäuses übereinstimmen. Auf der Rückseite des Garantiescheins befindet sich außerdem die Adresse des Fachhändlers, bei dem die Uhr erworben wurde.

Ob Original oder Plagiat – zur Sommerzeit muss man auch teure Uhren meist noch per Hand neu einstellen. *PAZ*

Zentrum der Zeit

Sommerzeit? Nicht im Uhrenmuseum

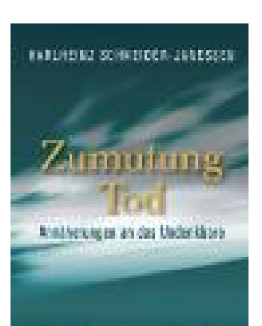
Rund 900 Uhren ticken im Uhrenmuseum von Bad Iburg bei Osnabrück. Sollte Peter Taschenmacher seine gesamte Sammlung auf die in der Nacht zum 31. März wieder beginnende Sommerzeit umstellen, bräuchte er mehrere Tage. Aber nur die wenigsten davon hat der 70-Jährige jemals um eine Stunde vor- und 30 Wochen später wieder um eine Stunde zurückgedreht. Denn die genaue Zeit ist dem Hausherrn weitgehend gleichgültig. Ihn fasziniert die Mechanik hinter den Ziffernblättern, das Spiel von Federn und Gewichten, von Zahnrädern und Unruh.

Eine Führung durch die Ausstellung startet bei den Kirchturmuhren. Mit diesen Geräten, die teilweise etwa so groß und schwer sind wie ein Kleinwagen, begann vor 700 Jahren die Geschichte der mechanischen Zeitmessung. Außerdem können auch technische Laien an diesen XXL-Uhrwerken sehr leicht das Funktionsprinzip erkennen. Diese historischen Kleinode sind des Sammlers größter Stolz. „Ich bin der einzige, der alle 17 Turmuhr-Systeme hat, die jemals gebaut wurden“, sagt Taschenmacher. Gefunden hat er seine Schätze durch akribische Recherchen und geduldiges Suchen. „Ich habe während der vergangenen 40 Jahre ungefähr 14000 Kirchen von innen gesehen.“



Der Zeit voraus: Uhrenmuseum von Bad Iburg Bild: privat

Leicht kann man beim Schauen und Staunen in Taschenmachers wundervoller Sammlung die Zeit vergessen. Einigen Besuchern kommt sie erst dann wieder zu Bewusstsein, wenn sie draußen noch einen Blick auf die laut Guinness-Buch größte Taschenuhr der Welt werfen: 1,80 Meter im Durchmesser, 150 Kilogramm schwer und Dank der Funksteuerung genauso präzise wie die „Atom-Uhr“ der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig. Per Langwellen-Signal wird sie in der Nacht auf den 31. März automatisch auf die Sommerzeit umgestellt. Das Museum, Am Gografenhof 5, ist täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet. *tws*



Leben mit dem Tod

Die Endlichkeit akzeptieren

Der Leitsatz, „Was Menschen bewegt“, beschreibt die Ausrichtung des Kreuz Verlags, dessen Programm Bücher über psychologische Themen sowie Fragen des Glaubens umfasst. Das Buch von Karl-Heinz Schneider-Janessen mit dem Titel „Zumutung Tod. Annäherungen an das Undenkbare“ ist in diesem Verlag gut aufgehoben. Wenn auch die Tatsache der Endlichkeit des Lebens jeden beschäftigt, ist dieses existenzielle Thema, gemessen an seiner Bedeutung, doch zugleich auch dasjenige, das am Konsequentesten verdrängt wird. Schneider-Janessen ist Arzt, Psychologe und Philosoph und hat jahrelang als Psychoonkologe in verschiedenen Krebszentren gearbeitet, auch war er im Hospizbereich tätig. Immer wieder traf er auf die Haltung, dass Menschen sich gleichsam instinktiv gegen Vorstellungen vom eigenen Tod zur Wehr setzen. Nach der Diagnose einer schweren Erkrankung ist das kaum noch möglich.

Schneider-Janessens hat ein offenes, auf einem großen Wissensschatz beruhendes Buch geschrieben, das Mitarbeitern von Pflegeheimen und Hospizen eine Orientierungshilfe für ihr Tun bieten kann. Für Angehörige und Trauernde hält es Antworten auf drängende Fragen bereit, die auch Trost und Zuspruch beinhalten. Seinen Erfahrungen als Sterbebegleiter stellt der Autor seine Auffassungen als Christ zur Seite. Wie ein Gegenstand, der von verschiedenen Scheinwerfern angestrahlt wird, so habe er den Tod in jedem Kapitel in einem anderen Licht erscheinen lassen wollen, schreibt er im Vorwort. Angesprochen werden sämtliche Aspekte der „Zumutung Tod“, von Abtreibung, Patientenverfügung, Suizid bei Krankheit und im Alter bis hin zu Überlegungen zur Würde des Menschen, die in allen Reden über den Tod herausgestellt werden. Textauszüge, Bibelstellen sowie eine Fülle von Anekdoten aus Geschichte und Gegenwart runden die einzelnen Kapitel dieses wertvollen Buches ab.

Der Bedarf ist groß. Manche der schwerkranken Patienten, mit denen der Autor im Krankenhaus gesprochen hat, litten unter unerträglicher Angst. Es ist ihm ein wichtiges Anliegen, den Lesern seine Erkenntnis nahezubringen, dass es sich derjenige leichter macht, der sich zeitig in das Schicksal fügt, das allen Lebewesen und auch uns Menschen bestimmt ist: eines Tages sterben zu müssen. Eine solche Haltung sei ein Kriterium von Reife und Klugheit. „Dorthin führen viele Wege. Wer aber im Alter mit Verbitterung auf die Welt schaut, hat etwas nicht begriffen. In einer Reifeprüfung würde er ‚alt‘ aussehen.“ Sich vorbereiten auf den Tod gehöre notwendigerweise zum menschlichen Reifungsprozess. Die Jugend habe noch ein Recht darauf, nicht an den Tod zu denken, meint er.

Arzt verweist auf seine Erfahrungen

Unser Menschsein ist voller Widersprüche. Wie kommt es eigentlich, fragt der Autor, dass der Tod undenkbar erscheint, wenn er uns selbst betrifft, obwohl das Thema „Sterben und Tod“ medial so präsent ist wie nie zuvor?

Dagmar Jestrzemski

***Karl-Heinz Schneider-Janessen: „Zumutung Tod. Annäherungen an das Undenkbare“**, Kreuz Verlag, Freiburg im Breisgau 2012, geb., 240 Seiten, 15,99 Euro*



Billige Abrechnung

Ehemalige Behördenmitarbeiterin zieht über Alltag beim Amt her

Das von der Tageszeitung „Die Welt“ als „Enthüllungsbuch“ bezeichnete Buch „Es gibt viel zu tun, heften wir's ab. Grüße vom Amt“ macht schon aufgrund seines Titels neugierig. Man hört schließlich viel über Beamte und den öffentlichen Dienst. Zudem gibt es auch viele Witze über die Bearbeitungsgeschwindigkeit und die übertriebene Detailliebe von Behörden. Doch merkwürdigerweise liest man selten von Mitarbeitern, wie sie ihre Arbeit empfinden. Wer sich von der Autorin Jule Mann – der Name ist allerdings ein Pseudonym – sachkundige Informationen über den Arbeitsalltag beim Amt erhofft, wird enttäuscht.

Jule Mann ist wohl Mitte 40, als sie sich aus Verzweiflung auch bei einer Behörde bewirbt, denn die Werbeagentur, für die sie tätig ist, steht kurz vor der Insolvenz. Doch schon bei ihrer Beschreibung des Bewerbungsgespräches merkt man die Distanz. Mit Betreten des düsteren Gebäudes ist sich die Autorin offenbar sicher, dass sie hier nicht hin gehört. Von oben herab betrachtet sie die Behördenmitarbeiter, lässt sich nicht wirklich auf sie ein und macht sich über sie lustig. Gut, Gründe dazu hat sie zwar zum Teil, denn einige beschriebene Arbeitsmethoden sind durchaus antiquiert und ineffizient, auch ertrinken die Angestellten nicht wirklich in Arbeit, da es sehr viel Zeit für Pläuschchen und den Austausch von Tratsch und Klatsch gibt. Was aber richtig stört, ist der Umstand, dass Mann sich vor ihren Kollegen ekelt. Abwertend beschreibt sie die Geburtstags- und Jubiläumsfeiern und tut so, als wären ihre Mitmenschen fast Tieren gleich, weil sie Kartoffelsalat aus Plastikeimern und Würstchen von Papptellern mit abwaschbaren Plastikgabeln essen. Außerdem würde es überall nach Staub und Schweiß stinken. Der Geruch im Amt sei unerträglich, klagt die Autorin, die noch vor Ablauf der Probezeit gekündigt hat und nun offenbar arbeitslos ist.

Ekel vor Kollegen und deren Eigenarten

Und obwohl ihre Arbeit hauptsächlich daraus bestand, für ihren Chef Briefe zu tippen, die Post zu holen und zu verteilen, Kopien zu fertigen und die Tageszeitungen nach Artikeln zu durchsuchen, die für ihren Chef interessant sein könnten, beklagt sie sich über ihr Gehalt, von dem sie dachte, dass im Bewerbungsgespräch der Nettobetrag genannt worden sei, wobei es sich in Wirklichkeit um ihr Bruttogehalt handelte.

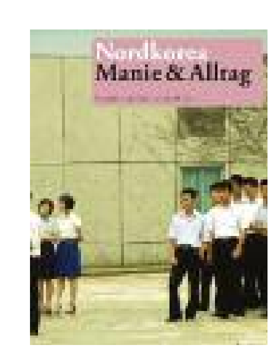
Natürlich ist es frustrierend, wenn man jeden Tag zur Arbeit geht und das Gefühl hat, absolut nichts Sinnvolles zu tun, aber gibt es nicht effektivere Wege, als zu kündigen und ein Buch zu schreiben, das von Frust nur so trieft und damit leider sogar die wahren Missstände überdeckt?

Manchmal bringt Jule Mann einen aber dann doch zum Schmunzeln. So berichtet sie, dass sie unbedacht eine Einladung zum Betriebsausflug rausgeschickt hat, in der die Anrede nur lautete „Sehr geehrte Kollegen“. Sofort meldeten sich einige Damen zu Wort, die sich nicht angesprochen fühlten und darauf bestanden, dass es „liebe Kolleginnen und -en“ heißt. Und als die Autorin das Bücherregal ihres Chefs ordnen wollte, fand sie lauter unnütze, veraltete Titel wie „Seminarangebote für den öffentlichen Dienst in gehobener Ausführung für das Jahr 1984“ oder „Amtliche Führungsseminare 1993“. Und wenn es beim Amt einmal zu Veränderungen käme, dann seien diese laut Mann keineswegs eine Verbesserung. So klagt sie über ein neues IT-System, das aber langsamer sei als das Vorgängermodell. Hilfe vom für IT zuständigen Kollegen konnte sie jedoch auch keine erlangen, da der nicht mehr ganz junge Computerfachmann leider nicht mehr mit seinem Wissen auf der Höhe der Zeit war.

In der Bilanz ist es jedoch arg übertrieben „Es gibt viel zu tun, heften wir's ab“ als Enthüllungsbuch zu bezeichnen, dafür ist es viel zu subjektiv und zu wenig konkret.

Rebecca Bellano

***Jule Mann: „Es gibt viel zu tun, heften wir's ab. Grüße vom Amt“**, rororo, Reinbek 2013, broschiert, 240 Seiten, 8,99 Euro*



Blick hinter die Kulissen

Kurzer Erfahrungsbericht über eine Nordkorea-Reise

Ist Nordkorea ein Weltbetrug oder ein Selbstbetrug? Beides, sagt Jörg Nikolaus, Autor und Verleger, der unlängst eine Reise durch das Land machte, das hier vorwiegend als Region „verrückter Despoten“ und hysterisch applaudierender oder schluchzender Massen kennen. Seine Eindrücke hat Nikolaus in Wort und Bild in einem schmalen Bändchen versammelt, das Blicke „Potemkinsche Dörfer hinter dem Bambusvorhang“ möglichst meidet. Das Regime von Pjöngjang übe sich in Drohungen und Bluffs, seine Raketen seien Attrappen gewesen, so der Autor, seine Atombombe ebenfalls. Nordkoreas Industrie erlebte Nikolaus als unterentwickelt, die Infrastruktur bröckele dem Zusammenbruch entgegen, die Landwirtschaft nutze Düngemittel, die niemand in Europa verwenden würde, das nordkoreanische Internet funktioniere nur innerhalb des Landes – „dessen wurden wir Zeuge“. Alle ungezählten Mängel würden von der „Juche-Ideologie“, einer Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, verdeckt, die großmäulig politische Souveränität, ökonomische Autarkie und militärische Eigenständigkeit als Realitäten preist.

Nordkorea, sagt Ex-DDR-Bürger Nicolaus, ähnele heute noch der DDR vor 1989, habe dabei aber keine reformerische Chance: „Läden sind leerer, die Bevölkerung ausgemergelter, lebt kasernierter und vom System bedrängter.“ Es gebe „noch einen Alltag, die Menschen bekommen nichts mit von der Welt da draußen. Aber es sind ganz normale Menschen, das wird vergessen, wenn man wieder einmal von Sanktionen und Boykott redet“. Diese Menschen hat der Autor beobachtet, offen oder heimlich abgelichtet – fröhliche Soldatinnen im Stechschritt, Angler am Abwässerfluss, für die selbst „kleine verseuchte Fische besser als gar kein Fisch“ sind. Weil Busse und Fahräder fehlen, „gehen Menschen in Pjöngjang fast immer zu Fuß“, „zügigen Schrittes“. Erbärmlich sei das Kaufhaus „Paradies“, im Angebot „Halberstädter Würstchen, sechs Monate überlagert“. Die da etwas essen, „sitzen auf Treppen vor dem Kaufhaus, grün im Gesicht und hoffen, dass der Tag bald zu Ende ist“.

Wolf Oschlies

***Jörg Nikolaus: „Nordkorea Manie & Alltag“**, averse-publishing, Berlin 2012, broschiert, 62 Seiten, 8,95 Euro*

Der Staat hört mit

Telefon- und Postüberwachung untersucht – Schockierende Ergebnisse

Was, bitte schön, ist der Unterschied zwischen einer Diktatur und einer Demokratie? Eine bemerkenswerte Antwort auf diese Frage liefert Josef Foschepoth, seines Zeichens Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, der sich als erster Historiker überhaupt der Aufgabe unterzogen hat, Art und Ausmaß der Post- und Telefonüberwachung in der Bundesrepublik und der DDR zwischen 1949 und 1989 zu erforschen: Die Diktatur in Mitteldeutschland bespitzelte ihre Bürger trotz der verfassungsmäßigen Garantie des Post- und Fernmeldegeheimnisses 40 Jahre lang, während die bundesdeutsche Demokratie mittlerweile auf 54 Jahre kommt, wobei sie freilich zu ihrer Entschuldigung vorbringen kann, dass sie 1968 zumindest das G-10-Gesetz verabschiedete, dessen Gummiparagrafen den entsprechenden Grundgesetzartikel de facto außer Kraft setzen. So ermöglicht das Gesetz die Überwachung eines jeden Bundesbürgers auch ohne konkreten Tatverdacht, wobei den Betroffenen zugleich der Rechtsweg versperrt bleibt – ein skandalöses Unding! Dennoch freilich nickte das Bundesverfassungsgericht dieses juristische Machwerk der seinerzeitigen Großen Koalition 1970 in einer der umstrittensten Entscheidungen seiner Geschichte ab.

Die „Erfolge“ der bundesdeutschen Überwachungspraxis können sich sehen lassen: Wie Foschepoth anhand bisher streng geheim gehaltener, aber nun erstmals mit einer Sondergenehmigung einsehbarer Unterlagen der Bundesregierung herausfand, existierten 25 Postüberwachungsstellen in 20 Städten der Bundesrepublik, während es die DDR-Diktatur auf 30 solcher Einrichtungen brachte. In den letzteren wurden pro Jahr um die sechs Millionen Sendungen von Stasi-Mitarbeitern geöffnet und „ausgewertet“. In der benachbarten Demokratie hingegen war dieses Geschäft zunächst vorrangig eine Domäne von Mitarbeitern der westalliierten Nachrichtendienste. So filzten allein die Amerikaner fünf bis sechs Millionen Postsendungen im Jahr, wobei die drei bundesdeutschen Geheimdienste aber Zuarbeitet leisteten. Ab 1968 arbeitete der Bundesnachrichtendienst (BND) dann auch verstärkt auf eigene Rechnung und kontrollierte weitere 1,6 Millionen Sendungen pro Jahr. Insgesamt wurden im belegten Zeitraum zwischen 1951 und 1972 rund 115 Millionen Postsendungen aus dem westdeutschen Postverkehr herausgenommen und geöffnet, darunter auch Binnenpost. Und 90 Millionen Sendungen davon landeten „aus Sicherheitsgründen“ im Reißwolf.

Ex-Alliierte dürfen noch heute spionieren

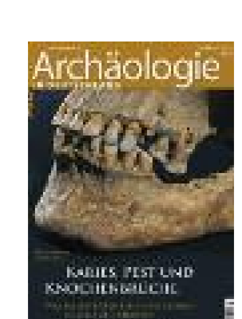
Ähnlich erschreckend sind die Zahlen bei der Telefonüberwachung: Bereits in den 50er Jahren hörten die West-Alliierten und ihre bundesdeutschen Handlanger etwa fünf Millionen Telefonate pro Jahr ab. Dahingegen brachte es das technisch eher prekär ausgestattete Ministerium für Staatssicherheit der DDR selbst in den 80er Jahren nur auf rund zwei Millionen überwachte Telefongespräche, von denen aus Personalmangel auch nur knapp 100 000 „verschriftlicht“ werden konnten.

Nun ist die DDR zwar Geschichte, aber das G-10-Gesetz der Bundesrepublik nicht. Das heißt, die Verfassungsschutzbehörden, der BND und der Militärische Abschirmdienst dürfen weiter systematisch den Post- und Telefonverkehr im Lande kontrollieren. Das gleiche gilt darüber hinaus für die westalliierten Schlapphüte.

Wie Foschepoth herausfand, schlummern im Archiv des Auswärtigen Amtes drei geheime bilaterale Vereinbarungen aus den Jahren 1968 und 1969, mit denen den USA, Frankreich und Großbritannien auch künftig das Recht zugebilligt wurde, die Bevölkerung der BRD zu bespitzeln. Und diese Vereinbarungen sind heute noch in Kraft, denn sie beziehen sich auf das Nato-Truppenstatut, welches durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der dem wiedervereinigten Deutschland angeblich seine Souveränität verlieh, nicht hinfällig wurde. Wer das für unglaublich hält, studiere den 90 Seiten langen Dokumententeil in Foschepoths Buch.

Wolfgang Kaufmann

***Josef Foschepoth: „Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik“**, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, gebunden, 382 Seiten, 34,99 Euro*



Lehrreich

Was Skelette verraten

Ob Bayerns Märchenkönig Ludwig II. ihn für sein marodes Gebiss verantwortlich machte, ist ungewiss. Bis ins 18. Jahrhundert hinein jedoch schrieb man die Ursache für Zahnschmerzen dem sogenannten Zahnwurm zu. Schmerzen wird er gehabt haben, der Regent, denn seine Vorliebe für Süßigkeiten hinterließ ihre Spuren. Archäologen fanden seine Kiefer zahnlos vor.

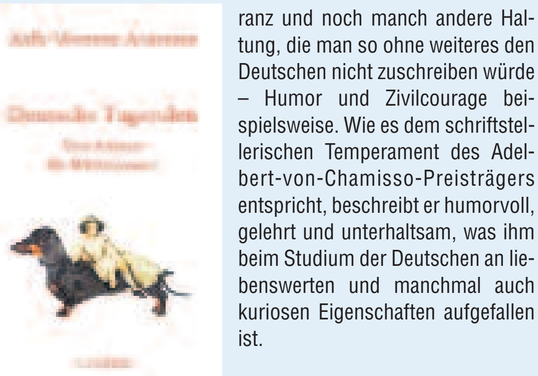
Dass unsere Vorfahren ihr Gebiss oft als dritte Hand benutzt haben, zeigen weitere Untersuchungen. Oft wurden die Frontzähne in Zusammenhang mit handwerklichen Tätigkeiten genutzt. Natürlich nicht ohne medizinische Nachteile. Was uns Skelette über das Leben vergangener Zeiten berichten, haben die Anthropologen Joachim Wahl und Albert Zink untersucht. In einem Sonderheft zum Thema „Archäologie in Deutschland“ berichten die Autoren über das harte Dasein unserer Ahnen. Anschaulich und spannend lassen die Verfasser anhand vieler Beispiele die Lebenssituationen vergangener Jahrhunderte wieder aufleben. Kriegsverletzungen, Mangelernährung, Infektionskrankheiten, hygienische Missstände, alles das lässt sich an Knochenfunden ablesen. Woran starben die Menschen, wie haben sie gelebt, welchen körperlichen Qualen waren sie bereits zu Lebzeiten ausgesetzt? Knochenfunde sind aufgeschlagene Geschichtsbücher. Man muss sie nur lesen können.

Wahl untersucht beim Landesamt für Denkmalpflege menschliche Skelettfunde aus Baden-Württemberg. Zink leitet das „Institut für Mumien und den Iceman“ an der europäischen Akademie in Bozen. Beide bieten dem Leser einen Einblick in ihr Fachgebiet, der so nirgendwo zu finden ist. Dem Sonderheft ist ein umfangreiches Glossar zur Erklärung verschiedener Fachbegriffe angefügt.

Silvia Friedrich

***Joachim Wahl und Albert Zink: „Karies, Pest und Knochenbrüche – Was Skelette über Leben und Sterben in alter Zeit verraten“**, Sonderheft „Archäologie in Deutschland“, Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 2013, 112 Seiten mit 100 farbigen Abbildungen, 14,95 Euro*

Asfa-Wossen Asserate
Deutsche Tugenden
Von Anmut bis Weltschmerz



Asfa-Wossen Asserate – äthiopischer Prinz und Erforscher der menschlichen Umgangsformen – wendet sich wieder einem seiner Lieblingsthemen zu: den Deutschen. Nach seinen Erfolgsbüchern Manieren und Draußen nur Kännchen nimmt er nun die Tugenden jenes Volkes unter die Lupe, das ihm seit den siebziger Jahren zur zweiten Heimat geworden ist. Da mag das Thema Pünktlichkeit nicht weiter überraschen, aber schon die Anmut der Deutschen schien bislang nicht weiter der Rede wert. Doch der Autor hat noch weitere deutsche Tugenden im Blick. So finden sich neben den "Klassikern" Ordnungsliebe, Pflichtbewusstsein, Treu und Redlichkeit auch Erfindergeist, Naturverbundenheit, Toleranz und noch manch andere Haltung, die man so ohne weiteres den Deutschen nicht zuschreiben würde – Humor und Zivilcourage beispielsweise. Wie es dem schriftstellerischen Temperament des Adelbert-von-Chamisso-Preisträgers entspricht, beschreibt er humorvoll, gelehrt und unterhaltsam, was ihm beim Studium der Deutschen an liebenswerten und manchmal auch kuriosen Eigenschaften aufgefallen ist.

Gebunden, 239 Seiten
Best.-Nr.: 7222

€ 17,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS"
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215



€ 19,95

Manfred Spitzer
Digitale Demenz



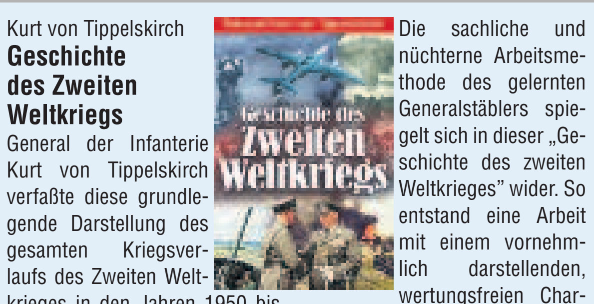
Digitale Medien nehmen uns geistige Arbeit ab. Was wir früher einfach mit dem Kopf gemacht haben, wird heute von Computern, Smartphones, Organizern und Navis erledigt. Das birgt immense Gefahren, so der renommierte Gehirnforscher Manfred Spitzer. Die von ihm diskutierten Forschungsergebnisse sind alarmierend: Digitale Medien machen süchtig. Sie schaden langfristig dem Körper und vor allem dem Geist. Wenn wir unsere Hirnarbeit auslagern, lässt das Gedächtnis nach. Nervenzellen sterben ab, und nachwachsende Zellen überleben nicht, weil sie nicht gebraucht werden. Bei Kindern und Jugendlichen wird durch Bildschirmmedien die Lernfähigkeit drastisch vermindert. Die Folgen sind Lese- und Aufmerksamkeitsstörungen, Ängste und Abstumpfung, Schlafstörungen und Depressionen, Übergewicht, Gewaltbereitschaft und sozialer Abstieg. Spitzer zeigt die besorgniserregende Entwicklung und plädiert vor allem bei Kindern für Konsumbeschränkung, um der digitalen Demenz entgegenzuwirken.

Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7216

€ 19,99

CD
Heimatklänge aus Ostpreußen
Mit dem Ostpreußenlied
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs



General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges" wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80

DVD
Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



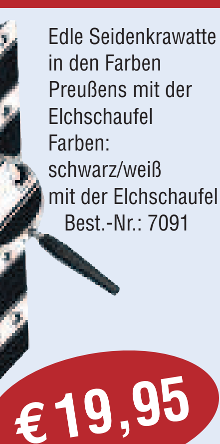
Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Thomas Wieczorek
Abgewirtschaftet
Warum unser Land verkommt und wer daran verdient.
Deutschland steht blendend da, jubeln die Leitmedien. Doch tatsächlich verarmen Staat und Kommunen. Überall wird der Rotstift angesetzt – zu Lasten der Bürger. Arbeitsplatzgarantien werden über Nacht zum Aprilscherz. Die Lebensqualität geht den Bach runter. In Abgewirtschaftet – Warum unser Land verkommt und wer daran verdient zeigt Thomas Wieczorek, wie es um unsere Republik wirklich bestellt ist.
Allen Menschenwürdeartikeln des Grundgesetzes und Sonntagsreden der Politiker zum Trotz wird immer deutlicher, dass nicht die Wirtschaft für den Menschen da ist, sondern umgekehrt. Längst ist der Mensch zum „Humankapital" geworden, zum lästigen Anhängsel der Ökonomie, zum Ballast bei der hemmungslosen Profitgier. Dies gilt nicht nur für die wirtschaftliche, sondern für die gesamte menschliche Existenz. Ein Umfeld, in dem man sich wohlfühlt, wird nicht mehr nach den Vorstellungen der Menschen geschaffen, sondern danach, ob es „sich rechnet". Erholungsparks weichen umweltzerstörenden Golfanlagen und intakte Wohnanlagen krankhaft-protzigen Bürohochhäusern. Krankenhäusern werden zu luxuriöse Wellnessfarmen, die meist nicht einmal von den Reichen und Mächtigen gebraucht und genutzt werden. Diese Projekte dienen nahezu ausschließlich systematischer Wirtschaftskriminalität wie etwa dem Subventionsbetrug und dem als Staatsauftrag getarnten Griff ins Steuersäckel. Die Menschen sollen sich widerspruchslos den Interessen von Politik und Wirtschaft beugen. Deutschland hat abgewirtschaftet!

Kart., 350 Seiten
Best.-Nr.: 7223

€ 9,99

Reinhold Busch (Hrsg.)
Stalingrad
Der Untergang der 6. Armee. Überlebende berichten
Geb., 464 Seiten, ca. 50 ganzseitige S/W-Bilder
Best.-Nr.: 7214, € 24,90



Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter
NEU
Vor 800 Jahren begannen Ritter des Deutschen Ordens damit, das Land zwischen Weichsel und Memel zu erobern und Deutsche aus dem Westen dort anzusiedeln. Sie schufen das Land Preußen, das im Spätmittelalter als das modernste Gemeinwesen ganz Europas galt. Der Hauptfilm (ca. 90 Minuten) begibt sich auf die Spuren der Ostlandritter. Ihre gewaltigen Burgen, die heute in Polen stehen, werden ebenso vorgestellt wie ihre Stadtgründungen und die Methoden ihrer Landkultivierung. Über Jahrhunderte waren die Polen mit den Rittern verfeindet. Im Film wird deutlich, dass sich das Verhältnis entspannt hat. Polnische Historiker erkennen an, dass das heutige Polen dem Deutschen Orden vieles verdankt. Der zweite Film (ca. 55 Minuten) liefert ergänzende Informationen: die Geschichte des Deutschen Kreuzritterordens seit seiner Gründung im Heiligen Land, sein Wirken außerhalb Preußens, und vor allem die Tätigkeit des Deutschen Ordens heute.
Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221

€ 14,95

NEU
Karl Albrecht Schachtschneider
Die Souveränität Deutschlands
Wie souverän ist Deutschland wirklich?
Gebunden, 373 Seiten
Best.-Nr.: 7219, € 19,95

Romantisches Masuren, DVD







Wer Masuren als „Land der tausend Seen" bezeichnet, der untertreibt. Es sind weit über 3.000 Seen, die diese romantische Landschaft von unberührten Flußläufen, von verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt prägen. Unsere Reise führt uns durch die Städte Passenheim, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Arys, Rhein, Angerburg, Sensburg, Nikolaiken u. v. a. Die überwältigende Naturlandschaft Masurens erleben wir nicht nur in traumhaft schönen Bodenaufnahmen sondern ebenso in faszinierenden Szenen aus der Luft.
Laufzeit: 55 Min.
Best.-Nr.: 5397, € 19,95
DVD



DVD
Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95



CD
€ 12,95
Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite
Best.-Nr.: 6934

Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



CD
Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen



Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.
Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.

Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209

€ 19,80



DVD
Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

Die schönsten Volkslieder



CD

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
CD
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95





Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335, € 29,80



DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 13/13
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Rechnung, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

»Ich schneide dir den Kopf ab!«

München – Am Infostand einer Münchener Initiative gegen den Bau eines großen Islamzentrums in der Stadt drohte ein Islamist vor laufendem Mikrofon, dem Initiator des Protests, Michael Stürzenberger, den „Kopf abzuschneiden“. Stürzenberger, der der islamkritischen Partei „Die Freiheit“ angehört, dokumentierte den Vorfall in Ton und Bild. Unlängst wurde ein Mordanschlag von Islamisten auf den „Pro“-Politiker Markus Beisicht erst im letzten Moment vereitelt. *H.H.*

GEZ gegen Grundgesetz

Hamburg – Eine Mitarbeiterin des NDR hat in ihrer Doktorarbeit herausgefunden, dass die neue Rundfunkabgabe grundgesetzwidrig sei. Die studierte Betriebswirtin Anna Terschüren ist in der Finanzabteilung des Senders tätig. Zudem, so heißt es in der Doktorarbeit, verstoße der Beitrag gegen die Finanzverfassung. Bei ihrem Arbeitgeber hat Terschürens Dissertation für Verstimmung gesorgt. *H.H.*

ZUR PERSON

Jähes Ende eines Strippenziehers

Er war Oligarch, Medienmogul und ein mächtiger Strippenzieher hinter den Kulissen des Kreml der Jelzin-Ära. **Boris Beresowskij (68)** „machte“ Präsidenten, verhalf dem angeschlagenen Jelzin 1996 zur zweiten Amtszeit und installierte 1999 Wladimir Putin als dessen Nachfolger, doch unterschätzte er diesen und floh vor Putins Kampf gegen die Oligarchen 2003 nach Großbritannien.

Vergangenen Sonnabend wurde er in seiner Villa vor den Toren Londons tot aufgefunden. Spekulationen darüber, ob der Ex-Oligarch und erbitterte Putin-Gegner durch Selbstmord, Mord oder eine natürliche Ursache ums Leben gekommen sei, verbreiteten sich sofort. Es gibt Hinweise darauf, dass Beresowskij an Herzversagen gestorben ist, aber dies wurde noch nicht offiziell bestätigt.

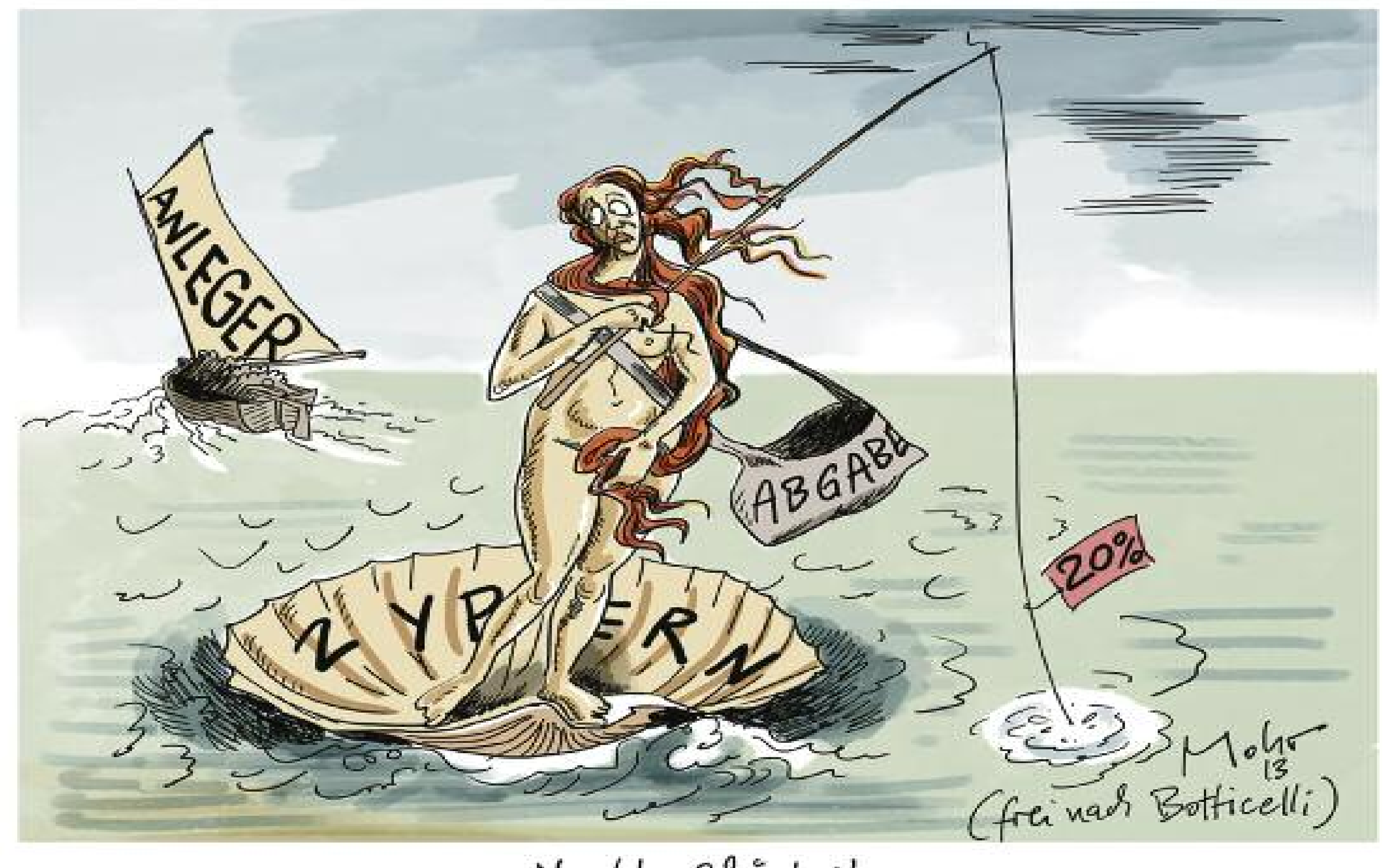
Bekannte berichten, dass es Beresowskij seit einiger Zeit schlecht ging: 2012 verlor er einen Millionen-Prozess gegen seinen ehemaligen Partner Roman Abramowitsch.



Seine Lebensgefährtin verließ ihn; beides schmälerte sein Vermögen erheblich. Die Pleite soll ihm bevorgestanden haben. Dafür spricht, dass Beresowskij kurz vor seinem Tod Häuser und Sachwerte verkaufte.

Drogenmissbrauch und schwere Depressionen zollten seiner Gesundheit Tribut ab. Er fühlte sich in London als nutzloser „Harlekin“ und beabsichtigte die Rückkehr nach Russland, obwohl ihn dort langjährige Haft erwartete. Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow erklärte, Beresowskij habe Putin in einem Brief um Verzeihung gebeten.

Ein in die USA emigrierter Freund hält aufgrund der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren mehrere Exil-Russen auf ungeklärte Weise ums Leben gekommen sind, einen Mord für nicht ausgeschlossen. Schließlich hatte Beresowskij bereits zwei frühere Mordanschläge überlebt. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Viel zu heiß

Wie wir uns gegen die Wahrheit immun machen, warum man nur Deutsche verprügelt, und wieso politische Mythen so wertvoll sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Was wohl passieren würde, wenn auf einmal alles ans Licht käme? Stellen Sie sich vor, es macht „Plopp!“ und alle Mythen und Legenden, sämtliche Wahlkampflügen und Politiker-Märchen fliegen auf und jeder kann mit eigenen Augen sehen, was wirklich los ist. Generationen von selbsternannten Wahrheitsverbreitern und Lügenentlarvern haben sich daran abgearbeitet, den Schleier der Verblendung zu zerreißen und den Menschen die verklebten Augen zu öffnen, vergeblich. Für diese armen Leute wäre das der Tag aller Tage.

Eine ungeheuer reizvolle Vorstellung. Indes, auch eine beunruhigende: Nicht bloß, dass die Mythenenthüller über Nacht ihre Bestimmung verloren hätten und in ein tiefes Loch der Sinnlosigkeit fielen. Auch ist ja kaum absehbar, ob die eben noch ahnungslosen Zeitgenossen die Lawine an Einsichten überhaupt verkraften.

Zum Glück ist das alles bloße Phantasie, wir Menschen wissen nämlich um den Wert der Legenden und haben ein intaktes Immunsystem gegen die Wahrheit entwickelt, das sogar großer Kälte standhält und das selbst dann noch, wenn uns die Wahrheit buchstäblich um die Ohren weht.

Kostprobe gefällig? Gern: Vergangenen Sonnabend war wieder „Earth Hour Day“. Zur „Stunde der Erde“ machen seit 2007 klimabewusste Menschen für eine Stunde demonstrativ das Licht aus, um etwas zu tun gegen die Erderwärmung. In Hamburg haben besonders Engagierte den Schriftzug "Earth Day" mit kleinen Windlichtern auf dem Rathausmarkt gebildet, um ein Zeichen zu setzen gegen den von Menschen verursachten Hitzetod unseres Planeten.

Dass ihnen beim Anzünden der Lichtlein im eiskalten Ostwind beinahe die Finger abgefroren wären, hat sie nicht im Mindesten daran zweifeln lassen, dass es immer heißer wird auf der Erde. Auch dass die Messdaten nachweisen, dass die globale Durchschnittstemperatur seit 15 Jahren nicht mehr steigt, obwohl die CO_2-Ausstöße weiter zugelegt haben, erschüttert ihre Überzeugung keinen Deut. Wir sehen also: Vor der Wahrheit brauchen wir uns nicht zu fürchten. Selbst wenn Messdaten und sogar das ganz persönliche Erleben das Gegenteil belegen – solange die Tagesschau, Greenpeace und Aiman Abdallah von „Galileo“ sagen, dass es wärmer wird, dann wird es eben wärmer, auch wenn ich seit einer Viertelestunde meine Füße nicht mehr spüre.

„Galileo“ kennen Sie, das ist dieses beliebte „Wissensmagazin“ auf Pro7, das uns jeden Tag ein bisschen schlauer macht. Die können sogar in die Zukunft gucken. Neulich haben sie uns erleben lassen, was passiert, wenn die D-Mark wiederkommt. Was wir geahnt haben – es wird entsetzlich: Dann verlieren wir alle unsere Arbeit, die Grenzen gehen zu, Elend, Angst und vor allem: Hass auf Deutschland erfassen ganz Europa. So haben wir's bei „Galileo“ mit eigenen Augen sehen können, „ganz wie in echt“.

> **Kenan Kolat empört: Im deutschen Verfassungsschutz wimmelt es nur so von Deutschen!**

Oder anders gesagt: Das fiktive Filmchen war ein Meisterwerk der politischen Legendenproduktion. Wir können nicht mehr verreisen, wenn wir keinen Euro mehr haben, weil wir uns dann allen unseren Nachbarn entfremdet hätten, wird uns da eingeredet. Aha? Unsere Nachbarn Dänemark, Polen, Tschechien und die Schweiz haben die Einheitswährung gar nicht. Warum sollten die uns böse sein, wenn wir sie auch nicht mehr haben? Das erklärt „Galileo“ nicht. Man lässt auch ganz geschickt unter den Tisch fallen, dass die Pass-lose Reise mit dem Euro rein gar nichts zu tun hat, sondern mit dem Schengener Abkommen, das es schon lange vor dem Euro gab und dem auch Nicht-Euro-Länder wie die vier genannten beigetreten sind, von denen eines, die Schweiz, nicht einmal in der EU ist.

Aber das macht alles nichts, nach dem „Galileo“-Filmchen werden wir nicht mehr daran zweifeln, dass wir ohne Euro mit einem Bein im Dritten Weltkrieg stehen, und nur darum ging es den Machern. Sie wissen wie die Klimaerwärmer: Man muss seinen Kram nur oft und eindringlich genug wiederholen. Irgendwann glauben einem die Leute mehr, als sie sich selbst vertrauen.

Kein politisch wohlerzogener Deutscher wird beispielsweise bestreiten, dass die Behauptung, es gebe hierzulande „Rassismus gegen Deutsche“, eine böse rechte Lüge ist, auch wenn er schon x-mal als „Sch... Deutscher“ beschimpft wurde. Wenn Ausländer Deutsche verprügeln, hat das immer nur soziale Gründe, nie hat das was damit zu tun, dass sie über Deutsche herfallen wollen.

Wie in Garbsen bei Hannover: Dort haben vier „Südländer“ einen Jugendlichen furchtbar vermöbelt. Nach 14 Monaten U-Haft zeigte sich der Haupttäter wahrhaft reumütig. Er hat sich sogar beim Opfer entschuldigt. Es sei ein tragischer Irrtum gewesen, denn: „Ich dachte, du wärst Deutscher!“ Soll heißen: Wenn er gewusst hätte, dass sein Opfer nichtdeutscher Herkunft ist, hätte er den jungen Mann nicht verprügelt. Die Richterin war von so viel Einsicht überzeugt; sie entließ den Prügler unter Bewährungsauflagen in die Freiheit.

Man stelle sich vor, die Sache wäre umgekehrt gelaufen. Ein deutscher Täter hätte sich bei seinem (deutschen) Opfer mit den Worten „Ich dachte, du wärst Ausländer“ entschuldigt, und die Richterin hätte ihn trotzdem auf freien Fuß gesetzt! Über die Frau wäre ein Sturm der Entrüstung hereingebrochen.

Da sind wir nämlich sehr sensibel, selbst wenn der Auslöser unserer Empörung nur ein paar Zentimeter groß ist wie in diesem Fall: Beim Verfassungsschutz gibt es schon wieder einen Skandal, vor dem Deutschland den Atem anhält. Wie dieser Tage bundesweit bekannt wurde, hatte ein Mitarbeiter einen Spielzeug-Kreuzritter auf seinem Schreibtisch stehen, dessen Schwert auf eine klitzekleine Moschee weist.

Kreuzritter, Sie wissen doch: Das waren diese Leute, die ab Ende des 12. Jahrhunderts das Heilige Land erobern wollten. Indes: Eigentlich müsste es heißen, „zurück“-erobern wollten, denn die Heere Mohameds waren im Jahre 636 ebenfalls gewaltsam in das Gebiet eingefallen, das bis dahin zum christlichen Byzanz gehört hatte. Das wollten die Kreuzritter sozusagen rückabwickeln. Doch diesen Aspekt der Geschichte lassen wir lieber weg, weil er die Gefühle mancher Migranten verletzen könnte.

Eigene Gefühle, die jemand verletzen könnte, haben wir nicht (zu haben). Daher finden wir es natürlich völlig in Ordnung, dass die Muslime die Eroberer ihrer Frühzeit noch heute als große Helden feiern, nach denen sie gern prächtige Moscheen benennen. Unerträglich hingegen ist es, wenn ein deutscher Beamter einen christlichen Ritter des Mittelalters in Plastik auf dem Schreibtisch stehen hat. Kenan Kolat, der Vorsitzende der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“, schnaubt, das mit der Kreuzritterfigur sei „institutioneller Rassismus“. Wir sind beschämt.

Die Verantwortlichen beim Inlandsgeheimdienst versuchen nun alles, um den Imageschaden so klein wie möglich zu halten. Doch Kolat besänftigt das nicht. Der Verfassungsschutz erscheine ihm „als rein deutsche Institution“, empört er sich. Wenn wir das gewusst hätten: Im deutschen Inlandsgeheimdienst wimmelt es nur so von Deutschen! Man stelle sich vor, der türkische Inlandsgeheimdienst seine eine „rein türkische Institution“!

Wieso? Sehr wahrscheinlich ist er das sogar. Ja – sicher, aber das mit einander zu vergleichen ist ja schon an sich rassistisch.

Ach, warum denn?

Sehen Sie: Genau aus diesem Grunde sind politische Mythen und Legenden so wertvoll. Nicht nur, dass sie uns das politisch gewünschte Weltbild einimpfen. Sie trainieren uns – und das ist das Wichtigste – auch darin, unseren Verstand unterzupflügen. Der Verstand bringt uns nämlich unablässig auf gefährliche Gedanken, die wir mit Argumenten kaum noch aus dem Kopf bekommen. Daher sagen Sie es sich jeden Morgen mindestens zehnmal auf: Es ist heiß draußen, viel zu heiß!

MEINUNGEN

***Harald Martenstein** meint zur Ausgrenzung der Gruppe „Frei.Wild“ von der **Echo-Verleihung** auf „Zeit online“:*

„Auf ‚Zeit online‘ hieß es, die Band singe den Satz ‚Südtirol, wir tragen deine Fahne‘ und verwende Wörter wie ‚Helden‘ und ‚Volk‘. Da war ich perplex, weil David Bowie doch Heroes gesungen hat und John Lennon Power to the People. Meiner Ansicht nach ist Lennon nie ein echter Nazi gewesen ... Offenbar soll man in der modernen Jugendmusik immer nur, Song für Song, das grüne Parteiprogramm vertonen.“

*Finanzjournalist **Michael Grandt** gibt sich auf „pro aurum“ **entsetzt** über die Haltung von Wolfgang **Schäuble**:*

„Das ZDF sendete Schäubles zynischen Kommentar zu der Enteignungsaktion: ‚Bankeinlagen sind eine sensible Sache, da muss man schnell handeln, daher macht man es am Wochenende.‘ Herr Schäuble findet die Plünderung der Bankkonten von Rentnern und Kleinsparern in Ordnung. Das ist ab jetzt anscheinend ganz normaler Umgang mit den Menschen in der EU. Man geht zu offener Enteignung als Instrument der Bankenrettung über.“

***Matthias Heitmann** warnt im „Cicero“ (April-Ausgabe) davor, der **„politischen Korrektheit“** mit „Schaum vor dem Mund“ entgegenzutreten und empfiehlt stattdessen:*

„Das einzige Gegengift gegen die politische Korrektheit besteht meiner Meinung nach darin, eigene Standpunkte zu entwickeln, diese offensiv zu vertreten und sich nicht den Mund oder das Denken verbieten zu lassen.“

***Saumil Parikh**, Anlagestratege beim weltgrößten Anleihehändler „Pimco“ klärt im „Handelsblatt“ (21. März) darüber auf, dass auch die **Deutschen** eine **verdeckte „Bankabgabe“** längst zahlen:*

„Die Sparer müssen sich mit Zinsen begnügen, die unterhalb der Inflationsrate liegen. Das heißt: Sie verlieren ganz real Geld. Auf diese Weise findet ein Transfer vom Sparer zum Schuldner statt ... Im Grunde ist der Unterschied zwischen den Sparern in Zypern und denen in Deutschland gar nicht so groß. In dem einen Fall ist es eine einmalige Abgabe, in dem anderen sind es jahrelang negative Realrenditen. Das Ergebnis ist ähnlich.“

*Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister **Mathias Brodkorb** (SPD) lehnt die volle **Integration von behinderten Kindern** in den regulären Schulbetrieb (Inklusion) ab, weil es unmöglich sei, von ihnen den gleichen Lernerfolg zu erwarten wie von Nichtbehinderten. Der „Spiegel“ (18. März) zitiert:*

„Radikale Inklusion ist Kommunismus für die Schule ... Ich glaube nicht mehr an den Kommunismus und daher auch nicht an die radikale Inklusion.“

***Gesine Schwan**, Ex-SPD-Kandidatin zum Amt des Bundespräsidenten, sagte bei „Anne Will“ (20. März) zu den Euro-**Rettungspaketen**:*

„Ich glaube, das Vertrauen in die Rettungsaktionen schwindet in dem Maße, wie die Rettungsaktionen unehrlich sind. Und sie sind prinzipiell unehrlich.“